

Mit Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

Nr. 3 – 23. Januar 2010

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE



Mitte ohne Inhalt nach einem Gipfel ohne Resultate: Die Frage nach dem weiteren Weg der Bundesregierung bleibt ohne klare Antworten.

Bild: Getty

Gipfel ohne Folgen

Die Parteichefs mutlos – Vorstoß von Roland Koch zur Reform von Hartz IV

Mit einiger Spannung war das Spitzentreffen der drei Chefs der Regierungsparteien im Bundeskanzleramt erwartet worden. Heraus kam wenig, denn niemand scheint „anecken“ zu wollen. Umso mehr Beachtung fand der Vorstoß von Hessens Ministerpräsident Roland Koch zu Hartz IV.

Nach dem schwachen Beginn der Koalition und den Rufen nach einem „Neustart“ selbst aus den eigenen Reihen war die Spannung groß: Würde das zum „Krisentreffen“ stilisierte lange Gespräch der drei Parteivorsitzenden Merkel (CDU), Seehofer (CSU) und Westerwelle (FDP), dem sich ein demonstrativer Restaurantbesuch anschloss, um gute Stimmung zu singalisieren, der Regierungsarbeit Schwung geben? Käme es zu Einigungen etwa bei den Streitthemen Haushalt, Steuern, Arbeitsmarktreformen, Afghanistan und Vertriebenenzentrum?

Da über die Ergebnisse in der Sache im Einzelnen Stillschweigen vereinbart wurde, kann niemand völlig ausschließen, dass große Durchbrüche gelungen sind. Das Wenige, was dennoch mitgeteilt wurde, spricht allerdings dagegen. Übervorsichtig wurde bekräftigt, der Koalitionsvertrag solle exakt umgesetzt werden – als wäre es nicht dessen entscheidende Schwäche, in allzu vielen Punkten unbestimmt und unklar zu sein. Auch der Hinweis, dass solche Dreiertreffen in Zukunft öfter, nämlich mindestens monatlich stattfinden sollten, ist nicht gerade ein Hinweis darauf, dass am Sonntag besonders viele Kontroversthemen mit guten Einigungen abgeräumt worden wären.

> Hartz IV für eine Familie entspricht 2400 Euro brutto

Interessanterweise nutzte der Münchner Erzbischof Reinhard Marx den Termin, um Politiker an das Verbot der Sonntagsarbeit zu erinnern, und so mancher mochte sich dabei gedacht haben: „Umso mehr, wenn kaum etwas dabei herausgekommt.“

In Kontrast zur bemühten Vorsicht, ja Mutlosigkeit der Berliner Spitzenpolitiker, die öffentlich versprachen, einander in Zukunft verbal mehr zu schonen, stand der Vorstoß von Hessens Ministerpräsident Roland Koch in Sachen Hartz IV. Er wies darauf hin, dass die Arbeitspflicht der Leistungsempfänger zwar gesetzlich vorgesehen sei, aber allzu oft nicht durchgesetzt werde. Neben Hartz-IV-Empfängern, die intensiv eine Arbeit suchten, gebe es „eben auch andere, die das System ausnutzen“. Um das zu ändern, so Koch, „muss die Arbeitsverwaltung verpflichtet werden, Sanktionen auch einzusetzen“. Andernfalls gehe das System auf Kosten der ehrlichen und fleißigen, so Koch sinngemäß, denn: „Eine Familie mit einem Verdiener muss ein Einkommen von 2300 bis 2500 Euro brutto erzielen, wenn sie netto dasselbe haben will wie eine Familie, die von staatlichen Leistungen in Form von Hartz IV lebt.“ Zu ergänzen wäre, dass die Hartz-Reform gegen die ursprüngliche Absicht der Politik keineswegs zum Spargesetz wurde, sondern die Sozialausgaben massiv hat steigen lassen. Ohne Kürzungen in diesem Bereich sind die Haushalte nicht zu sanieren. *Konrad Badenheuer*

KONRAD BADENHEUER:

Unverseucht

Nicht immer unumstrittene Ergebnisse brachte die Wahl zum „Unwort des Jahres“ in der Vergangenheit. Mehrfach ließ die Entscheidung der Jury nicht etwa Sprachverhunzung erkennen, sondern Kritik aus linker Sicht an Verhältnissen, die gar keine Kritik verdienen. Ein Beispiel dafür war im Jahre 2004 das angebliche Unwort „Humankapital“, das aber Wirtschaftsexperten seit Jahrzehnten mit allem Respekt etwa für die Bildungsanstrengungen von Lehrlingen verwenden. Es lässt sich nämlich zeigen, dass die Entscheidung, zu lernen oder Sport zu treiben, ganz ähnlichen Regeln folgt wie die Entscheidung über eine Investition.

Während damals zurecht Kritik geübt wurde, verdient die aktuelle Entscheidung Zustimmung: Wenn Manager Teile ihres eigenen Unternehmens als „betriebsratsverseucht“ bezeichnen, dann spricht daraus Zynismus und tiefes Unverständnis über die legitime Vertretung von Arbeitnehmerinteressen. Es gab zwar immer wieder Gründe für Einwände gegen die Politik der Gewerkschaften und ihrer Führungen: Überzogene Lohnforderungen und Starrheit beim Thema Kündigungsschutz etwa kosten in großem Stil Beschäftigung und schaden deswegen der Allgemeinheit und letztlich auch den Arbeitnehmern selbst. Doch die Arbeit der Betriebsräte vor Ort folgt anderen Regeln. Die weitaus meisten Betriebsräte arbeiten ehrenamtlich und völlig integer für die Belange ihrer Kollegen, oft mit viel Augenmaß für das, was Firmen leisten können und was nicht. Hier von „Verseuchung“ zu sprechen ist menschenverachtend und hat mit sozialer Marktwirtschaft nichts zu tun.

Blockade gegen das Recht

Staatsrechtler Murswiek: Regierung darf Steinbach nicht ablehnen

Immer neue Runden dreht das Karussell des Streits um die Berufung von Erika Steinbach. Vor wenigen Tagen wies der Freiburger Staatsrechtler Dietrich Murswiek darauf hin, dass der Bundesregierung gar kein Recht zustehe, eine vom Bund der Vertriebenen benannte Person nicht in den Stiftungsbeirat zu bestellen. Dies folge aus dem Gesetzestext, der besagt, die benannten Personen „werden“ durch die Regierung „bestellt“. Von „können“ oder „sollen“ sei nicht die Rede, so Murswiek sinngemäß in der „FAZ“. Hätte der Gesetzgeber der Regierung ein „Auswahlermessen“ einräumen wollen, hätte der den betreffenden Institutionen nicht das Recht einräumen dürfen „Mitglieder“ zu „benennen“, sondern nur „Kandidaten“ für die Mitgliedschaft „vorzuschlagen“. Auch nenne das Gesetz keinerlei Gründe, weswegen die Bundesregierung die Bestellung eines benannten Mitglieds verweigern dürfe. Sein Fazit: „All dies spricht gegen ein politisches Entscheidungsrecht der Bundesregierung“.

> Gesetzestext spricht gegen Westerwelle

Das zweistufige Benennungsverfahren sei aber auch nicht als reiner Formalakt zu verstehen. Nach Lage der Dinge kämen aber nur „persönliche Eignungsmängel in Frage, die so gravierend sind, dass sie das benannte Mitglied als schlechthin ungeeignet für die Mitarbeit an der Verwirklichung der gesetzlichen Aufgaben der Stiftung erscheinen lassen. Zu denken wäre etwa an eine Vorstrafe wegen Volksverhetzung ...“

Während Frau Steinbach erneut erklärte, notfalls gegen die Bundesregierung klagen zu wollen, hat der Jurist Murswiek die Rechtslage „um zwei Ecken herum“ in einen Trick für Westerwelle umgedeutet. Dieser könne „sich aus seiner Selbstumklammerung befreien, indem er seinen polnischen Gesprächspartnern erklärt, er würde ja gerne Frau Steinbach verhindern, aber rechtlich sei das nicht möglich“. *K. B.*

Tragödie in der Tragödie

Warum Haiti nicht vorankommt – Seit 1804 fast permanente Gewalt

Während eine riesige internationale Hilfswelle auf Haiti zurollt, ziehen Menschen marodierend durch die Straßen von Port-au-Prince. Haitis Hauptstadt ist nach dem verheerenden Erdbeben ein Ort der Tragödie und auch ein Schauplatz von Vergewaltigungen und Plünderungen. Es herrscht Anarchie.

Die Geschichte Haitis liest sich wie ein blutiger Krimi. Entdeckt wurde die Insel Hispaniola am Nikolaustag 1492 von Christoph Kolumbus. Er landete an der Nordküste des heutigen Haiti. Die indianischen Ureinwohner, eine der am höchsten entwickelten Zivilisationen der gesamten Karibik, wurden von den spanischen Eroberern versklavt und starben durch eingeschleppte Epidemien bis Ende des 16. Jahrhunderts aus. Sklaven aus Westafrika wurden zur Arbeit auf die Insel geholt.

Um die einstmals reichste Kolonie der Karibik, das berühmte „Cap Helenien“, entbrannte bald ein Kampf der Großmächte. Schließlich trat Frankreich im Jahre 1763 das weitaus größere Ost-Kanada an England ab, nur um Haiti behalten zu dürfen. Doch schon 1804 machte einer der ganz wenigen erfolgreichen Sklavenaufstände der Geschichte der französischen Herrschaft ein Ende. Seitdem hat ein brutaler (mulattischer) Diktator den anderen abgelöst. Der größenwahnsinnige Henri-Christophe ließ sich 1811 zum „Kaiser von Haiti“ krönen. Er ließ 200 000 Zwangsarbeiter schuften, um nach Potsdamer Vorbild das Schloss Sanssouci in Milot nachzubauen.

> Voodoo, Zombies und Diktatoren

Unvergessen auch die Schreckensherrschaft von „Papa Doc“ und „Baby Doc“ (1957–1986). Seit nunmehr 200 Jahren herrschen fast ununterbrochen Chaos und Anarchie auf der Insel. Verantwortlich dafür gilt auch die skurrile Mischung von christlichen und afrikanischen Glaubensinhalten, die zerstörerische Magie von Voodoo-Kult und Zombies, im Alltag der Haitianer. *H. E. Bues*

MELDUNGEN

»Aufgefrischte« PAZ am Kiosk

Hamburg – Wie von vielen unserer Leser seit langem gewünscht, ist die *Preußische Allgemeine Zeitung* demnächst auch am Kiosk zu kaufen. Ab dem 29. Januar ist sie bundesweit an rund 1000 Stellen erhältlich. Darunter sind fast alle deutschen Flughäfen und Bahnhöfe, außerdem der gut sortierte Zeitungsfachhandel ausgewählter Regionen. Je nach Verkaufserfolg wird das Angebot in den kommenden Monaten ausgedünnt oder aber engmaschiger. Die Freunde der *PAZ* können in dieser Zeit mit Nachfragen und Käufen am Kiosk oder Hinweisen an Bekannte „ihrer“ Zeitung durchaus etwas Gutes tun. Übrigens hat das Blatt anlässlich des Kioskverkaufs die Optik seiner Seite 1 geringfügig gestrafft und auch verjüngt. An den Inhalten und Positionen der *PAZ* wird sich nichts ändern. *K.B.*

Exit-Programm für Linke

Berlin – Der Chef der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Hans-Peter Friedrich, hat ein Aussteigerprogramm für Angehörige der linksextremen Szene vorgeschlagen. Der Linksextremismus drohe „außer Kontrolle“ zu geraten. Ein solches Programm namens „Exit“ gibt es bislang nur für Rechtsextreme, die sich von ihrem Umfeld lösen wollen. Hintergrund für Friedrichs Vorschlag ist die rasant gestiegene Zahl linker Gewalttaten im vergangenen Jahr, vor allem in Berlin und Hamburg. Allein die Hansestadt verbuchte 2009 einen Anstieg von 40 Prozent bei Gewaltdelikten mit linksextremem Hintergrund. Die Innensenatoren von Berlin und Hamburg, Ehrhart Körting (SPD) und Christoph Ahlhaus (CDU), haben deshalb bereits eine enge Zusammenarbeit beschlossen. Körting begrüßte grundsätzlich auch die Forderung von Friedrich, nicht nur die linke Gewalt an sich, sondern auch den „Ungeist zu bekämpfen, der dahintersteckt“. Alles, was Extremisten vom Weg abbringe, solle man überprüfen, so Körting. *H.H.*

Die Schulden-Uhr: Nur der Anfang

Obwohl die Neuverschuldung des Bundes 2009 mit 34,1 Milliarden um 15 Milliarden Euro niedriger ausfiel als erwartet, gab das Statistische Bundesamt letzte Woche bekannt, dass das Minus im Haushalt aufgrund des Rückgangs des Bruttoinlandsproduktes um fünf Prozent trotzdem einer Defizitquote von 3,2 Prozent entspreche. Somit hat auch Deutschland gegen die Kriterien des EU-Stabilitätspaktes verstoßen. Und 2010 wird es deutlich schlimmer werden. Denn selbst wenn das Bruttoinlandsprodukt wieder steigen sollte, so wird mit einer Neuverschuldung von 85 bis 100 Milliarden Euro gerechnet. *Bel*

1.662.141.875.105 €

Vorwoche: 1.659.370.963.062 €
Verschuldung pro Kopf: 20 255 €
Vorwoche: 20 221 €

(Dienstag, 19. Januar 2010, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Ganz gewaltig verrannt

Die EKD im »Kampf gegen Rechts« – Ruf nach Ausschlüssen und »Kirchenzucht« – Der Fall Matthies

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) will den „Kampf gegen Rechts“ verschärfen, sogar Kirchenausschlüsse werden diskutiert. Kritiker beklagen nicht nur die eklatante Ungleichbehandlung der verschiedenen Formen des Extremismus, sondern auch die Missbrauchsgefahren des kirchenamtlichen „Kampfes gegen Rechts“. Die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland hat dafür nun eine bedrückende Kostprobe gegeben.

Kein Mensch könnte etwas dagegen einwenden, wenn Kirchenleitungen gegen rassistische oder extremistische Einstellungen vorgehen – im Gegenteil: Die christliche Nächstenliebe verlangt dies sogar. Leicht lassen sich dafür anhand der Bibel Maßstäbe benennen: Bevor ein Mensch öffentlich extremer Ansichten bezichtigt wird, müssen sorgfältig die Tatsachen geprüft werden. Dem Kritisierten ist ausführlich Gelegenheit zum Widerspruch zu geben. Selbstverständlich verlangt es das Gebot der Gerechtigkeit, dass alle Formen des Extremismus gleich behandelt werden: Gewaltbereiter islamistischer Extremismus ist eben um keinen Deut besser als der alljährlich am 1. Mai in Berlin zu besichtigende Linksextremismus, bei dem üblicherweise jeweils mehrere Hundert Polizisten krankenhausreif geschlagen werden.

Klar ist auch, dass das erste Ziel der Kirche die Verkündigung des Evangeliums sein muss. Soweit sie sich überhaupt auf politisches Terrain begibt, ist Zurückhaltung und Ausgewogenheit besonders geboten. Erstes Mittel sollte sinnvollerweise das Gebet und die Verkündigung sein und bleiben, denn sicher ist: Ein Radikaler, der zu einem lebendigen Glauben an Jesus Christus gefunden hat, wird seine Vorstellungen ändern.

Misst man die Aktivitäten der EKD im „Kampf gegen Rechts“ an diesem Maßstab, dann können einen schon fast der Eindruck beschleichen, dass es sich bei dieser Massenorganisation mit knapp 25 Millionen Mitgliedern um eine Art Vorfeldorganisation von SPD oder Linkspartei handeln könnte.

Ein Beispiel dafür ist die seit mehreren Jahren laufende Kampagne zur Umbenennung der nach dem bayerischen Landesbischof Hans Meiser (1881–1956) benannten Straßen. Meiser war es in der NS-Zeit gelungen, seine Landeskirche als eine von nur dreien im Reich „intakt“ zu halten, also die Übernahme durch die NS-hörigen „Deutschen Christen“ (DC) abzuwenden. Die Nazis hassten ihn dafür, und niemand zweifelte in den Jahren nach 1945 daran, dass Meiser einer der großen und aufrichtigen Gegner des NS-Regimes in Deutschland war.

Wer nun aber dächte, nur in der Wolle gefärbte Neonazis könnten auf die Idee kommen, Bischof-Meiser-Straßen umzubenennen, liegt falsch. Seit Jahren fordern Kräfte in der EKD, die sich für „links“ halten, diese Umbenennungen. Wahr ist: Auch Meiser musste Kompromisse mit dem NS-Regime machen, und so ist es natürlich gelungen, nach hinreichend langer Suche Texte zu finden, die – aus dem historischen Kontext genommen – den mutigen NS-Gegner als Vertreter „rechten Gedankengutes“ erscheinen lassen. Die Unaufrichtigkeit dieses Vorgehens ist evident, doch das ficht die „Kämpfer gegen Rechts“ in bundesdeutschen Kirchenämtern nicht an.

Wer bestimmt, was »menschenfeindlich« ist und was nicht?

Skurrill erscheint, dass dieser Kampf nun womöglich sogar mit dem Mittel des Kirchenausschlusses und dem (gerade bei Linken sonst höchst verpönten) Instrument der „Kirchenzucht“ geführt werden soll. Dieses innerkirchliche Disziplinarrecht wurde in früheren Zeiten gegen kirchliche Mitarbeiter angewandt, die Glaubenswahrheiten wie beispielsweise die Himmelfahrt bestritten. Heute kommt es selbst dann kaum mehr zur Anwendung, wenn Pfarrerinnen oder Pfarrer zentrale Glaubensinhalte wie etwa die Auferstehung Jesu Christi in Abrede stellen.

Die „Kirchenzucht“ hat insofern schon fast ausgedient, soll jetzt aber womöglich eine Renaissance erfahren, wie die EKD kürzlich bekanntgab. Ihr Pressesprecher Reinhard Mawick hatte Ende Dezember in einem Interview die Kirchenzucht als Mittel im Kampf gegen „rechtsextreme und menschenfeindliche Einstellungen in Deutschland“ vorgeschlagen.

Die Wortwahl lässt aufhorchen: Denn was „rechtsextrem“ ist, dafür lassen sich noch gewisse, wenn auch nicht unbedingt voll konsensfähige Kriterien benennen, etwa die Erwähnung im Verfassungsschutzbericht. Aber ab welchem Punkt ist eine Einstellung „menschenfeindlich“?

Die kritiklose Hinnahme Hunderttausender Abtreibungen könnte man wohl dazu rechnen, schließlich tötet jeder einzelne Abort und hinterlässt nur allzu oft eine für den Rest ihres Lebens mit Depressionen und anderen Seelenqualen belastete Frau. Doch das ist ganz offenkundig nicht gemeint, denn die EKD selbst übt an diesem Zustand und am geltenden § 218 bestenfalls noch ganz verhaltene Kritik.

Wer so argumentiert wie der erwähnte EKD-Sprecher, muss also die Deutungshoheit, was nun „menschenfeindlich“ ist und was nicht, behalten, andernfalls könnte sich das Kirchenzucht-Argument zum Bumerang entwickeln. Mit dieser Deutungshoheit hingegen eröffnen sich schier unbegrenzte Möglichkeiten, gegen ungeliebte Überzeugungen und die Menschen, die sie vertreten, vorzugehen.

Dass das keine Horrorphantasien über eine Kirche sind, die von allen guten Geistern verlassen wurde, zeigt das jüngste Vorgehen der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland (EKM) gegen den evangelischen Theologen und Chefredakteur von „idea-Spektrum“, Helmut Matthies. Wie berichtet, hat ein Oberkirchenrat der EKM namens Christhard Wagner Matthies dazu aufgefordert, den Gerhard-Löwenthal-Preis zurückzugeben, den eine mit der Zeitung „Junge Freiheit“ verbundene Stiftung verleiht. Die einzige der *PAZ* für diese Forderung vorliegende Begründung war, dass „mit der Annahme des Preises die Gefahr verbunden (sei), dass die Tabugrenze im Graubereich zum Rechtsextremismus weiter nach unten verschoben“ werde. Eine inhaltliche Begründung, was denn dieser, nach einem Holocaust-Überlebenden benannte Preis oder seine Verleiher oder gar Pfarrer Matthies mit dem Rechtsextremismus zu tun haben könnte, wurde nach unserem besten Wissen nicht gegeben.

Die schriftliche Anfrage der *PAZ* beim Landeskirchenamt der EKM in Magdeburg, ob die von Oberkirchenrat Wagner abgegebene Stellungnahme (die übrigens von mehreren Medien ernstgenommen und weiterverbreitet worden war) mit Landesbischöfin Ilse Junkermann abgestimmt sei, blieb unbeantwortet. Auf telefonische Nachfrage bestätigte die EKM-Vertreterin Annelie Hollmann, dass das Fax eingegangen sei, aber nicht beantwortet werde. Deutschland im Jahre 2010.

Konrad Badenheuer



Trägt sie die Polemik ihres Bildungsreferenten Christhard Wagner gegen idea-Chefredakteur Helmut Matthies mit? EKM-Bischöfin Ilse Junkermann – hier bei ihrer Amtseinführung – wollte diese Anfrage der *PAZ* nicht beantworten. Bild: pa

Volksparteien ringen um ihre Zukunft

Ratlosigkeit bei der SPD, »Lavieren in der Mitte« bei der CDU – Gesellschaftliche Gruppen lösen sich auf

Die Volksparteien CDU und SPD ringen um ihre Zukunft. Seit einiger Zeit schon sind beide in Gefahr, ihr Profil und damit ihren angestammten „Markenkern“ zu verlieren, weil sie entweder einseitig Wechselwählern ohne feste Überzeugungen hinterherlaufen oder ihre Positionen in Grundsatzfragen zu oft oder zu stark geändert haben.

Die Situation von CDU und SPD hat die Gemeinsamkeit, dass eine immer stärker „atomisierte“ Gesellschaft ohne feste Wählergruppen traditionellen Volksparteien die Gewinnung von stabilen Mehrheiten naturgemäß erschwert. Doch es gibt auch große Unterschiede. Die SPD sitzt in der „Klemme“ zwischen einer nach links gerückten CDU und einer Linkspartei, die offensiv um Stütze-Empfänger wirbt.

So kann man bei der SPD feststellen, dass sie ihren Charakter als progressiv-technikfreundliche Partei der Aufsteiger, als die sie in den 60er und 70er Jahren galt, immer stärker verloren hat. Damit wurde sie für Ingenieure, Facharbeiter und andere Leistungsbereite unattraktiv. Diese sind immer stärker in Richtung Union und neuerdings sogar in Richtung FDP gewandert.

Auch ihre andere Kernklientel wurde für die SPD immer schwerer erreichbar: die klassischen einfachen Arbeiter und ihre ideologischen Sympathisanten, speziell Lehrer und Studenten. Diese Schicht wurde etwa durch die Deindustrialisierung des Ruhrgebietes und die Verlagerung vieler einfacher Arbeiten ins Ausland immer dünner. Zudem besteht sie oft aus Ausländern ohne deutschen Pass und Wahlrecht. Das heutige „Prekariat“ – überwiegend Transferempfänger und manchmal auch Leistungsverweigerer – ist dermaßen desinteressiert, dass es sich mehrheitlich erst gar nicht zur Wahlurne bequemt.

Gabriel: SPD muss wieder atmen lernen

Durch die harten aber nötigen und letztlich erfolgreichen Hartz-Reformen in der rot-grünen Regierungszeit fühlte sich diese Klientel von der SPD im Stich gelassen oder sogar verraten. Sie fand eine neue Zuflucht bei der WASG und dann Linkspartei. Auch Lafontaines aggressiver Rhetorik ist es zu verdanken, dass viele SPD-Linke zusammen mit dem früheren SPD-Chef zur „dreimal umgemodelten SED“ abgewandert sind. Gleichzeitig wildert eine sozialdemokratisierte CDU bei den verbliebenen leistungsbereiten Anhängern der SPD. Die Folge: Mit 23 Prozent bei der Bundestagswahl 2009 hat die SPD einen historischen Tiefpunkt erreicht.

Zutiefst verunsichert erscheint darüber die neue SPD-Führung um Sigmar Gabriel und Andrea Nahles. Statt einer kämpferischen Generalabrechnung mit dem schwachen Start der schwarz-gelben Koalition ist bei der SPD immer noch „Wundenlecken“ angesagt. Gabriel schaffte es bei der Klausurtagung seiner Partei nur zu einem lauen Zwölf-Thesen-Papier mit der fast schon flehenden Bitte, die Partei möge wieder „atmen lernen“, mit Nichtmitgliedern in Kontakt kommen, Frauen, jungen Leuten, Migranten. Garniert wird das mit zweifelhaften Korruptionsvorwürfen an die Adresse der FDP und der Union. Doch dieses Ausweichen auf Nebenkriegsschauplätze – typisch für die SPD-Wahlkämpfe seit 1998 – kann die programatische Ratlosigkeit nicht verdecken. Das ständige Lavieren – etwa in der Frage: Hartz-Reformen und Rente mit 67 zurückdrehen oder nicht? – und die dauernden Kehrtwenden nach dem Motto „Was wir damals als Regierungspartei gemacht haben, damit haben wir heute nichts mehr zu tun“, zerstören Verlässlichkeit und Berechenbarkeit. Wenn eine Partei keine Linie hat, kann sie auch nicht überzeugen.

CDU ohne Angebot an die Konservativen

Dasselbe muss sich die CDU von konservativen Kritikern auch aus den eigenen Reihen ins Stammbuch schreiben lassen. Ihr Spitzenpersonal, Merkel, Gröhe, Pofalla, de Maiziere, Schäuble, von der Leyen, verprellt fast schon systematisch die klassische Kernklientel: Konservative, kirchentreue Katholiken, aber auch konservative Protestanten, Heimatvertriebene, gemäßigte Nationale, marktwirtschaftlich denkende Mittelständler sowie die Anhänger einer starken Polizei und Inneren Sicherheit.

Hier sei nur an das unerträgliche Lavieren im Fall Steinbach erinnert, an die immer noch weiter wachsende Staatsquote und -verschuldung, an die Kritik der Kanzlerin an Papst Benedikt XVI., an Schäubles Zurückhaltung in Sachen Islamismus, an die Erhebung der voll berufstätigen Mutter zum Leitbild der Familienpolitik, an die Leisetreterei bei der Inneren Sicherheit angesichts Hunderter brennender Autos in Berlin und Hamburg – und an das offensichtliche Fehlen eines nachvollziehbaren Koordinatensystems im Kopf der Kanzlerin, wie eine im klassischen Sinne christlich-bürgerlich-konservative Gesellschaft aussehen soll. Folge: Stammwähler wenden sich massenhaft ab.

Auch mit der „Berliner Erklärung“ vor wenigen Tagen ist der CDU-Vorstand diesen Gruppen nur entgegengekommen. Personelle oder inhaltliche Angebote werden den Konservativen nicht gemacht, vielmehr heißt es dort sogar, dass die CDU sich noch weiter öffnen wolle für bisherige Wähler von SPD, Grünen und FDP. Neue Wahlerfolge sind damit nach dem ernüchternden Ergebnis vom September kaum zu erzielen. *Anton Heinrich*

Wer hat hier etwas aufzuarbeiten?

Von HARALD FOURIER

Im Roman „Das Bildnis des Dorian Gray" schreibt Oscar Wilde: „In der Selbstbezichtigung liegt eine Art Luxus. Wenn wir uns selbst die Schuld geben, glauben wir, niemand sonst habe das Recht, uns die Schuld zu geben." Das ist eine interessante Beobachtung.

In Berlin leisten sich gerade sehr viele Journalisten diesen Luxus der Selbstbezichtigung. Manche zu Recht, über andere aber kann nur der Kopf geschüttelt werden.

Das frühere SED-Bezirksblatt „Berliner Zeitung" hat gut daran getan, sich 2008 für seine schäbige Berichterstattung über den Prager Frühling von 1968 zu entschuldigen. Das war der größten Tageszeitung der Hauptstadt damals sogar eine ganze Seite wert. Vor kurzem nun räumte die „taz" ein, sie habe sich zum Handlanger des KGB gemacht, als sie kräftig mithalf, eine antiamerikanische Verschwörungstheorie zu verbreiten, nach der das Aids-Virus aus einem geheimen US-Chemielabor stamme (*PAZ* berichtete). Das war der linken „taz" eine ganze Wochenendbeilage wert. Immerhin.

Ungläubiges Staunen aber löst der Springer-Verlag bei seinen Lesern aus: Der scheint bei so viel öffentlicher Reue nicht abseits stehen zu wollen – und untersucht jetzt die eigene Rolle während der Studentenrevolte von 1968. Am vergangenen Sonntag wurde eine Internetseite freigeschaltet, die „Medienarchiv68" heißt und 5655 Artikel dokumentiert, die sich damals kritisch mit den Pseudorevolutionären auseinandergesetzt haben. Denn es gelte „in der deutschen Öffentlichkeit seit 40 Jahren als sichere Gewissheit, die ‚Berliner Morgenpost' wie auch andere Zeitungen des Verlages Axel Springer hätten eine ‚Kampagne' gegen die Studentenbewegung betrieben und gegen den SDS-Sprecher Rudi Dutschke ‚Pogromhetze' betrieben", schreibt Sven Felix Kellerhof, der Chef-Historiker des Springer-Verlages, in einem langen Begleitartikel. Konzernchef Matthias Döpfner habe sich zum wiederholten Male für die damalige Berichterstattung entschuldigt, betont Kellerhof in diesem Artikel.

Im Grunde beweisen diese alten Artikel und ein paar Karikaturen, in denen Studenten als langhaarige Taugenichtse dargestellt werden, aber gar nichts. „Gewissheit" jedoch herrscht über eines: Die vom Springer-Verlag angeblich zu roh behandelten Revoluzzer skandierten „Ho Chi Minh" und vergötterten die Völkerschinder Mao, Lenin und Castro, während sich die Springer-Zeitungen, wenn auch manchmal recht laut, vor den freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat stellten. Wer, bitte, hat hier etwas aufzuarbeiten, gar zu bereuen?

Deutsche Wirklichkeit

ARD-Film »Zivilcourage«: Schonungsloser Blick auf eine brutalisierte Gesellschaft



Am Ende greift er zur Pistole: Götz George als Peter Jordan in „Zivilcourage"

Bild: WDR

Wo die Straße den Migrantengangs gehört und Bürgermut lebensgefährlich ist: Eine WDR-Produktion mit Hauptdarsteller Götz George führt in die Schattenseiten von Multikulti.

Während die Debatte um Thilo Sarrazins Äußerungen abgeklungen scheint, erhält die Klage des vormaligen Berliner Finanzsenators und abgestraften Bundesbankvorstands im ARD-Programm neue Publizität. Grund hierfür ist der Fernsehfilm „Zivilcourage", eine WDR-Produktion, die am 27. Januar zur Hauptsendezeit um 20.15 Uhr ausgestrahlt wird. Dies ist nicht selbstverständlich. So war das TV-Drama „Wut", das ebenfalls die Folgen der multikulturellen Gesellschaft und der mit ihr eingehenden Jugendgewalt thematisiert hatte, im Jahr 2006 aus Angst vor Protesten ins Spätprogramm verschoben worden. Medien geißelten den Film damals als „Spiel mit dem Feuer". Denn dieser, so der Vorwurf, erwecke den falschen Eindruck, als sei „die bisherige Debatte um die Integration der Ausländer von Tabus geprägt, von falscher deutscher Rücksichtnahme".

Es sind dies alles Anwürfe, die durchweg auch auf die aktuelle Produktion zuträfen – wären sie denn gerechtfertigt. Doch sie sind es genauso wenig wie damals. Wie sehr sich inzwischen der Wind gedreht hat, zeigte sich jüngst am RBB-Filmkritiker Knut Elstermann, der während der Pressevorführung im Kino Babylon in Berlin-Mitte freimütig bekannte: „Das ist der Sarrazin-Film." Darin spielt Götz George den Antiquar Peter Jordan, einen Alt-68er, der sich im Problemkiez Kreuzberg in seinen linksliberalen Gewissheiten eingerichtet hat. Erste Risse bekommt sein antiquiertes Weltbild, als seine Tochter an den Stadtrand zieht, um ihrem Kind ein friedliches Aufwachsen zu ermöglichen. So bescheidet sie ihren verständnislosen Vater: „Du kannst die Hausmannstraße nicht mehr retten!" Der Name dieser Straße ist fiktiv, doch die dargestellten Szenen sind überaus real. Die autochthone deutsche Bevölkerung ist hier – gedreht wurde am Kottbusser Tor – längst weggezogen. Es ist ein Prozess der ethnischen Verdrängung, der kaum mehr aufzuhalten ist. So begründet denn auch der WDR-Programmchef den Mut seines Senders, sich abermals den Fragen der „Einwanderungsgesellschaft" zu stellen. Obgleich schon diese Feststellung eine Fehlwahrnehmung enthält – handelt es sich doch um die Folgen einer weitgehend unkontrollierten Zuwanderung –, ist die hier aufgeworfene Frage doch unmissverständlich: „Wem ‚gehört' eigentlich ein Stadtviertel?" Entsprechend solle der Film eine Diskussion „über deutsche Wirklichkeit in Gang setzen".

Dort – in einer zunehmenden Multikulti-Welt, wo weniger das BGB als die Gesetze atavistischer Ehrbegriffe herrschen – gehört die Straße dem physisch Stärkeren. Es ist eine Umwelt, in der der Preis für Zivilcourage ins Unermessliche steigt. Der Münchner Unternehmer Dominik Brunner bekam dies zu spüren, er bezahlte seinen Einsatz mit dem Leben, wobei in seinem Falle die Täter Deutsche waren. Dieser Preis erscheint – zynisch gesprochen – als die zu entrichtende Zivil„courage" einer Gesellschaft, in deren Dickicht sich die Formen von Schutz-, Schweige- oder Blutgeld ausbreiten und wo Wegelagerer bei den Schwächeren MP3-Spieler und Mobiltelefone „abziehen". Dies kriegt auch die Figur des Peter Jordan zu spüren. Als er Zeuge eines Übergriffs auf einen wehrlosen Mann wird, rettet er diesem das Leben und zeigt den Schläger, einen jugendlichen Intensivtäter aus Kroatien, an. Daraufhin wird er von diesem sowie von dessen großem Bruder bedroht, ebenso ergeht es der Familie seiner Tochter und einem befreundeten Ehepaar, dessen linksliberale Lebenslügen in trefflicher Manier bloßgestellt werden. Am Ende steht Jordan, der sich nicht einschüchtern lässt, alleine da. Selbst die Polizei kann ihn nicht schützen. So greift er schließlich zur Pistole, um sich seiner Haut zu erwehren – horribile dictu: Selbstjustiz!

> Filmkritiker: »Das ist der Sarrazin-Film«

Wie sehr sich dabei Film und Wirklichkeit überschneiden, demonstrieren allein folgende Umstände: So erklärte gegenüber der *Preußischen Allgemeinen* der Schauspieler Kai Ivo Baulitz, der einen Polizisten spielt (alle anderen Polizisten im Film sind echt), dass während der Dreharbeiten die Polizei überhaupt nicht ernstgenommen wurde. Wirksam geschützt wurden die Arbeiten einzig durch eine vor Ort angeheuerte Gang aus dem Migrationsmilieu. Tatsächlich ist es so, dass Berlins Polizeipräsident Dieter Glietsch die Streifenzahl in den Problemvierteln unlängst reduziert hat, um weniger Angriffsfläche zu bieten.

Die Titelmusik „Willkommen in meiner Welt voller Hass" stammt von dem Gangsta-Rapper "Deso Dogg", einem laut Wikipedia gläubigen schiitischen Moslem, der als Sohn eines ghanaischen Vaters in Kreuzberg geboren wurde und die JVA Tegel "besser als seine Westentasche" kennt.

Ein letzter Unterschied zur Realität bleibt am Ende allerdings doch: Denn statt selbst zu schießen, wird die Filmfigur Jordan am Ende von der Ghettobraut des jugendlichen Intensivtäters gerettet. Die Unglaubwürdigkeit dieses Schlusses ist selbst dem Filmpolizisten Baulitz nicht geheuer. So bekannte er gegenüber der *PAZ*: „Ich kannte ja das Drehbuch, aber ich habe gewartet auf den Schuss am Schluss." Verständlich, schließlich geht die Tragödie der Katharsis voraus. *Peter Westphal*

„Zivilcourage". Regie: Dror Zahavi. Buch: Jürgen Werner. Fernsehfilm, Deutschland 2009. 90 Minuten. Sendetermin: ARD, 27. Januar 2010 um 20.15 Uhr.

40 Jahre eingesperrt

Ausstellung über das Leben in der DDR

Bis zum 27. Januar 2010 (Mo–Fr von 8 bis 20 Uhr und Sa–So von 10.30 bis 18.30 Uhr) ist im Lichthof des Auswärtigen Amtes am Werderschen Markt 1 in Berlin die Ausstellung „Die heile Welt der Diktatur? Herrschaft und Alltag in der DDR" bei freiem Eintritt zu sehen. Sie besteht aus 20 Plakaten, auf denen Fotografien abgebildet sind, die der „Stern"-Fotograf Harald Schmitt in den sechs Jahren, in denen er in der DDR arbeitete, aufgenommen hat.

Der Vorsitzende der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, der CDU-Politiker und Verteidigungsminister der einzigen aus freien Wahlen hervorgegangenen DDR-Regierung, Rainer Eppelmann (CDU), übergab die Ausstellung am 12. Januar der Öffentlichkeit. In seiner Eröffnungsrede warnte Außenminister Guido Westerwelle (FDP) vor einer Romantisierung der DDR. Nicht die Herrschenden und ihr Apparat stehen im Mittelpunkt der Ausstellung, sondern die einfachen Menschen. Mit wachsendem Abstand verkläre sich für viele Deutsche der Blick auf die DDR-Wirklichkeit. Somit falle es jungen Menschen in beiden Teilen Deutschlands schwer, sich ein Bild vom Alltag in der DDR zu machen, so ein Ausstellungsmacher.

Eppelmann übte sogleich Kritik an der Ausstellung, weil sich dort kein Bild der Mauer wiederfinde: „Um die Menschen in der DDR richtig zu verstehen, muss man wissen, dass wir 40 Jahre in dem Bewusstsein gelebt haben, eingesperrt zu sein. Uns ist wichtig, dass die DDR nicht nur der sichere Arbeitsplatz und die FKK-Kultur war, sondern auch das Eingesperrtsein." Stiftungsmitarbeiter Ulrich Mählert wehrte sich gegenüber der Nachrichtenagentur DAPD gegen die Kritik. Vier Fotos von Mauer und Grenze würden doch in der Ausstellung gezeigt. *Hans Lody*

Borussia-Freunde unter sich

Die Preußische Gesellschaft lud zum Neujahrsempfang

Im öffentlichen Leben der Bundesrepublik fristen bekennende Preußen und Freunde Preußens ein Minderheitendasein, aber auf dem Neujahrsempfang der Preußischen Gesellschaft Berlin-Brandenburg, da ist man in der Mehrheit, da ist man unter sich. Neben dunklen Anzügen bestimmten historische Uniformen das Bild, historische wie aktuelle der Bundeswehr. Aber auch ein Beau im Stile Fred Astaires fand sich unter den rund 300 Gästen, zu denen auch der CDU-Bundestagsabgeordnete Kai Wegener und der Landesvorsitzende der Berliner CDU Frank Henkel gehörten. Tolerant ging es eben bei Preußens zu. Ungeachtet des langjährigen deutschen Dualismus gab es denn auch einen Tisch, an dem Karten für einen Wiener Ball verkauft wurden. Aber natürlich standen auch preußischere Stände auf Gäste, darunter auch der der *Preußischen Allgemeinen*.

Einer der Gäste, die sich länger am *PAZ*-Stand aufhielten, war Eberhard Diepgen. Der frühere Regierungschef war der Gastredner des diesjährigen Empfanges. Bevor er jedoch zu den Anwesenden sprach, begüßte der Gastgeber in Form des Präsidenten der Preußischen Gesellschaft die Gäste. In launiger Rede stellte Volker Tschapke den Anwesenden sein „Kompetenzteam" vor. Im Gegensatz zu den üblichen „Schattenkabinetten" der Spitzenkandidaten bestand es jedoch aus Größen der preußischen Geschichte wie Otto von Bismarck und Friedrich den Großen. Dabei führte er mit einer Reihe von Zitaten aus deren Munde den Zuhörern vor Augen, was wir auch heute noch von diesen großen Staatsmännern der Vergangenheit lernen können. An des Königs Kritik am Egoismus der Minister erinnerte er dabei ebenso wie im Zusammenhange mit Afghanistan und Irak an das Reichskanzlers berühmtes Wort von Deutschlands Interesse am Balkan, das nicht die gesunden Knochen eines einzigen pommerschen Musketiers wert wäre. Letzteres wollte Diepgen vielleicht noch für den Balkan, aber für Afghanistan so nicht gelten lassen. Allerdings mahnte er unter Hinweis auf die großen preußischen Militärreformer an, dass man ein politisches Ziel haben müsse, wenn man in den Krieg zieht. *Manuel Ruoff*



Foto: M.R.

Im Gespräch: Eberhard Diepgen und K. Badenheuer am *PAZ*-Stand

Nasse Häuser in der Lausitz

Die Rekultivierung der ehemaligen Braunkohlegruben in Mitteldeutschland macht Probleme. Ziel der Maßnahmen ist es, die verwüstete Region in eine einzigartige Seenlandschaft zu verwandeln. Durch die Wiederanhebung des für den Bergbau einst künstlich abgesenkten Grundwasserspiegels werden jetzt jedoch Häuser feucht und beginnen zu bröckeln. Die Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft (LMBV) will dagegen nun mit einem Netz von Rohren, Brunnen und Wehren angehen, an einigen Orten sollen ganze Häuser angehoben werden, um weiteren Schäden vorzubeugen. Der Grundwasserspiegel ist erst bis zur Hälfte seines früheren Verlustes durch den Tagebau wieder angehoben. Bis 2030 soll der Stand an den meisten Stellen wieder auf das natürliche Niveau gebracht werden. Die neuen Seen werden, so der Plan, alle durch künstliche Wasserstraßen miteinander verbunden sein. *H.H.*

Zeitzeugen


Foto: Accont Management consulting

Marek Wojcicki – Der Vorsitzende des 1922 gegründeten „Bundes der Polen in Deutschland“ ist auch Unternehmer. „Wir machen Unternehmensberatung und Konzernfinanzierung“, erzählte der 49-Jährige der „Welt“. Seit 2009 macht der Wahl-Frankfurter, der zeitweise FDP-Mitglied war, auch die Lobbyarbeit der Polen in Deutschland.

Christoph Bergner – Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern hat für Wojcickis Anliegen ein offenes Ohr. Der 1948 in Zwickau geborene CDU-Politiker will an diese Forderungen „ganz offen herangehen“ und pragmatische Lösungen finden. Der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten wurde 2009 vom Verband der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen mit einer Medaille ausgezeichnet.



Radolslaw Sikorski – Der 46-jährige, polnische Außenminister gab beim ersten Treffen mit seinem Amtskollegen Guido Westerwelle im Dezember an, polnischstämmige Bürger in Deutschland mehr unterstützen zu wollen. Seine Forderung, ihnen in Deutschland mehr Rechte und eine verstärkte Förderung ihrer Kultur und Sprache zu gewähren, haben nun polnische Organisationen in Deutschland konkretisiert.

Hans-Dietrich Genscher – 1991 ließ er als Bundesaußenminister zu, dass Deutsche in Polen, die durch die Vertreibung überhaupt erst zur Minderheit wurden, nicht mehr Rechte haben sollen als polnische Zuwanderer im verbliebenen Deutschland. Nicht einmal die deutsche Staatsbürgerschaft der meisten Polen-Deutschen wurde im Nachbarschaftsvertrag erwähnt.



Wojciech Korfanty – 1873 als Albert Korfanty in Schlesien geboren, saß er von 1904 und 1918 im Preußischen Landtag, wo er sich für die polnische Bevölkerung Schlesiens einsetzte. Kurz vor Ende des Ersten Weltkrieges plädierte er für den Anschluss großer Teile der deutschen Ostprovinzen an Polen. Kurz danach nannte er sich „Wojciech“ und organisierte Aufstände in Oberschlesien. Die Tatsache, dass 1921 59,6 Prozent für den Verbleib Oberschlesiens bei Deutschland stimmten, radikalisierte ihn weiter. 1922 war er für wenige Tage polnischer Ministerpräsident.

Ehrgeizige Forderungen

Die Verbände der Polen in Deutschland trumpfen auf – Lücke im Vertrag von 1991

Mitten in der Diskussion um die Berufung von Erika Steinbach platzten weitgehende Forderungen des „Bundes der Polen in Deutschland“. Die ehrgeizigen Ziele sind schlecht begründet und der Zeitpunkt des Vorstoßes spricht für eine mit der polnischen Regierung abgestimmte Aktion.

Das deutsch-dänische Miteinander in Schleswig gilt als vorbildlich für den Umgang mit nationalen Minderheiten: Nördlich der Grenze leben gut 20000 Deutsche, südlich davon, auf deutscher Seite, an die 50000 Dänen. Beide Gruppen sind „bodenständige“ (autochthone) Minderheiten und leben seit Jahrhunderten auf ihrer Scholle. Deswegen haben Deutschland und Dänemark sich schon 1955 darauf geeinigt, beiden Volksgruppen „symmetrisch“ dieselben, ziemlich weitgehenden Rechte zuzubilligen. Es funktioniert bestens.

Ganz ähnlich haben sich das offenbar auch die Unterhändler Polens 1990/91 bei denVerhandlungen zum deutsch-polnischen Nachbarschafts- und Freundschaftsvertrag vorgestellt: Ein paar hunderttausend Deutsche und Deutschstämmige im Gebiet der Republik Polen, eine wohl ähnliche Zahl polnischstämmiger Menschen in der Bundesrepublik – da könnte man doch „Minderheitenrechte auf Gegenseitigkeit“ vereinbaren.

Doch die „Parallele zwischen Schleswig und Schlesien“ stimmt doppelt nicht. Zum einen sind die verbliebenen Deutschen in Schlesien, aber auch im südlichen Ostpreußen und anderen Teilen der heutigen Republik Polen durch Vertreibung der Mehrheit ihrer Landsleute und anschließende Grenzverschiebung überhaupt erst zu Minderheiten geworden. Deswegen stünde ihnen – weit über die Volksgruppenrechte hinaus – zunächst einmal Wiedergutmachung zu für Assimilierung und Enteignungen, die es im deutsch-dänischen Fall nie gegeben hat.

Die Parallele Schleswig/Schlesien ist doppelt falsch

Vor allem aber stimmt die andere Seite der angeblichen Parallele nicht: Die Polen und polnischstämmigen Deutschen in der Bundesrepublik sind alles andere als eine autochthone Minderheit. Der überwiegende Teil dieser Gruppe ist sogar erst nach Abschluss des Nachbarschaftsvertrages von 1991 eingewandert, ein weiterer Teil ist, meist im späten 19. Jahrhundert völlig freiwillig auf der Suche nach besser bezahlter Arbeit ins Ruhrgebiet gekommen. Minderheitenrechte für eine solche Zuwanderergruppe sind aus gutem Grund international nicht vorgesehen. Andernfalls hätte Deutschland schon jetzt mehrere Hundert nationale Minderheiten, umgekehrt müsste in weiten Teilen der USA und Kanadas Deutsch zur Amtssprache erhoben werden.

Das alles wussten die Unterhändler des damaligen Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) ganz genau, und doch haben sie sich auf die polnische Forderung eingelassen. Trotz Kritik des Bundesinnenministeriums fand noch nicht einmal die fortbestehende deutsche Staatsangehörigkeit der meisten Deutschen im heutigen Polen Erwähnung.

Dass die ganze Konstruktion schief ist, zeigt die winzige Mitgliederzahl der Vereinigungen der Polen in Deutschland. Von „rund 1000“ Mitgliedern spricht der Bund der Polen in Deutschland, dabei soll es nach seiner Darstellung bis zu zwei Millionen (!) polnischsprachiger Menschen in der Bundesrepublik geben.

Bei seinem Besuch in Berlin am 18. Dezember hat Polens Außenminister Radoslaw Sikorski, noch in moderatem Ton, die Lage der Polen in Deutschland angesprochen. Nun hat Marek Wojcicki, seit einigen Monaten Vorsitzender des Bundes der Polen in Deutschland, Klartext gesprochen. Unter Berufung auf den Vertrag von 1991 verlangt er unter anderem mehr Polnischunterricht in Deutschland und zusätzliche Wiedergutmachung für NS-Unrecht aus den 1930er Jahren. Wieslaw Lewicki, Vorsitzender des „Konvents Polnischer Organisationen in Deutschland“, fordert gar die „Wiederherstellung“ des Minderheitenstatus der Polen in Deutschland. *Konrad Badenheuer*



1908 auf Arbeitssuche in Berlin: „Sachsengänger“ nannte man die deutschen und polnischen Landarbeiter, die im Deutschen Kaiserreich die landwirtschaftlich geprägten östlichen Regionen verließen, um im Westen besser entlohnte Arbeiten zu finden. Bild: akg

Erst die Arbeit, dann die Liebe

Sie kamen in der Hoffnung auf Arbeit und auf ein besseres Leben nach Deutschland. Im letzten Drittel des 19. Jahrhundert zogen Zehntausende Polen aus ihrer agrarisch geprägten ostmitteleuropäischen Heimat vor allem in den Westen des deutschen Kaiserreiches. Ein erhöhter Arbeitskräftebedarf im Steinkohlebergbau lockte viele Polen in das Ruhrgebiet. Aber auch in der blühenden deutschen Industrie fanden sie Beschäftigung. Bis zum Ersten Weltkrieg erreichte der Anteil der polnischen Bevölkerung in manchen Kreisen beachtliche Werte, beispielsweise in Recklinghausen 13,8 Prozent. Hinzu kamen kleinere, autochthone polnische Gruppen in den bei Deutschland verbliebenen Ostgebieten.

In der Weimarer Republik als nationale Minderheit anerkannt, war ihre Position während des Zweiten Weltkrieges als Angehörige einer Feindnation auf deutschem Boden nicht konfliktfrei, doch eine Verfolgung im großen Ausmaß gab es nicht. Dazu waren die Polen auch schon zu gut integriert. Viele von ihnen hatten Deutsche geheiratet und mit ihnen Familien gegründet.

Integration bewusst angestrebt

Noch heute sind polnische Frauen bei deutschen Männern begehrt. Seit Jahren führen bei den binationalen Eheschließungen die Polinnen die Liste nichtdeutscher Partnerinnen an, denn nur einige Jahrzehnte hatte der Kalte Krieg Polen die Einwanderung nach Deutschland verhindert. Seit dem Ende des Ostblocks gibt es trotz EU-Auflagen wieder Gastarbeiter aus Polen, von denen viele in Deutschland dauerhaft sesshaft wurden. Über eine Million der in Deutschland lebenden Bevölkerung soll polnisch beziehungsweise polnischstämmig sein. Ihre Integration verläuft meist problemlos. Und Polen der zweiten Generation sollen höhere Abiturientenquoten als die Deutschen aufweisen. *Bel*

Zwischen den Völkern

Die erstaunliche Geschichte eines schlesischen Ritterkreuzträgers

Der 1919 geborene Oberleutnant Alfons Bialetzki gehört nicht nur zu den herausragendsten Soldaten des Zweiten Weltkrieges, sondern auch zu den wohl ungewöhnlichsten Personen des deutsch-polnischen Verhältnisses im 20. Jahrhundert. Als Bialetzki im Kattowitzer Stadtteil Bogutschütz geboren wurde, gehörte seine Heimat de iure noch zum Deutschen Reich, faktisch aber hatte schon Polen das Sagen, noch bevor die Entente das Gebiet (trotz der von Deutschland gewonnenen Volksabstimmung vom März 1921) Polen zuschlug.

Bialetzki verbrachte seine Jugend in Polen, sprach deswegen besser Polnisch als Deutsch, beantragte aber 1938 die deutsche Staatsbürgerschaft, die er auch bekam. 1940 meldete er sich freiwillig zu den Fallschirmjägern. Nun begann seine Karriere als einer der verwegensten deutschen Soldaten des Krieges: Der Oberschlesier kämpfte als Pionier in Kreta und an der Ostfront, wurde mehrfach verwundet und sammelte mit furchtlosem Einsatz Orden wie andere Leute Briefmarken: Das Panzervernichtungsabzeichen für Einzelkämpfer erhielt er gleich zwei Mal, dazu das Deutsche Kreuz und das Verwundetenabzeichen jeweils in Gold. Im September 1944 erhielt er das Ritterkreuz, wenig später, nach überlebten 50 Nahkampftagen oft in Stoßtruppeinsätzen auch die Nahkampfspange in Gold.

Alfons Bialetzki

Wenig später wollten höhere Stellen ihn als Ausbilder zum Ersatzheer beordern. Ihre Motive sind nicht bekannt: Womöglich traute man Bialetzki auch als Ausbilder vieles zu, oder man wollte ihn – ähnlich wie einige wenige andere herausragenden Kämpfer – ab diesem Zeitpunkt bewusst schonen. Doch sein Divisionskommandeur lehnte mit verblüffender Begründung ab: „Er ist der Typ des Frontsoldaten, der sich im Kampf am wohlsten fühlt. Für eine Verwendung an den Waffenschulen des Heeres ist er gänzlich ungeeignet, da er ein sehr schlechtes Deutsch mit ausgesprochenem schlesischen Akzent spricht. Bialetzki ist wohl polnischer Abstammung.“

Soweit zum „Rassismus“ in der Wehrmacht anno 1944. Aber ob diese Charakterisierung wohl übertrieben war, um den prächtigen Offizier nicht zu verlieren? Offenkundig nicht, denn Bialetzki tat nach Kriegsende einen überraschenden Schritt für einen so verwegenen Kämpfer auf deutscher Seite: Er besann sich des polnischen Elements in ihm und ließ sich unter geändertem Namen wieder in Polen nieder. Der weitere Weg des Mannes, der heute 90 Jahre alt wäre, ist unbekannt, auch ob es ihm gelungen ist, das durchaus nicht ehrenrührige Geheimnis seiner Militärzeit zu wahren.

Das Schicksal Bialetzkis zeigt, dass die Grenzen zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk vor allem in Oberschlesien, aber teilweise auch in der Kaschubei und in Masuren, fließend waren und sind. Dies in den Blick zu nehmen kann zur Völkerverständigung mehr beitragen als (deutsche) Verdrängung oder (heute meist polnische) nationale Großmannsucht. *K.B.*

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
MIT OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur
Konrad Badenheuer
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, IT:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilhelm v. Gottberg, Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer (Los Angeles), Jean-Paul Picaper.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 31.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon **(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Kampf um den Bundesrat

In Nordrhein-Westfalen stehen CDU und FDP knapp unter 50 Prozent – NRW-Linke als Sektiererclub

Am 9. Mai geht es nicht allein um die Macht in Nordrhein-Westfalen, dem bevölkerungsreichsten Bundesland. Auf dem Spiel steht auch die schwarz-gelbe Mehrheit im Bundesrat und damit die Handlungsfähigkeit der Regierung Merkel.

Um diesen Termin dreht sich die gesamte deutsche Innenpolitik. Am 9. Mai wählt Nordrhein-Westfalen einen neuen Landtag. Wenn Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble jetzt unlängst wieder betonte, zum Vorschlag einer Steuerreform ab 2011 wolle er sich erst „nach der Steuerschätzung im Mai“ äußern, weiß mittlerweile jeder Deutsche, welche Zeitmarke der CDU-Politiker wirklich im Sinn hat: den 9. Mai. Die böse Botschaft, dass aufgrund einbrechender Steuereinnahmen (mit denen eigentlich jeder rechnet) eine weitere Entlastung der Bürger kaum finanzierbar sein dürfte, die will er erst nach dem Urnengang im bevölkerungsreichsten Bundesland bekanntgeben müssen.

Eine Niederlage an Rhein und Ruhr wäre ein schwerer Schlag für Schwarz-Gelb in Berlin. Die Koalition hätte damit nicht nur einen entscheidenden Stimmungstest verloren. Das Regieren würde auch auf Bundesebene von einem Tag auf den anderen erheblich schwieriger. Derzeit besetzen Koalitionen aus Union und FDP 37 der insgesamt 69 Sitze im Bundesrat, dessen Zustimmung für viele Gesetzesvorhaben notwendig ist. Die übrigen sind in den Händen von rot-roten, rot-grünen, schwarz-roten, schwarz-grünen oder schwarz-gelb-grünen Bündnissen. Rheinland-Pfalz weist als einziges Bundesland noch eine Ein-Parteien-Regierung auf: Kurt Becks SPD.

Gingen die sechs Sitze Nordrhein-Westfalens verloren, wäre die schwarz-gelbe Mehrheit im Bundesrat dahin. Die Beteiligung von CDU und FDP an anderen Landeskoalitionen nützt dann wenig: Die Koalitionsverträge sind traditionell so gestrickt, dass „gemischte“ Länder nicht zur Mehrheitsbeschaffung dienen können.

Entsprechend verbissen und unter größter bundespolitischer Anteilnahme wird um die Macht in Düsseldorf gerungen. Nach den letzten Umfragen vom Spätherbst 2009 führt das Regierungsbündnis unter CDU-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers leicht vor SPD und Grünen. So landete die Union nach unterschiedlichen Befragungen zwischen 36 und 41 Prozent, die FDP um die zehn. Die Sozialdemokraten bekämen demnach gut 30 Prozent, die Grünen mit leichtem Vorsprung vor den Liberalen ebenfalls etwa zehn Prozent. Die Linkspartei steht bei etwa sieben Prozent, so dass unter Umständen ein rot-rot-grünes Bündnis die Mehrheit hätte.

Diese Zahlen vor Augen lenken die Wahlkämpfer von CDU und FDP ihren Wahlkampf auf die Möglichkeit eines Linksbündnisses unter Einschluss der Postkommunisten. SPD-Landeschefin Hannelore Kraft reagiert ausweichend auf die Frage, inwieweit sie zu einem solchen Pakt bereit wäre. Einerseits bezeichnet sie die Linken als „weder regierungs- noch koalitionsfähig“. Andererseits verweigert sie eindeutige Koalitionsaussagen. Mit wem die SPD regieren wolle, werde sie allenfalls erst kurz vor der Wahl eindeutig bekanntgeben, so Kraft.

Radikale Träumereien contra Koalition mit Grünen und SPD

Dies ist im Falle von Nordrhein-Westfalen besonders pikant, da der dortige Linke-Landesverband als derart extrem bis sektiererisch gilt, dass er selbst den Groll der eigenen Bundesführung um Lafontaine und Gysi auf sich zieht, die sich um einen seriösen Anstrich für ihre Partei bemühen.

Personell zieht die NRW-Linke besonders radikale Köpfe aus anderen Landesverbänden an. So sitzt die bekannteste Vertreterin der „Kommunistischen Plattform“, Sahra Wagenknecht, heute für die nordrhein-westfälische Linkspartei im Bundestag. Die gebürtige Jenaerin war noch kurz vor der Revolution der SED beigetreten, hat die Berliner Mauer als „notwendiges Übel“ und die DDR als „besseren deutschen Staat“ als den westdeutschen bezeichnet. Neben Wagenknecht ist die Rhein-Ruhr-Linke auch durch die ehemalige Hamburger K-Grüpplerin Ulla Jelpke im Bundestag vertreten sowie durch Andrej Hunko, der im Frühjahr 2009 zu „sozialen Unruhen“ aufgerufen hatte.

Das Programm der Linken hat es ebenfalls in sich: Vom „Recht auf Rausch“, sprich: Drogenlegalisierung, und der Verstaatlichung der Grundstoffindustrie sowie der Energieversorger, der Abschaffung von Schulnoten und des Religionsunterrichts bis zur 30-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich liest sich der Katalog wie ein Wunschkonzert linksradikaler Träumereien. Sowohl SPD wie Grünen dürfte es schwerfallen, mit dieser Formation in ernsthafte Koalitionsverhandlungen zu treten, ohne das eigene Ansehen zu beschädigen.

Rechts der Union hofft die Partei „Pro NRW“ auf Erfolg. Die aus der Bürgerinitiative „Pro Köln“ hervorgegangene Formation hatte mit einem von Linksextremen letztlich verhinderten „Anti-Islamisierungskongress“ in Köln vergangenen Sommer bundesweit auf sich aufmerksam gemacht. Heute streitet Pro NRW für ein europaweites Minarett-Verbot.

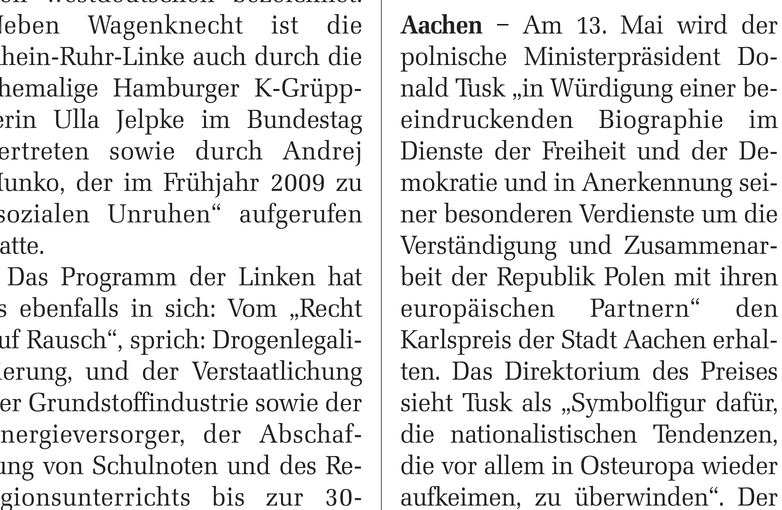
Bei den Kommunalwahlen im August 2009 gelang Pro NRW der Einzug in diverse Kreis- und Kommunalvertretungen. In Köln sitzt die Partei mit Fraktionsstärke im Stadtrat. Alle Parteien von Union bis Grüne gehen indes auf scharfe Distanz zu Pro NRW und lehnen die Konkurrenz als „rechtspopulistisch“ kategorisch ab.

Hans Heckel



Foto: pa

Kontrahenten: Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (r.) und SPD-Landeschefin Hannelore Kraft



MELDUNGEN

Hohe Ehrung für Tusk

Aachen – Am 13. Mai wird der polnische Ministerpräsident Donald Tusk „in Würdigung einer beeindruckenden Biographie im Dienste der Freiheit und der Demokratie und in Anerkennung seiner besonderen Verdienste um die Verständigung und Zusammenarbeit der Republik Polen mit ihren europäischen Partnern“ den Karlspreis der Stadt Aachen erhalten. Das Direktorium des Preises sieht Tusk als „Symbolfigur dafür, die nationalistischen Tendenzen, die vor allem in Osteuropa wieder aufkeimen, zu überwinden“. Der gebürtige Danziger hat Ende 2007 den offen deutschfeindlichen Jaroslaw Kaczynski aus dem Amt des Ministerpräsidenten verdrängt. Jetzt spielt er mit dem Gedanken, sich im Herbst um das Amt des Staatspräsidenten zu bewerben, das derzeit noch Kaczynskis ähnlich denkender Zwillingsbruder Lech innehat. *Bel*

Wieder zwei NS-Prozesse

Ludwigsburg – Die Zentrale Stelle zur Aufklärung von NS-Verbrechen gab bekannt, die Ermittlungen gegen zwei weitere mutmaßliche NS-Verbrecher abgeschlossen zu haben. Bei den Verdächtigen handele es sich um den nahe Bonn lebenden 89-jährigen Samuel K. sowie um den 1921 in Polen geborenen, im US-Staat Michigan wohnenden Iwan Kalymon. Der an der Wolga geborene Volksdeutsche K. soll als Soldat der Roten Armee in deutsche Kriegsgefangenschaft geraten sein. Um sich aus den mörderischen Bedingungen im Lager Chelm zu retten, sei er in deutsche Dienste getreten. Kritiker bedauern, dass Verbrechen an Deutschen im und nach dem Zweiten Weltkrieg nicht ebenso intensiv verfolgt werden wie NS-Verbrechen. Das völkerrechtliche Diskriminierungsverbot gebiete dies. *PAZ*

Russki-Deutsch (51):

Towarisch

Von Wolf Oschlies

Der russische „Towarisch“ ist der deutsche „Genosse“ – weiß doch jeder. Ist ja auch fast richtig, obwohl das Wort im Russischen „towarischdsch“ ausgesprochen wird. George Bernhard Shaw hat 1910 eine Sprechhilfe erfunden, als er in seiner Komödie „Messalianz“ eine Abendgesellschaft „Fisch-Dschungel“ sagen lässt, was der russischen Aussprache „schdsch“ gleichkommt.

Sprachgeschichtlich sind „towarisch“ und „Genosse“ gleich alt. Auch beider Bedeutung ist fast identisch: Ob jemand mit mir an derselben „tovar“ (Sache, Ware) werkelt oder mit mir dieselbe Nutznießung hat, wie es im althochdeutschen „ginoz“ anklingt, sollte so unterschiedlich nicht sein. Über Jahrhunderte war das Wort allslawisches Gemeingut, was sich erst mit der Politisierung des Begriffs als Anrede in sozialistischen und kommunistischen Parteien änderte. Danach gab es ihn nur noch bei Russen und Ukrainern, auch bei Sorben (towars), Polen (towarzysz) und sogar Rumänen (tovaras), nicht aber bei Tschechen, Bulgaren, Serben, Kroaten, Albanern.

Im Grunde war der „towarisch“ russischer Alleinbesitz, was zu Sowjetzeiten oft demonstriert wurde, zum Beispiel als die Russen 1947 das vor Rügen versenkte deutsche Segelschulschiff „Gorch Fock I“ heben und überholen ließen, um es 1951 als „Towarisch“ wieder in Dienst zu stellen. Ständig lustig machte man sich in der DDR über steife Wortkombinationen der Sowjets wie „dorogie towarischi“, was wörtlich „teure Genossen“ heißt und mit Blick auf die Besatzungskosten der 410 000 Soldaten der „Gruppe sowjetischer Streitkräfte in Deutschland“ süffisant betont wurde.

In der Wende 1989 verschwand der „Towarisch“ praktisch über Nacht, am witzigsten bei den Ungarn. Führende Oppositionspartei war dort das „Ungarische Demokraten-Forum“ (MDF), das bei der ersten freien Wahl mit einem unvergeßlichen Plakat antrat: Stiernackiger Sowjetoffizier von hinten gezeigt, darunter russisch-kyrillisch die Parole „Towarischi, konez“ (Genossen, Ende). Besonders russische Touristen waren hinter dem Plakat her. Nur im postsowjetischen Russland muss man sich an solche Dinge ständig erinnern, denn dort lautet bei Armee, Flotte und Polizei die offizielle Anrede unverändert „Towarisch“.

Blaue Briefe

Missbrauch bei Volksabstimmung über Ikea?

Das Bezirkamt im Hamburger Stadtteil Altona versendet derzeit blaue Briefe. Dabei handelt es sich nicht um die früher gefürchteten Schreiben, die den Schülern eine gefährdete Versetzung in die nächste Klasse ankündigten, sondern um die Aufforderung sich an der Volksabstimmung „Pro Ikea“ zu beteiligen.

Das Ringen um mehr Basisdemokratie treibt dabei in der Hansestadt seltsame Blüten. Gleich zwei Bürgerinitiativen kämpfen derzeit um die Wähler. Die einen sind für („pro“), die anderen sind gegen („contra“) die Ansiedlung des blau-gelben Möbelhauses. Eigentlich könnte man diese Frage auch mit einer Abstimmung erledigen, denn auf den Stimmzetteln des Pro-Ikea-Begehrens gibt es schließlich ein Ja- und ein Nein-Feld. Ein einfaches Kreuz würde eigentlich genügen und eine zweite Abstimmung erscheint sinnlos. Doch Kritiker der jetzigen Abstimmung weisen auf mögliche Missbräuche hin. Denn anders als bei der Briefwahl zum Bundestag oder den Landtagen ist bei Pro-Ikea keine Unterschrift erforderlich. Einem schwunghafter Handel mit den Wahlbriefen wäre theoretisch möglich. Achtlos in Papierkörben entsorgte Wahlbriefe könnten von Befürwortern oder Gegnern des Projektes eingesammelt und stimmfördernd für die eine oder andere Position eingesetzt werden. Offen ist derzeit, ob das tatsächlich geschieht.

Kreuzchen ohne Unterschrift

Zur Wahl aufgerufen sind alle Bewohner des Bezirkes Altona, wozu auch die reichen Hamburger Elbvororte gehören. Der Streit geht um eine relativ heruntergekommene Gegend hinter dem ICE-Bahnhof in Altona. Dort stehen viele Geschäfte leer und ein hässlicher Betonklotz soll für den Neubau von Ikea abgerissen werden. Da die Befürworter des Projektes mehr Unterschriften gesammelt haben, werden ihre Abstimmungsunterlagen zuerst verschickt. Sie sind damit taktisch im Vorteil.

Am Montag hatten bereits 56 673 Wahlberechtigte ihre Stimme abgegeben, das sind fast ein Drittel der insgesamt 186 000 Abstimmungsberechtigten des Bezirks. Damit ist die relative Beteiligung viel höher als bei anderen Entscheiden in Hamburg.

H. Bues

»Linke« zerlegt sich

Erst Richtungs-, jetzt auch Führungsstreit

Nach Jahren der Personalquerelen konnte die am Boden liegende SPD die kurzfristige interne Ruhe nutzen, um den Feind aus dem eigenen linken Lager zu demütigen: Sie bot dem viel gescholtenen, auf Druck im Mai aus seinem Amt scheidenden Bundesgeschäftsführer der Partei „Die Linke“, Dietmar Bartsch, politisches Asyl an. Natürlich nahm dieser das nicht an.

Ganz Deutschland konnte in den letzten Wochen erleben, wie die erfolgsverwöhnte Partei „Die Linke“ sich selbst zerfleischte. Dabei ging es schon längst nicht mehr nur um den von Oskar Lafontaine auf kleiner Flamme gehaltenen Konflikt zwischen vergleichsweise pragmatisch-linken Ossis und ideologischen Wessis in der Partei. Genau dieser lange unterdrückte Richtungsstreit brach während der offiziell krankheitsbedingten Auszeit Lafontaines in ein Machtvakuum. Dieses nutzte Dietmar Bartsch, um sich für einen Posten in der Parteispitze zu empfehlen. Das brachte ihm den Vorwurf der Illoyalität gegenüber Lafontaine durch Bundestagsfraktionschef Gregor Gysi ein. Der wiederum wurde von Anhängern des Geschäftsführers als Verräter an seinem langjährigen Getreuen Bartsch zugunsten des „Befehlsgebers aus Oberlimberg“, sprich Lafontaine, bezichtigt. „Wir müssen uns fragen: Welches Loyalitätsverhältnis wird bei uns eigentlich erwartet? Eines der alten Ostkader-Mentalität oder eines der Teamfähigkeit“, griff der Chef der Linke-Fraktion in Thüringen, Bodo Ramelow, den alten SED-PDS-Mann Gysi an.

Jeder gegen jeden, alte Bande zählen nicht

Und um den Führungsstreit rund zu machen, wurde auch der abwesende Parteichef Lothar Bisky von Ramelow wegen seiner mangelnden Führungsqualitäten abgemahnt. „Wir brauchen keine Pappkameraden“, so der 53-Jährige, der ankündigte, ab Mai nicht mehr für den Bundesvorstand zur Verfügung zu stehen.

Im Dienstag hatte Lafontaine seinen ersten öffentlichen Auftritt seit seiner Krebsoperation, doch seine Rückkehr beruhigt die Partei keineswegs. „Wir wissen, wozu Oskar Lafontaine fähig ist“, stichelte zudem SPD-Chef Sigmar Gabriel und spielte damit auf Lafontaines kopflose Flucht 1999 aus der SPD und dem Finanzministerium nach Auseinandersetzungen mit Kanzler Gerhard Schröder an. *Bel*

MELDUNGEN

Letzte Chance auf Einigung

Nikosia – In der vergangenen Woche ging es auf Zypern um die Wiedervereinigung der seit 1974 geteilten Insel. Bereits 60-mal haben sich der griechisch-zyprische Präsident Dimitris Christofias und der türkische Volksgruppenführer Mehmet Ali Talat seit der Aufnahme der Verhandlungen im September 2008 unter der Schirmherrschaft der UN im Niemandsland zwischen dem griechischen Süden und dem türkischen Norden der Insel getroffen. Zwischen dem 25. und 27. Januar soll nun entschieden werden, ob man sich in Streitpunkten wie der Verteilung der Macht auf politischer, ethnischer und administrativer Ebene und der neuen Außenvertretung vor allem in Richtung Türkei und Griechenland einigen kann. Als noch brisanter werten Experten die offenen Vermögensfragen infolge der Vertreibung von griechischen wie türkischen Zyprioten von Haus und Heim 1974. Kommt es nicht bald zu einer Einigung, droht das Verhandlungsende, da Talat die Wahlen im türkischen Norden gegen seinen türkeifreundlichen Konkurrenten vermutlich verlieren wird. Dieser lehnt Verhandlungen ab. *Bel*

»Fürst« begeistert Tschechen

Prag – Mit den Themen Tradition, Verantwortung und Wohlstand hat der 72-jährige tschechische Ex-Außenminister Karl Schwarzenberg einen Umfrageerfolg seiner erst im November gegründeten Partei TOP09 erreicht. Schwarzenberg wird, da einem fränkischen und böhmischen Adelsgeschlechts entstammend, überwiegend nur „der Fürst“ genannt. Der renommierte Politiker hofft, sich mit seiner neuen konservativ-liberalen Partei an dritter Stelle hinter den Sozialdemokraten und der rechtsliberalen Demokratischen Bürgerpartei zu etablieren und die Kommunisten von Platz drei zu vertreiben. *Bel*

Wahl ohne Sieger

Politische Grabenkämpfe führten die Ukraine in die Pleite – Zukunft ungewiss

Die Ukraine hat gewählt. Dass am 17. Januar keiner der 18 Kandidaten die erforderliche Mehrheit erringen konnte, verwundert niemanden. Wahlforscher hatten vorausgesagt, dass sich erst bei der zweiten Wahlrunde am 7. Februar entscheiden würde, wer neuer Präsident der Ukraine wird. Sicher ist, dass Viktor Juschtschenko – und mit ihm die Westorientierung der Ukraine – verloren hat.



Wahlplakat in Kiew: Die Menschen sind enttäuscht von ihrer Regierung, deren Fehler sie ausbaden müssen. Bild: Getty

„Die ukrainische Politik interessiert mich überhaupt nicht. Mir ist völlig egal, wer Präsident wird. Und Patriot bin ich auch nicht“, so der 25-jährige Bauarbeiter Wadim aus Kiew. Seine Stimme hat er im Internet zum Verkauf angeboten. So wie ihm geht es vielen in der Ukraine. Sie verkaufen ihre Stimmen meistbietend. Der Durchschnittserlös liegt bei umgerechnet 75 Euro.

Der Politikexperte Wolodimir Fesenko hält den Stimmenverkauf für einen Ausdruck von Enttäuschung und einer immer zynischer werdenden Haltung der Wähler gegenüber der Politik und den handelnden Personen. „Die Ukrainer haben kein Vertrauen in die große Mehrheit der Kandidaten“, lautet sein Urteil.

Gebrochene Wahlversprechen, der Gasstreit mit Russland, die Instabilität der Regierung, die schwindende Wirtschaftsleistung des Landes und das ständige Hin- und Her zwischen West- oder Ostorientierung der Ukraine haben die Menschen zermürbt. Politikverdrossenheit und Gleichgültigkeit sind die Folge.

Nie habe es in den 20 Jahren seit der Unabhängigkeit der Ukraine einen schmutzigeren, zynischeren und verlogeneren politischen Wahlkampf gegeben, so das Resümee der Presse. Die Spitzenkandidaten, allen voran der amtierende Präsident Viktor Juschtschenko und Premierministerin Julia Timoschenko ließen keine Gelegenheit aus, sich gegenseitig mit Intrigen und kompromittierenden Veröffentlichungen Schaden zuzufügen. Ausgezahlt hat sich die Dauerfehde indes für keinen der beiden.

Der 55-jährige Viktor Juschtschenko, der 2004 als Sieger aus der Orangenen Revolution hervorgegangen war und mit einer Amerikanerin verheiratet ist, galt als Hoffnungsträger für einen Demokratisierungsprozess in der Ukraine. Seine Forderung nach mehr Rechtsstaatlichkeit und eine schnelle Anbindung an die EU konnte er nicht umsetzen. Hatte der Westen nach der erfolgreichen Revolution seine Direktinvestitionen in der Ukraine auf das Fünffache gesteigert, wanderten inzwischen über 30 Milliarden Dollar wieder ab. Der Export ukrainischer Waren in die USA brach 2009 um 90 Prozent ein. Durch die wiederholten Gasstreitigkeiten mit Russland, unter denen zeitweilig auch die Abnehmer der EU zu leiden hatten, hat Juschtschenko auch dort Zustimmung verloren. Die EU fordert die Umsetzung der Reformversprechen ein, der IWF hielt deshalb bereits Kredite zurück. Statt sich um die Sorgen des Volkes zu kümmern, hat Juschtschenko aus dieser schwachen Position heraus die Wahl zur Abstimmung über die Hinwendung der Ukraine zum Westen deklariert. Mit nur sechs Prozent der Stimmen ist er klarer Verlierer.

Julia Timoschenko, die 49-jährige Ex-Unternehmerin, erreichte

Empfehlung des Neulings Tigipko wird die Wahl entscheiden

25 Prozent der Stimmen. Ihr wird ein Hang zur Rücksichtslosigkeit nachgesagt, sie plant jeden Schritt bis ins Detail. Perfekt gestylt und die Symbolik ihrer folkloristischen Zopffrisur gezielt einsetzend, hat sie ein perfektes Gespür dafür, wann sie volksnah, etwa bei Wahlveranstaltungen in Bergarbeitersiedlungen im Osten des Landes, oder als Grande Dame aufzutreten hat. Im Wahlkampf kündigte sie an, im Falle eines Wahlsieges noch 2010 mit der EU ein politisches Assoziierungsabkommen zu verhandeln und zu unterzeichnen. Gleichzeitig ist sie um eine Annäherung an Russland bemüht. Im November stellte Timoschenko ihr Verhandlungsgeschick unter Beweis, als sie bei einem Treffen mit ihrem russischen Amtskollegen Wladimir Putin auf Jalta die empfindlichen Strafzahlungen für nicht abgenommenes Gas abwenden und die Zustimmung Gazproms zur Erhöhung der Transitgebühren um 60 Prozent einholen konnte. Vor der Stichwahl werden sowohl Timoschenko als auch ihr Gegenspieler Janukowitsch Russland Hoffnungen auf eine Annäherung beider Staaten machen.

Als Sieger der ersten Runde lässt sich der pro-russische Viktor Janukowitsch, 59, feiern, der mit 35 Prozent die meisten Stimmen sammeln konnte, aber nicht die erforderliche Mehrheit bekam. Er steht für die Rückkehr zu Gesetz und Ordnung, seine „Partei der Regionen“ hat in der kommunistischen Wählerschaft viele Anhänger gefunden, die gegen Marktreformen und Westorientierung sind. Er steht wie Timoschenko einem Nato-Beitritt der Ukraine kritisch gegenüber. Bei der letzten Wahl galt er als bevorzugter Kandidat Russlands.

Zünglein an der Wage wird der politische Neuling Sergej Tigipko sein, der 13 Prozent der Stimmen erhielt. Der 49-jährige Ex-Banker positioniert sich mit seiner Partei „Starke Ukraine“ zwischen dem pro-russischen Kurs Janukowitschs und der national und europaorientierten Ausrichtung Timoschenkos. Der Ausgang der zweiten Wahlrunde wird davon abhängen, für wen seine Anhänger stimmen werden. Tigipko lehnt es bislang jedoch ab, eine Empfehlung für einen der Kandidaten abzugeben.

Manuela Rosenthal-Kappi

Krieg statt Unabhängigkeit?

Anstehendes Referendum im Südsudan macht Khartum nervös

Seit der Unterzeichnung des Autonomie-Abkommens am 9. Januar 2005, das einen 22 Jahre dauernden Sezessionskrieg mit über zwei Millionen Toten „beendete“, ist dieses Datum im Südsudan eine Art Nationalfeiertag. Das fünfjährige Jubiläum nahmen nun aber mehrere Hilfsorganisationen zum Anlass, vor einem neuen Kriegsausbruch zu warnen. Tatsächlich besteht Grund zu erhöhter Besorgnis – und der Konflikt lässt sich beileibe nicht auf „arabischer Norden gegen schwarzen Süden“ oder „Muslime gegen Christen“ reduzieren.

Etwa 70 Prozent der rund 40 Millionen Sudanesen sind Muslime, 25 Prozent Animisten und fünf Prozent Christen. Die leben – abgesehen von einigen Kopten – durchwegs im Süden, auf den ein Viertel der Gesamtbevölkerung entfällt.

Nur sehr wenige Sudanesen sind arabischer Herkunft. Die meisten sind Schwarzafrikaner oder arabisierte Mischlinge. So unterscheiden sich etwa die berüchtigten „arabischen Reitermilizen“ genetisch und religiös kaum von der terrorisierten Bevölkerung in Darfur, und die im Abkommen festgelegte Grenze zwischen Norden und Süden folgt den in der Kolonialzeit gezogenen willkürlichen Provinzgrenzen.

Zur Zuspitzung der Lage beigetragen hat einerseits die wachsende Unzufriedenheit im Süden, denn das Autonomie-Abkommen wurde bisher nur teilweise umgesetzt – und auch die seither hausgemachten Probleme werden gerne der Zentralregierung angelastet.

Ölreserven sind überwiegend im Süden

Andererseits hat die im Norden schon seit der Kolonialzeit bestehende antiwestliche und christenfeindliche Stimmung in den letzten Jahren kräftige Impulse erhalten, vor allem durch das militärische Eingreifen des Westens in islamischen Ländern. Dazu kommt die Missionstätigkeit amerikanischer evangelikaler Sekten im Süden. Und der Internationale Strafgerichtshof hat mit dem 2008 gegen Staatspräsident Omar Al-Baschir verhängten Haftbefehl – ähnlich wie mit anderen Entscheiden, die ebenfalls juristisch begründet sein mochten – zu weiterer Verhärtung beigetragen.

Das Abkommen von 2005 war überhaupt nur zustande gekommen, weil es dem Süden für 2011 ein Plebiszit über die volle Unabhängigkeit zugesteht und weil Khartum davon ausging, dass dieses zugunsten des Staatserhalts ausfallen würde. Heute, ein Jahr vor dem Stichtag, zeichnet sich allerdings das gegenteilige Ergebnis ab. Und die Zentralregierung wird das nicht einfach hinnehmen – wenn es überhaupt zur Abstimmung kommt. Denn es geht um den Großteil der sudanesischen Ölreserven und um andere Bodenschätze.

Dabei hat Al-Baschir gute Karten. Denn China deckt ein Zehntel seines Ölbedarfs aus dem Sudan, ist der größte Investor und Waffenlieferant und wird gegebenenfalls auch UN-Resolutionen blockieren. Die USA hingegen können es sich kaum leisten, in einen weiteren Stellvertreterkrieg hineingezogen zu werden, und die Völker des Südsudan, die zum Teil in uralter Fehde um Weiderechte liegen, lassen sich leicht gegeneinander ausspielen.

Richard G. Kerschhofer

Dem Druck gewichen

EU-Parlamentarier erzwingen neue Kommissarin

Noch während sich die designierten Kommissarinnen für Fischerei und Telekommunikation den Fragen des EU-Parlamentes stellten, versuchte EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso vergeblich, Argumente für die bulgarische Kandidatin Rumiana Schelewa, die das Ressort für Entwicklung und humanitäre Hilfe übernehmen sollte, zu finden. Die Fraktionen der Sozialdemokraten und Grünen drohten, bei der Abstimmung am 26. Januar ihr Veto gegen die bulgarische Noch-Außenministerin einzulegen, da Schelewa bei der Befragung weder fachlich überzeugen noch ihre Geschäfte der Vergangenheit samt Nebeneinkünften nachvollziehbar machen konnte.

Doch weder Barroso noch Bulgarien lösten das Problem, Schelewa selbst wich vor dem Druck zurück und verzichtete auf ihre EU-Kandidatur samt Ministeramt in Bulgarien. Das hat nun auch Auswirkungen auf Deutschland. Denn dem Parlament in Brüssel muss nun eine neue Kandidatin präsentiert werden. Die Vizepräsidentin bei der Weltbank, Kristalina Georgiewa, gilt als mögliche Nachfolgerin. Doch diese Personalie verzögert den Zeitplan. Eigentlich hätten am



Resigniert: Rumiana Schelewa Foto: pa

1. Februar alle neuen Kommissare ihr Amt antreten sollen, was sich nun um einige Wochen verzögern dürfte. Das hat zur Folge, dass der als Energiekommissar gen Brüssel ziehende baden-württembergische Ministerpräsident Günther Oettinger seinen Platz in Stuttgart für seinen designierten Nachfolger Stefan Mappus noch nicht räumen kann, obwohl er bereits voll auf seine neue Aufgabe in Brüssel fixiert ist. Im Gegensatz zu vielen seiner Kommissarkollegen überzeugte der Schwabe das EU-Parlament nicht nur durch seine Fachkenntnis, sondern auch durch klare Positionen und Witz.

Der Fraktionschef der Grünen in Brüssel, Daniel Cohn-Bendit, ätzte jedoch, dass bei dem „Kartell der Weicheier“, womit er die meisten EU-Parlamentarier meinte, sowieso keiner wirklich kritische Fragen stellen würde. Diese These wurde von deutschen EU-Berichterstattern indirekt gestützt, indem sie mitteilten, dass die EU-Abgeordnete die Chance, die potentiellen Kommissare durch scharfes Nachfragen zu testen, nicht genügend genutzt hätten.

Schon die Befragung der EU-Außenbeauftragten Catherine Ashton hatte gezeigt, dass nicht nur die Antworten der Britin uninspirierend waren, auch die ihr gestellten Fragen seien farblos gewesen. Sie habe sich als „wahre Diplomatin gezeigt, wenn das bedeutet, viel zu reden, ohne konkret zu werden“, hatte eine Abgeordnete gelästert. Auch der EU-Parlamentarier Alexander Graf Lambsdorff (FDP) hatte mangelnden Ehrgeiz diagnostiziert, was bedenklich sei, da Ashton ein neues Amt mit Leben füllen und eine neue Behörde mit einer noch unbekannten Zahl an Mitarbeitern führen solle. *Bel*

Hoffen auf Einsicht in Berlin

Schuldenmachen wird in Deutschlands Kommunen immer mehr zum Alltag – Bürger merken die Folgen

Im Jahre 2008 erwirtschafteten die deutschen Kommunen noch einen Überschuss, nun steht ihnen das Wasser bis zum Hals. Wegbrechende Steuereinnahmen und gekürzte Zuweisungen von Bund und Ländern rauben den Kämmerern den Schlaf. Nun kommen Lasten durch die geplanten Steuersenkungen hinzu. Viele Kommunnen müssen Schulden machen, obwohl sie das laut Gesetz gar nicht dürfen.

Hilferufe von Bürgermeistern dringen derzeit an die Öffentlichkeit. Die Wirtschaftkrise setzt den Gemeinden zu, jetzt zwingen die Steuerpläne der Bundesregierung zu noch mehr Einschnitten oder neuen Schulden – so die Proteste. Der Städte- und Gemeindebund warnt davor, dass die Kommunen „handlungsunfähig werden und immer tiefer im Schuldensumpf versinken“, sagt der Hauptgeschäftsführer des Städtebunds, Gerd Landsberg. 1,57 Milliarden Euro verlangten die Steuerpläne der Bundesregierung den Kommunen zusätzlich ab, kritisiert er. Die Kämmerer der örtlichen Finanzverwaltungen müssten ihre Haushalte nochmals eindampfen. Dabei stehe neuerdings vom Kindergarten bis zur Feuerwehr alles in Frage, Schonräume wären nicht mehr möglich, so der Tenor.

Um 6,7 Milliarden Euro lagen die Gesamtausgaben aller Gemeinden deutschlandweit in den ersten drei Quartalen 2009 über den Einnahmen, errechnet das statistische Bundesamt. 2008 erwirtschafteten diese Körperschaften noch 5,6 Milliarden Euro Überschuss. Zu hohe Ausgaben sind also die Ursache der Misere – schon vor den aktuellen Steuerdebatten. Bei der Gewerbesteuer, zentrale Steuerquelle der Gemeinden, ist im Vergleich vom zweiten auf das dritte Quartal 2009 über ein Drittel weniger in den Kassen der Städte und Dörfer verblieben – nach den üblichen Abgaben an Bund und Länder. Letztere machten ihre Steuergeschenke bevorzugt von dem, was sie nicht oder nur wenig betrifft, so der Vorwurf der Kommunen. Sie wiederum sollten zahlen: mehr Grundsicherung für Rentner, Eingliederungshilfen für Behinderte in den Arbeitsmarkt, um nur einige Extra-Aufgaben zu nennen.

Hamburgs Bürgermeister Ole von Beust (CDU) sagt zur Steuerpolitik auf Bundesebene: „Das Ende der Fahnenstange ist für die Kommunen erreicht, wir können einfach nicht mehr sparen und darum hoffe ich, dass es 2010 zu keinen weiteren Steuersenkungen mehr kommt.“ Feuwehr- und Polizeistandorte standen in der Hansestadt nach Bekanntwerden von Steuersenkungsideen aus Berlin kurzzeitig in Frage. Das ist abgewendet, Hamburg steht aber bei den Steuereinnahmen noch gut

Auch an Kindergärten wird gespart

da. Das Hoffen auf Einsicht in Berlin kann das CDU-regierte Wuppertal sich nicht mehr leisten. 1,8 Milliarden Euro Schulden hat die Stadt im Bergischen Land, 220 Millionen Euro beträgt der Fehlbetrag 2010. Doch bestehen die Probleme nicht seit Beginn der neuen Bundesregierung, wie die Stadt in ihrem „Haushaltssicherungskonzept“ gesteht. Duisburg regelt die Temperatur städtischer Bäder nach unten, Remscheid die Straßenbeleuchtung. Andere erhöhen die Hundesteuer oder die Kosten für die Musikschule. Orte, die bisher schon Geldsorgen hatten, werden jetzt auf eine harte Probe gestellt. Auch kleine Gemeinden müssen nachkalkulieren. Pinneberg (Schleswig-Holstein) bezahlt die privaten Träger von Kindertagesstätten nicht mehr nach deren Kosten, sondern nach einem „Referenzmodell“. Wer nicht genau weiß, was seine soziale Einrichtung kostet, bleibt als privater Träger am Jahresende auf den Kosten sitzen, so Befürchtungen.

Die Lage vieler Kleinstädte zeigt sich exemplarisch in Burg bei Magdeburg. Der Ort bemüht sich seit 2004 um eine Haushaltssanierung. Kämmerin Runa Bohne rechnet für die 24 000 Einwohner dieses Jahr mit einer Million Euro weniger aus der Gewerbesteuer: „Wir sind doppelt bestraft, weil uns nicht nur die Gewerbesteuer, sondern auch die Zuweisungen von Bund und Land wegbrechen.“ Noch 7,1 statt 8,1 Millionen Euro (2009) Schlüsselzuweisungen erhält Burg dieses Jahr, es ist das von Bund und Land generell für die Aufgaben der Kommune bereitgestellte Geld. Dennoch zeigt sich am Beispiel Burgs, dass wichtige Investitionen weiter möglich sind. Steuersenkungen und Mindereinnahmen treiben allerdings den Schuldenstand herauf. Insofern kommt die Idee, Abgaben zu senken, zur Unzeit.

Ursache kommunaler Bedrängnis sind also nicht allein die Steuerpläne der Bundeskoalition. Sollten die Tarifabschlüsse für die öffentlich Bediensteten gar die geforderten fünf Prozent enthalten, dürfte sich die Krise zudem noch verschärfen. „Viele Städte wären gezwungen, weiter Personal abzubauen und öffentliche Dienstleistungen zurückzufahren“, kommentiert der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Stephan Articus.

Natürlich ist ein beachtlicher Teil der Altschulden selbst verantwortet, doch zusammen mit den neuen Aufgaben der Kommunen nehmen sie diesen die Luft zum Atmen. Im föderalen Verteilungsringen zwischen Bund und Ländern haben die Kommunen keine Lobby. Ihre fiskalischen Nöte sind daher allmählich gewachsen.

Die hohen Einnahmen der letzten Jahre verführten vielerorts Gemeinden zu unrealistischen Planungen. Nicht nur Mindereinnahmen bei höheren Ausgaben, sondern beispielsweise auch eine teils fragwürdige Praxis bei der Abschreibung von Investitionen legt es den Kommunen nahe, den Bürger zur Kasse zu bitten – über höhere Gebühren für kommunale Leistungen.

Sverre Gutschmidt



Auf den Hund gekommen: Nach dem Einbruch der Gewerbesteuer suchen die Kommunen nach weiteren Einnahmequellen. Die Erhöhung der Hundesteuer entspricht aber nur einem Tropfen auf den heißen Stein. Bild: pa

MELDUNGEN

Mehr Geld für EU-Beamte

Brüssel – Mit bis zu 220 Millionen Euro Mehrkosten muss der europäische Steuerzahler rechnen, sollten die 45 000 EU-Beamten eine Gehaltserhöhung von 3,7 Prozent erstreiten. Derzeit liegen die Netto-Gehälter von Beamten bei der EU-Kommission zwischen 2550 Euro für eine Sekretärin und 17 700 Euro für den Leiter einer Generaldirektion. *Bel*

Keine neuen Ziele festgelegt

Berlin – Laut dem neuen Subventionsbericht haben sich die Finanzhilfen und Steuervergünstigungen des Bundes 2009 um sechs Milliarden Euro auf 29,5 Milliarden Euro erhöht. Eigentlich war eine Reduzierung der Subventionen geplant, doch vor allem die Abwrackprämie habe das Vorhaben vereitelt. Allerdings wollte sich die neue Regierung anlässlich des Berichtes nicht über neue Abbauziele äußern. *Bel*

200 Milliarden in Bad Bank

München – Das Volumen der zu gründenden Bad Bank der Problembank Hypo Real Estate (HRE) steht zwar noch nicht fest, aber Experten rechnen eher mit 200 statt mit wie zuvor angekündigt knapp 100 Milliarden Euro, die „ausgelagert“ werden dürften. An die Abwicklungsanstalt sollen Schrottpapiere sowie problembehaftete oder nichtstrategische Staatsanleihen und Immobilienkredite übertragen werden. Die HRE bekam vom Bund bisher Garantien von rund 95 Milliarden Euro und gut sechs Milliarden Euro Finanzspritzen, daher fordert Brüssel auch aus wettbewerbstechnischen Gründen eine deutliche Verkleinerung der Bank. *Bel*

Standortsicherung?

Verhandlungen auf Englisch in Köln

Die einen sprachen von einem längst überfälligen Schritt, die anderen bedauerten den Verlust eines Stückes deutscher Kulturgeschichte: Im Raum Köln läuft der Versuch, Wirtschaftsprozesse in englischer Sprache zu führen. Seit Jahresbeginn kann auf Wunsch am Oberlandesgericht Köln sowie an den zu diesem Bezirk zählenden Landesgerichten Aachen, Bonn und Köln Englisch gesprochen werden.

Das Projekt beruht auf dem Ansinnen der nordrheinwestfälischen Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter (CDU) und ihres Hamburger Kollegen Till Steffen (Grüne). Beide wollen eine Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes veranlassen, damit an deutschen Gerichten nicht nur mündlich, sondern auch schriftlich in englischer Sprache verhandelt werden kann.

Die beiden Politiker halten diesen Schritt für dringend notwendig, um so den „Gerichtsstandort Deutschland“ zu sichern. So führten Verhandlungen allein in deutscher Sprache dazu, dass bei internationalen Verträgen Deutschland als Gerichtsstandort gemieden werde. Das hat für deutsche Unternehmen nicht nur den Nachteil, dass sie ihr Recht dann im englischsprachigen Ausland einklagen oder verteidigen und somit auch auf die hohen deutschen Rechtsstandards verzichten müssten, sondern auch deutsche Anwälte verlören potentielle Kunden. Wird bereits bei der Vertragsvereinbarung eine nichtdeutsche Rechtsordnung vereinbart, suchen sich die Unternehmen auch nichtdeutsche Rechtsanwälte als Berater. Im Falle eines Prozesses verstärke sich dieser Trend. Außerdem steigere jedes internationale Verfahren, das in London und New York verhandelt würde, das dortige Bruttoinlandsprodukt und nicht das deutsche.

Gerichte sollen internationaler werden

Genau diese Sicht der Dinge stört Kritiker. Rechtspflege zu einer Dienstleistung der Wirtschaft zu degradieren, gefährde das hohe Gut des Rechts. Eine derartige Haltung sei in anderen Ländern kaum denkbar.

„Die Initiative des nordrheinwestfälischen Justizministeriums ist das Zeugnis eines forschen Globalisierungsdenkens, das eins in den Hintergrund stellt: Rechtsgeschichte ist stets auch Geistesgeschichte eines Landes“, bedauerte zudem die „Rheinische Post“.

Rebecca Bellano

Verhaltene Ausblicke für 2010

Schwierige »Großbaustellen« der Regierung – Von Prof. Dr. Eberhard Hamer

Beobachter fragen sich, ob die Bundesregierung wirtschaftlich die Ergebnisse bringen kann, für die sie bei der Bundestagswahl eine Mehrheit gewonnen hat. Die FDP hat Erleichterungen für Bürger und Mittelstand in den Koalitionsvertrag geschrieben, welche den bisherigen sozialistischen Umverteilungstrend stoppen sollen: die steuerliche Entlastung vor allem der Familien mit Kindern, für Unternehmen und für Firmenerben sowie ein neuer, den Mittelstand entlastender Steuertarif.

Allerdings stehen diese Entlastungen unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit. Die neue Regierung hat eine Schuldenlast übernommen wie keine zuvor. Niemand weiß, wie diese Schulden überhaupt bedient, geschweige denn abgebaut werden können. Selbst ein Wirtschaftsaufschwung würde diese Last nicht wesentlich verringern. Dem Staat bliebe als letzter Ausweg allenfalls eine kräftige Inflation. Wir können also gespannt sein, wie die neue Regierung ihre Entlastungsversprechen an den Mittelstand trotz dieser Altlast erfüllen will.

Eine zweite große Baustelle ist der Gesundheitssektor. Das gilt einmal für das bürokratische Monstrum des Gesundheitsfonds, der nach Willen der FDP gekippt werden soll. Die Liberalen wollen wieder mehr Selbstverwaltung für die Krankenkassen einführen, was vor allem die privaten Krankenversicherungen stärken würde.

Dies ist aber nur der formale Teil des Problems, der materielle ist die ungebremste Kostenflut im Gesundheitssektor. Immerhin werden dessen Leistungen den Konsumenten zum Nulltarif angeboten, was zu Missbräuchen führt. Dieser Markt ist einer der krisenresistenten Bereiche, wird dies aber nicht bleiben, weil schon in Kürze mangelnde Einnahmen der Krankenkassen entweder zu Beitragserhöhungen oder zu Kostensenkungen führen müssen. Der junge FDP-Hoffnungsträger Philipp Rösler hat hier die undankbarste Aufgabe innerhalb der Regierung übernommen. Sein Scheitern ist wahrscheinlicher als sein Erfolg, denn dieser würde härtere Entscheidungen der Regierung erfordern, als diese bisher zu treffen bereit war.

Inflation als »letzter Ausweg« aus der Schuldenfalle

Bei Renten und Pflegeversicherung strebt die neue Koalition eine stärkere Kapitaldeckung an, indem die Bürger sich künftig zusatzversichern. Auch hier steht die Regierung vor einem fast unlösbarem Problem, weil die Zahl der Erwerbstätigen immer geringer, die der Rentner aber immer größer wird. Völlig unnötig hat die alte Regierung auch noch eine Rentengarantie abgegeben: Renten dürfen nominal nicht mehr sinken. Folglich können – wenn die Renten nicht mehr bezahlbar werden – Renten nur noch im realen Wert gesenkt werden, also durch Inflation. Der Bürger sollte sich jedenfalls auf das Schrumpfen der staatlichen Renten und der Pflegeversicherung einstellen und ein privates Sicherheitsnetz für das Alter aufbauen.

Am Arbeitsmarkt geht es vor allem um die Hartz-IV-Bezieher, denen ein höheres Schonvermögen versprochen wird. Im Übrigen soll die überbordende Arbeitsverwaltung reformiert werden. Mit diesen eher formalen Reformschritten ist aber das Kernproblem des Arbeitsmarktes nicht zu lösen, denn absehbar wird die Arbeitslosenquote auf mindestens etwa zehn Prozent steigen und damit werden auch die Armeen der aus mangelnder (Sprach-)Kenntnis, aus Labilität oder einfach aus Faulheit dauernden Hartz-IV-Bezieher weiter anwachsen. Allein von den 16 Millionen Zuwanderern beziehen bis zu elf Millionen Sozialleistungen, was vor allem den Oppositionsparteien deshalb lieb war, weil weit über 70 Prozent der Zuwanderer links wählen.

Die neue Regierung wird also mittelfristig nicht umhin können, die Hartz-IV-Leistungen zu senken, schon weil die Differenz zum Erwerbseinkommen Arbeit oft unattraktiv macht. Dies wiederum würde nicht nur die Propaganda der linken Oppositionsparteien beflügeln, sondern könnte auch soziale Unruhen nach sich ziehen. Wie werden Zuwanderer die wegen üppiger Sozialleistungen zu uns gekommen sind, auf entsprechende Kürzungen wohl reagieren? Und wie werden andererseits langfristige Arbeitnehmer, die in die Sozialhilfe abgerutscht sind, reagieren, wenn Millionen Menschen die gleiche Leistung bekommen, ohne je bei uns gearbeitet zu haben?

Mit anderen Worten: Die in der Finanzbranche begonnene Krise wurde von den Staatsfinanzen übernommen, wird sich über die Realkrise sterbender Unternehmen und wachsender Arbeitslosigkeit in die Sozialkrise fortsetzen und droht dort „explosiv“ zu werden.

Der Autor ist Leiter des Mittelstandsinstituts Niedersachsen.

Kritik verfehlt

Von Hans Heckel

Die Forderung des hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch (CDU), arbeitsunwillige Hartz-IV-Empfänger zur Arbeit zu verpflichten, hat heftige Attakken ausgelöst. DGB-Chef Michael Sommer nannte den Vorstoß „schon fast unanständig", Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) grollte, man dürfe „nicht alle Hartz-IV-Empfänger in eine Ecke stellen".

Hat Koch das denn getan? Eben nicht, weshalb die Kritik ins Leere geht. Hartz-IV-Empfänger, die sich (oftmals verzweifelt) um Arbeit bemühen, hat Roland Koch gar nicht gemeint, wie aus seiner Aussage eindeutig hervorgeht. Von der Leyen und Sommer sahen, wie auch SPD-Chef Sigmar Gabriel, hier nur ihre Chance, sich als Beschützer der Armen in Szene zu setzen, daher ihr Aufschrei.

Wie viele Menschen zahlen von ihren Steuern in den Topf, aus dem Hartz-IV bezahlt wird, und haben dennoch kaum genug für ein anständiges Leben? Wie viele ehrlich arbeitsuchende Hartz-IV-Empfänger leiden unter einem unverdient schlechten Ruf, den schwarze Schafe erzeugen? Vor diese Menschen hat sich Roland Koch gestellt, und genau da sollte auch von der Leyen stehen.

Ukraine – wohin?

Von Manuela Rosenthal-Kappi

Noch steht der neue Präsident der Ukraine nicht fest. Liegt Viktor Janukowitsch im Augenblick zwar vorne, hängt letztlich der Ausgang davon ab, ob Julia Timoschenko die Wähler der übrigen Kandidaten von sich zu überzeugen weiß. Viktor Juschtschenko und seine orangene Revolution haben ausgedient. Wie war es möglich, dass der einstige Hoffnungsträger und Favorit des Westens so dammbruchartig abrutschen konnte? Sechs Prozent gegenüber knapp 40 bei ersten Runde der letzten Präsidentenwahl! Juschtschenkos größter Fehler war, sich im ewigen Kleinkrieg mit der ehrgeizigen Regierungschefin Timoschenko aufzureiben, anstatt die Chance zu nutzen, eine Brücke zwischen Europa und Russland zu bilden. Stattdessen ließ er es zu, dass die Ukraine zum Gegenstand des Ringens zwischen beiden Seiten wurde. Auf den Gasstreit vom Januar 2009 hätte er sich nicht einlassen dürfen. Nicht nur die Entwicklung der Demokratie in der Ukraine, sondern auch in Russland hat Schaden daran genommen. Moskau hat indessen dazu gelernt. Die Favorisierung Janukowitschs bei der Wahl 2004 hat den Kreml viel Geld in Form von zuvor zugesicherten Privilegien gekostet. Diesmal hielt man sich bewusst heraus. Ob Janukowitsch sich als Präsident so loyal gegenüber dem großen Bruder verhalten würde, wie von Russland gewünscht, müsste sich zeigen. Bliebe er loyal, hieße der Wahlsieger eindeutig Russland.

Eines ist jetzt schon sicher: Ganz gleich ob Janukowitsch oder Timoschenko das Präsidentenamt besetzen, die Ukraine hat sich weiter von Europa fortbewegt. Eine Nato-Mitgliedschaft ist in ganz weite Ferne gerückt.

Kämpfende Kirche

Von Konrad Badenheuer

Viele Fresken und Gemälde bilden das Gegensatzpaar der „kämpfenden" und der „triumphierenden" Kirche ab. Was für die Menschen der Gegenwart recht martialisch klingt, hat einen klaren theologischen Sinn: Die kämpfende oder auch streitende Kirche bezeichnet denjenigen Teil der Christenheit, der auf Erden lebt und in dieser Welt um die Errichtung des Reiches Gottes und die eigene Heiligung kämpft. Die Auseinandersetzung mit Verfolgungen und das gewaltlose Ringen um Ausbreitung des christlichen Glaubens sind klassische Formen dieses Kampfes. Mit politischen oder gar militärischen Dingen hat er nichts zu tun.

Die „triumphierende" Kirche bezeichnet hingegen denjenigen Teil der Christenheit, der erlöst im Jenseits, in der Anschauung Gottes lebt. Tot ist dieser Teil der Kirche nur aus der Sicht der Nichtchristen.

Die rapide Erosion christlicher Überzeugungen in Europa hat es mit sich gebracht, dass selbst viele Kirchenmänner und -frauen mit diesem Gegensatzpaar nichts mehr anfangen können. Wünschenswert wäre aber, dass kirchliche Amtsträger zumindest das entsprechende Glaubenswissen verbreiten würden – allein schon, damit nicht immer größere Teile der abendländischen Kunst vom Publikum nicht mehr verstanden werden.

> Schwere Vorwürfe werden nicht einmal mehr begründet

Stattdessen geschieht heute vor unseren Augen etwas ganz anderes: Wir sind Zeugen einer Kirche, die das Ziel der Verbreitung des Glaubens an den dreieinigen Gott durch engagierte Mission nach innen und außen weitgehend aufgegeben hat. Zeugen einer Kirche, die in ihrer Verkündigung immer weniger Gewicht auf die Notwendigkeit der Einhaltung der christlichen Gebote und damit die Erlangung des ewigen Heils ihrer Glieder legt. Sie ist nicht mehr „kämpfende Kirche" im Sinne einer bald 2000-jährigen Tradition.

Doch hat diese Kirche, die evangelische zumal, das Kämpfen keineswegs aufgegeben. Losgelöst von Gottes Geboten kämpft sie nun tief in den Niederungen der Politik beispielweise gegen das Vertriebenenzentrum und für mehr Forschung an embryonalen Stammzellen, um nur zwei Beispiele aus dem vielseitigen weltlichen Engagement des früheren EKD-Ratspräsidenten Wolfgang Huber (SPD) zu nennen.

Seine Nachfolgerin Margot Käßmann streitet unter anderem gegen das Erziehungsgeld und damit für die Ausweitung der staatlichen Kleinkind-Betreuung, andere in der EKD kämpfen wie besessen „gegen Rechts". Das Niveau ist ähnlich wie bei Käßmanns Wortmeldungen zur Lage in Afghanistan, wo angeblich „nichts gut" ist. Elementare Gebote des zivilgesellschaftlichen Diskurses – etwa die Pflicht, ehrenrührige Vorwürfe zu begründen und Rückfragen zu beantworten – werden mit Füßen getreten. So geführt, wird der angebliche Kampf gegen Rechts geradezu zum Kampf gegen die Wahrheit. Welche Zukunft kann diese Kirche noch haben?



Das Fresco „Die Streitende und Triumphierende Kirche" von Andrea da Firenze in der Kirche Santa Maria Novella zu Florenz: Das Gemälde aus den Jahren 1365 bis 1368 reflektiert das traditionelle Verständnis der „kämpfenden Kirche". Über diese Vorstellung gab es zwischen Katholiken und Protestanen über die Jahrhunderte kaum Gegensätze. Erst seit der 68er-Zeit „kämpft" die Kirche in Deutschland – zumal die evangelische – lieber für diesseitige oder gar rein politische Anliegen.

Bild: Wikipedia

Moment mal!



Benötigt Deutschland eine konservative Partei?

Von Klaus Rainer Röhl

Nun ist die „Berliner Erklärung" heraus, die die Perspektive der CDU bis 2013 beschreiben soll. Der Vorstand stellte sich hinter Merkel, nachdem die Erklärung wegen des lauten Murrens in den Landesverbänden noch ein wenig umfrisiert wurde und die Stammwähler an die erste Stelle rückten: „Es wird mehr denn je drauf ankommen, die eigenen Stammwähler zu binden – und neue Wähler hinzu zu gewinnen." Vorher hatte es zunächst geheißen, dass die CDU für die Wähler der FDP, der SPD sowie der Grünen attraktiver werden wolle. Nun wurde der Absatz über „die treuen und langjährigen Wähler" nach oben gesetzt. „Konkrete Angebote werden ihnen aber nicht gemacht", stellt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" nüchtern fest.

Das ist mehr als erstaunlich. Denn über zwei Millionen Stammwähler hatte die CDU im letzten Wahlkampf verloren, 1,1 Millionen an die FDP – offensichtlich Wähler, die die Große Koalition um jeden Preis abwählen wollten; aber 900000 Millionen Stimmen verlor die Union an die „Nichtwähler". Auf der Klausurtagung nannte man sie „konservative Wähler" das Wort „national" fiel nicht.

Unser wiederholter Rat an die Kanzlerin und ihre Berater war, etwas mehr „deutschfreundlich" zu sein. Sonst passiere etwas, was noch niemand für möglich gehalten hätte. Die 900000 waren Menschen, die diesmal gar nicht gewählt haben, weil sie sich in der CDU nicht mehr wiedererkennen konnten, aber auch keiner anderen Partei ihre Stimme geben wollten. Es sind – nicht ich habe das angesprochen, sondern vier CDU-Fraktionsvorsitzende der Landesparlamente – potenzielle Wähler einer „neuen konservativen Partei", und am Ende war es die Kanzlerin selbst, die auf sie zu sprechen kam: Es sei ihre Aufgabe, diese Debattenbeiträge aus den Ländern zu integrieren, „schon, um das Entstehen einer neuen demokratischen Partei rechts der CDU zu verhindern" („FAZ" vom 16. Januar).

> Merkel selbst hat Frage nach einer konservativen Partei gestellt

Nun ist das Wort also heraus: Es könnte eine neue, demokratische Partei rechts der CDU entstehen. Keine rechtsradikale Gruppierung, sondern eine demokratische Kraft rechts der Mitte, wie es sie in fast allen Ländern Europas gibt.

In Österreich hat diese Partei ein Potenzial von 31 Prozent und regiert, wenn auch nicht mehr im Gesamtstaat, so doch in zwei Bundesländern mit. Zwar haben sich die „Freiheitlichen" des charismatischen Parteichefs Jörg Haider vor einigen Jahren gespalten, aber gerade an diesem Wochenende sieht es so aus, als wenn es dem erst 40-jährigen Landesobmann (Parteivorsitzenden) von Kärnten, Uwe Scheuch, gelingen werde, als Nachfolger Haiders die gespaltenen Teile der österreichischen Rechten, die FPÖ und die BZÖ, wieder zu vereinen.

In Deutschland ist die Schwesterpartei der FPÖ schon lange einen eigenen Weg gegangen und hat ihren nationalen Flügel, den es durchaus gab, abgetrieben. Die Nationalliberalen, zu denen unter anderen der ehemalige Generalbundesanwalt Alexander v. Stahl und Manfred Brunner, der frühere bayerische Parteichef und spätere Kabinettschef des EU-Kommissars Bangemann, gehörten und die mit rund 20 Prozent der Mitglieder rechnen konnten, wurden in den 90er Jahren erbarmungslos ausgegrenzt. Erledigt durch Nichtbefassung. Vergeblich erinnerten die Mitglieder der „Liberalen Offensive" an das Wort des großen alten Mannes der FDP, Graf Lambsdorff: „Immer, wenn versucht wurde, Freiheit, Rechtsstaat und offenes geistiges Klima dadurch zu schützen, dass man sie einschränkt, war der Totalitarismus hinterher eher stärker als schwächer ... Genau das geschieht aber, wenn schon manchem Konservativen aus den demokratischen Parteien ein hässlicher rechter Aussatz angedichtet wird oder wenn schon bei den nationalliberalen Mitgliedern der FDP eine Gleichsetzung mit Rechtsradikalen erfolgt. Nationalliberale sind immer ein Teil der FDP gewesen." Nach dem Tod von Möllemann war endgültig Schluss mit der Debatte.

In Deutschland ist an der Stelle, wo im Nachbarland Österreich oder, mit anderen Schwerpunkten, in der Schweiz eine rechte, aber unbestritten demokratische Partei aktiv ist, ein Vakuum. Bloß nicht werden wie Haider, heißt es in der FDP. Haider, der Populist. Ist aber Guido Westerwelle nicht selber Populist? Ist Angela Merkel keine Populistin?

Ist nach der Klausurtagung von Leipzig nun Schluss mit der Debatte in der Union, bis zum Jahre 2013? Kaum. Denn der Mensch ist, wie der Dichter sagt, sehr brauchbar. Er hat nur einen Fehler: Er kann denken. Das gilt auch für CDU-Wähler. Und die fragen sich, wohin die Union unter Angela Merkel steuert. Warum ist sie so schwer zu verstehen für ihre Wähler?

> Allensbach beziffert das moderat-rechte Potenzial auf 15 Prozent

Liegt es an ihr? An ihrer Biographie? An ihrer unglücklichen, von ihr als gar nicht so unglücklich empfundenen Jugend? Angela Merkel lebte bis zu ihrem 35. Lebensjahr nicht aus freien Stücken, wohl aber nach dem Willen ihres Vaters, der freiwillig aus der Bundesrepublik in die DDR übergesiedelt war, zusammen mit 17 Millionen Leidensgenossen im falschen Staat. Unter einem Regime, das zu den treuesten Anhängern der Sowjetunion gehörte, die während der Zwangskollektivierung viele Millionen Bauern, die sogenannten Kulaken, kaltblütig ermordet hatte. Der kleinen Angela Merkel wurde diese Sowjetunion in Schule und Lehrbüchern als eine friedliche Macht dargestellt, die Hitler besiegt hatte. Die Vertreibung von 15 Millionen Deutschen aus den Ostprovinzen und dem Sudetenland, die Ermordung von 2,2 Millionen dieser Opfer, überwiegend Frauen, Kindern und Alte, war in ihrem Schulunterricht kein Thema, im Gegenteil. Die Rotarmisten wurden in der DDR als Helden verehrt. „*Wer hat vollbracht all die Taten / Die uns befreit von der Fron / Das waren die Sowjetsoldaten / Die Helden der Sowjetunion*", das wurde in der FDJ gern gesungen.

Und später? Was bei uns allen im Westen, besonders bei den konservativen Mitglieder der Union, tiefe Spuren hinterlassen hat und prägend wurde, blieb Merkel als persönliche Erfahrung versagt: Auch der Aufstieg und Zerfall der 68er Bewegung, das Auftreten ihrer hässlichen Zerfallsprodukte und Folgeerscheinungen und schließlich der Speerspitze der APO, der Roten Armee Fraktion. Alle diese Ereignisse, die damals Deutschland in tiefgreifender Weise veränderten, hat sie nicht persönlich erfahren. Bis 1989 war die Pfarrerstochter, Mitglied der Jungen Gemeinde und der FDJ und spätere Naturwissenschaftlerin, von allen überprüfbaren Informationen, auch solchen über die CDU in der Bundesrepublik, abgeschnitten. Wie wirkte sich das auf den politischen Standort und das Wertesystem von heute aus? Wo will Frau Merkel mit der Union hin? Zur Mitte? Warum dann neue Wähler von der FDP, der SPD und den Grünen mobilisieren? Vielleicht auch von den „Linken"?

Ist das einzige Ziel die Erhaltung der Macht? Dann braucht die politische Landschaft in Deutschland wirklich eine Ergänzung.

Auf 15 Prozent beziffert das Allensbacher Institut seit Jahren das Wählerpotential für eine rechte Mitte. In Bayern wird dieses Reservoir fast völlig von der CSU ausgeschöpft. Aber in den übrigen Ländern? Dort ist an der Stelle, wo eine demokratische Rechte sein müsste, ein Vakuum. Das ist ein Problem für die Stammwähler der Union.



Meißen feiert: Barock-Figurinen wurden zu einer vergnügten Gesellschaft dekorativ zusammengestellt. Bild: Porzellanmanufaktur Meißen

»Schaff Gold, Böttger!«

300 Jahre Meißener Porzellan: Die Kostbarkeiten mit den zwei gekreuzten blauen Schwertern

Auf Geheiß des sächsischen Kurfürsten Friedrich August I., vom Volksmund „August der Starke" genannt, wurde am 23. Januar 1710 die Porzellan-Manufaktur Meißen gegründet. In einem „allerhöchsten Dekret" verfügte der Monarch die Fertigung des „Ost-Indianischen Porcellain", das dem Original aus dem Fernen Osten in nichts nachstehen sollte. 2010 feiert diese deutsche Luxusmarke – übrigens die Nummer Zwei gleich hinter Porsche – ihren 300. Geburtstag.

Meißen! Welche Magie geht von diesem Namen aus. Wenn auch viele Ausländer – zumal Amerikaner – häufig nicht einmal wissen, wo diese von der mächtigen Albrechtsburg und dem spätgotischen Rathaus beherrschte Stadt liegt, so ist ihnen eines bekannt: Hier wird das schönste und kostbarste Porzellan der Welt hergestellt. Doch das ist noch nicht alles. Meißen – oder genauer gesagt – die hoch über der Elbe thronende Albrechtsburg ist die Geburtsstätte des europäischen Porzellans. Hinter ihren dicken Mauern wurde 1708 das erste Porzellan auf dem Alten Kontinent erfunden. Zuvor war Europa auf die teuren Importe aus China angewiesen.

Die Europäer versuchten zwar, an das Rezept seiner Herstellung heranzukommen. Aber die Herren im Reich der Mitte hüteten das Geheimnis wie ihren Augapfel. Eigentlich war die Erfindung des „weißen Goldes" in Meißen ein genialer Irrtum. Denn August der Starke, der mächtige Kurfürst von Sachsen, hatte den selbsternannten, etwas großmäuligen Alchimisten Johann Friedrich Böttger aus

> Die Brennöfen nannte man »Glückstöpfe«

dem Vogtland vor den Häschern des preußischen Königs Friedrich I. gerettet, damit er ihm Gold mache. Der Prunk liebende Monarch benötigte für seine ehrgeizigen Bauprojekte jede Menge davon. Und damit der Bursche ihm nicht entkam, setzte er ihn kurzerhand auf der Albrechtsburg fest. Unter der Aufsicht martialischer Wachen gab es kein Entkommen. Die ständige Ausstellung auf der Albrechtsburg „Schaff Gold, Böttger" demonstriert, unter welchen Bedingungen Böttger unter Anleitung des Naturforschers und Philosophen Ehrenfried von Tschirnhaus seine Versuche durchführen musste. Eine Reihe von Gerätschaften sind auf der „Bühne" ausgestellt – Kolben, Zangen, Tiegel sowie ein großer Blasebalg. Mit diesen einfachen Mitteln wollte man seinerzeit die Herstellung des Edelmetalls erreichen. Ein Fanfarenstoß verkündet den Beginn der Schau. Das Licht erlischt, Funken sprühen, Rauchschwaden steigen auf. Der staunende Besucher nimmt teil an einer faszinierenden Versuchsreihe und Brennprozessen, die schließlich im Jahre 1708 per Zufall in der Produktion des ersten strahlend weißen Porzellans auf europäischem Boden endeten. Für den Monarchen erwies sich die Erfindung des „weißen" Goldes als noch einträglicher, als es das blanke Metall gewesen wäre. Denn was in Europa Rang und Namen hatte, riss sich von Stund' an um das Porzellan aus Meißen. Die Manufaktur konnte der Nachfrage kaum Herr werden. August der Starke hielt übrigens sein Versprechen, Johann Friedrich Böttger nach getaner Arbeit aus der „Haft" zu entlassen.

Durch die ungesunden chemischen Dünste, die er in seinem Laboratorium jahrelang einatmen musste, war der geniale Erfinder gesundheitlich schwer angeschlagen. Dennoch leitete er die am 23. Januar 1710 qua königlichem Dekret offiziell gegründete Meißener Porzellanmanufaktur bis zu seinem Tode mit großer Umsicht.

Wer die schönsten Objekte der Meißener Porzellanmanufaktur in der Ausstellung vermutet, wird enttäuscht. Stattdessen klären den Besucher in Vitrinen ausgestellte Objekte über verschiedene Besonderheiten der Herstellung des kostbaren Materials auf. Wer weiß schon, dass beim Brennvorgang 16 Prozent der Masse verloren gehen? Für den „Glattbrand" wird die Temperatur auf 1450 Grad hochgefahren. Früher nannte man die mit Holz befeuerten Brennöfen „Glückstöpfe", weil man nie sicher sein konnte, was bei dem Brennprozess herauskommen würde.

Das Holz gelangte bequem von Böhmen über die Elbe nach Meißen. Und 150 Jahre lang war die Albrechtsburg Produktionsstätte des Porzellans. Das für die Herstellung notwendige Kaolin (Porzellanerde) wurde aus dem 80 Kilometer entfernten Aue herangeschafft. Später fand man eine wesentlich bessere Qualität beim

> Auch bei genauer Arbeit entstehen »Missbildungen«

Bau eines Hauses ganz in der Nähe. Wenn auch die modernen Öfen mit Gas beheizt werden, ergeben sich heute auch noch gelegentlich „Missbildungen". Da kleben etwa mehrere Porzellanlöffel zusammen, ein Teller weist eine bizarre durchgebogene Form auf, und eine anmutige chinesische Vase in strahlendem Mingblau ist so schief wie der Turm von Pisa. Wie es zu diesen Fehlern kommen konnte, verraten Schilder neben den Vitrinen.

Den Zauber einer intakten Porzellanwelt erlebt der Besucher in den Schauräumen der Meißener Porzellanmanufaktur an der Talstraße 9. Dort sind die kostbarsten Produkte aus 300 Jahren ausgestellt: Die filigranen, elegant bemalten und reich mit Gold verzierten Teller und Tassen sowie Tafelaufsätze und anmutige Figurinen, Chinoiserien und „indische" Muster aus dem 18. Jahrhundert begeistern jeden Besucher.

Doch Meißen stellt auch erlesenes modernes Geschirr her, entworfen von bekannten Designern. Jedes Stück wird wie eh und je vollständig von Hand gefertigt und mit den gekreuzten Klingen des berühmten kobaltblauen Schwertes versehen. Die Staatliche Porzellan-Manufaktur Meißen erhielt 2008 den „KulturPreis Europa". Eine ideelle Auszeichnung, mit der hervorragende kulturelle Leistungen geehrt werden. *Uta Buhr*

Die Jubiläumsausstellung im Porzellan-Museum läuft bis 31. Dezember montags bis sonntags von 9 bis 18 Uhr (1. Mai bis 31. Oktober) und von 9 bis 17 Uhr (1. November bis 30. April) unter dem Titel „All Nations are Welcome", Eintritt 8,50 / 4,50 Euro.

IN KÜRZE

Von Pfauen und Fledermäusen

Zum ersten Mal sind im Berliner Bröhan-Museum Tierplastiken und Objekte des Kunsthandwerks mit animalischen Applikationen und Dekoren aus verschiedenen Materialien zu sehen. Die etwa 300 Exponate stammen aus den Beständen des Museums und wurden aus Porzellan, Metall, Glas, Fayence, Leder und Holz geschaffen. Graphik und Gemälde ergänzen die Schau, welche die geheimnisvolle Tierwelt im Jugendstil eindrucksvoll darstellt.

Schwäne mit wellenförmigen Hälsen, Schlangen mit einem langen, sich windenden Körper, Pfaue, deren ausgefallene Federn in allen Farben schillern, Schmetterlinge und Libellen mit ihren filigranen Flügeln – sie alle haben Künstler im ausgehenden 19. Jahrhundert besonders inspiriert. „Gezeigt wird ein Kosmos der Tiere, gegliedert nach Luft, Erde, Wasser, heimischen und exotischen Tieren, nach Jagd und Bauernhof", erklärt Ingeborg Becker, Kuratorin der Ausstellung, die Exponate, die zeigen, dass das Tier in der Kunst des Jugendstils zum Symbol der verlorenen Einheit von Mensch und Tier wurde. *os*





Bilder (2): Martin Adam

Aus der Sammlung Bröhan: Fledermausleuchter von Hugo Leven, um 1904, und Vase mit fauchenden Hermelinen von Krog und Bech-Jacobsen, 1887

Bröhan-Museum, Schloßstraße 1a, Berlin-Charlottenburg, dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr.

Gegenständlich statt abstrakt

Eine Ausstellung in Bremen würdigt den Bildhauer Gerhart Schreiter und sein Werk



Bild: Gerhard-Marcks-Haus

Gerhart Schreiter: Sommertag (Bronze, 1958). Der Künstler hegte eine besondere Vorliebe für die Darstellung radelnder Menschen.

Das Bremer Gerhard-Marcks-Haus zeigt derzeit eine Ausstellung mit Arbeiten des aus dem Erzgebirge stammenden Bildhauers Gerhart Schreiter (1909–1974). Dem öffentlichen Bewusstsein dürfte der Name des Künstlers, dessen Arbeiten vor allem in Berlin und in Bremen zu sehen sind, weitgehend unbekannt sein. „Er war kein Pionier, noch zählte er zur Avantgarde. Aber er war empfänglich für Neuerungen und besaß ein ausgesprochen gutes Formgefühl, so dass seine Werke – sowohl inhaltlich als auch formal – als modern zu werten und fest in ihrem jeweiligen Jahrzehnt verankert sind", liest man in einer Chronik zu Leben und Werk Gerhart Schreiters. Im Gegensatz zu vielen Zeitgenossen blieb er in seinen Plastiken gegenständlich. Schreiter studierte in Pforzheim, Düsseldorf und Berlin. Nach dem Krieg wurde 1950 an ihn der erste Georg-Kolbe-Preis verliehen, bevor er 1952 mit dem Kunstpreis der Stadt Berlin und 1953 mit dem Düsseldorfer Cornelius-Preis ausgezeichnet wurde. 1956 wurde er an die Staatliche Kunstschule in Bremen berufen. Dort lehrte er als Leiter der Abteilung Plastik bis zu seinem Tod. 2007 gelangte der Nachlass des Bildhauers in das Gerhard-Marcks-Haus, wo man bestrebt ist, ein Werkverzeichnis zu erstellen, und aus diesem Grund nach Arbeiten Schreiters in Privatbesitz sucht (Hinweise an das Gerhard-Marcks-Haus, z. Hd. Veronika Wiegartz). *os*

Die Ausstellung mit Werken von Gerhart Schreiter im Gerhard-Marcks-Haus, Am Wall 208, Bremen, ist noch bis zum 21. März dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr zu sehen, Eintritt 3,50/2,50 Euro. Ein Diskussionsabend mit Experten rund um den Künstler findet am 10. Februar, 19 Uhr, statt.

Stiller Stifter

Mäzenatentum ermöglicht Ankauf von Kunst

Als kürzlich der Stiftungsrat der Hamburger Kunsthalle forderte, eine „Liste von entbehrlichen Kunstwerken" zu erstellen, um diese dann in Zeiten knapper Kassen zu veräußern, wehte nicht nur an der Elbe ein Sturm der Entrüstung. Kunsthallendirektor Hubertus Gaßner aber wehrte ab: Er könne nicht verkaufen, was ihm nicht gehöre. Einen Blick auf ausgewählte Kunstwerke von der Antike bis zur Klassischen Moderne erhält man in einem neuen Buch, das auf ungewöhnliche Weise Schätze zweier Hamburger Museen vorstellt. In 14 kurzen Geschichten gehen die Autoren auf einzelne Kunstwerke ein – eine ungewöhnlich spannende Form, in der die Hamburger Kunsthalle und das Museum für Kunst und Gewerbe Hamburg an ihren stillen Stifter erinnern: Julius Heinrich Wilhelm Campe (1846–1909), der die Campe'sche Historische Kunststiftung begründete. *os*

***Campe'sche Historische Kunststiftung Hamburg (Hrsg.): „Zum Sammeln verführen – Hamburger Schätze"**, Wienand Verlag, Köln, 208 Seiten mit 112 farbigen und 14 schwarzweißen Abbildungen, gebunden mit Schutzumschlag, über 850 zusätzlichen Abbildungen auf CD-ROM, 25 Euro*

Arzt und Dichter aus Leidenschaft

Sein Name steht in der Reihe der Dichter der Weltliteratur neben Shakespeare, Goethe oder Tolstoj. Theaterstücke wie „Drei Schwestern“ und „Die Möwe“ gehören zum Repertoire aller Bühnen der Welt. Vor 150 Jahren, am 29. Januar 1860, erblickte Anton Pawlowitsch Tschechow im südrussischen Taganrog das Licht der Welt. Er entstammte einer kleinbürgerlichen Familie, die erst der Großvater aus der Leibeigenschaft freigekauft hatte. Die Geschäfte des Vaters als Kaufmann liefen schlecht, die Tschechows fristeten ein kümmerliches Dasein. Dennoch ermöglichte der strenge Vater allen sechs Kindern eine ordentliche Schulbildung.

Schon früh zeigte der als reserviert geltende Anton einen ausgeprägten Humor und großes Interesse an Literatur und Schauspielerei. Auf dem Taganroger Gymnasium fiel er durch sein Talent zum witzigen Schreiben auf, das ihm den Spitznamen „Antoscha Tschechonte“ – sein späteres Pseudonym – eintrug. In der Freizeit spielte er mit seinen Brüdern auf einer improvisierten Bühne Theater. Nachdem der Vater eine Pleite erlitten hatte, verlor die Familie Haus und Besitz und floh vor den Gläubigern nach Moskau. Anton blieb zurück, er sollte bis zum Abitur weiter das Gymnasium besuchen. Mit Nachhilfestunden hielt er sich über Wasser und schickte überdies der notleidenden Familie Geld nach Moskau. Mit einem Stipendium der Stadt Taganrog konnte Anton an der Moskauer Lomonossow-Universität Medizin studieren. Als Arzt praktizierte er zum großen Teil ehrenamtlich, seine eigentliche Berufung galt dem Schreiben, das ihn schon während des Studiums ernährte. Zwischen 1880 und 1903 schuf er insgesamt 600 literarische Werke. Seine Erzählungen und Novellen zeichnen sich durch einen witzigen, manchmal auch satirischen Stil aus, sie ranken sich um das Leben der Kleinbürger in Russland, um die Sünde, das Böse, den geistigen Verfall der Gesellschaft. Tschechow zeichnet ein düsteres Bild des russischen Lebens, rechnet ab mit Passivität und der stoischen Anpassung an offensichtliche soziale Missstände. Seine Arbeit als Arzt sowie Reisen, unter anderem auf die Insel Sachalin, wo er Zeuge des Lebens im Strafvollzug der Katorga wurde, lieferten ihm Stoff für seine Erzählungen.



Anton Tschechow Bild: Internet

Erst spät, 1901, heiratete Tschechow seine große Liebe, die Schauspielerin Olga Knipper. Wegen seiner langjährigen Tuberkulose-Erkrankung verbrachte der Dichter seine letzten Jahre auf der Krim. Anfang Juni 1904 reiste Tschechow mit seiner Frau zur Behandlung nach Badenweiler im Schwarzwald, wo er am 15. Juli verstarb. Bis zuletzt blieb Anton Tschechow der Haupternährer seiner Familie. Seiner Heimatgemeinde Taganrog erwies er Dankbarkeit, indem er ihr sein Vermögen vererbte. *M. Rosenthal-Kappi*

Als die FDP noch nationalbewusst war

Vor 50 Jahren wurde Erich Mende Vorsitzender der Liberalen – Kontrast zu Genscher und Westerwelle

Der Preuße Erich Mende repräsentiert wie kein anderer FDP-Chef den nationalen Flügel der Nachkriegsliberalen. Am 29. Januar 1960 wählten die Freidemokraten ihn auf ihrem 11. Parteitag in Stuttgart zum Bundesvorsitzenden.

Bereits Erich Mendes Vater, ein Volksschullehrer, wird als streng nationalbewusst beschrieben. Nach dem Abitur trat der am 28. Oktober 1916 im oberschlesischen Groß Strehlitz geborene Sohn in die Wehrmacht ein. Dort brachte er es bis zum stellvertretenden Kommandeur eines Infanterie-Regimentes im Range eines Majors. In Polen erhielt er die 2. Klasse und in Frankreich die 1. Klasse des Eisernen Kreuzes sowie in der Sowjetunion das Deutsche Kreuz in Gold. Des Weiteren wurde er mit der Nahkampfspange in Bronze und schließlich mit dem Ritterkreuz ausgezeichnet. Kurz vor Kriegsende gelang es ihm, die letzten 400 Mann seiner Division per Schiff nach Swinemünde zu bringen.

Mende zahlte für seinen Einsatz einen hohen Preis. Dreimal wurde er verwundet. Mit 30 Prozent Kriegsbeschädigung ging er aus dem Zweiten Weltkrieg heraus. Aber gebrochen ist er nicht. Im von den Siegern beherrschten Nachkriegsdeutschland gehört er zu den ersten, die sich zu ihrem Ritterkreuz bekennen, indem sie es tragen. Seine Solidarität mit den Kriegskameraden wie mit den Schickalsgenossen endet nicht mit dem Kriegsende. Mit besonderem Nachdruck setzt er sich im Deutschen Bundestag für die Kriegsgefangenen und -verurteilten sowie die Vertriebenen ein. Die Verteidigung der Ehre der Soldaten war ihm ebenso ein Anliegen wie die Wiedervereinigung. Für seine Verdienste um die Verhinderung der Sprengung des Marineehrenmals in Laboe verlieh ihm der Deutsche Marinebund 1983 das Goldene Eichenblatt. Im Gegensatz zu Konrad Adenauer und Walter Ulbricht, die eine starke Bindung ihres Teilstaates an die Besatzungsmächte erstrebten, trat er 1959 mit einem Deutschlandplan an die Öffentlichkeit, der ein souveränes, neutrales Gesamtdeutschland vorsah. Die sozialliberale Ostpolitik ab 1969 mit ihrer Annäherung an das SED-Regime und die Vertreiberstaaten ließ den Ostdeutschen so sehr eine Zementierung der deutschen Teilung fürchten, dass er deswegen 1970 sogar die Partei wechselte. Der Kontrast zu den Positionen von Genscher und heute Westerwelle ist augenfällig.

Der Ausgang des Zweiten Weltkrieges hatte für den Berufssoldaten zur Folge, dass ihm neben der Rückkehr in die Heimat auch die Fortführung seines Berufes versagt war. Ab 1945 studierte er Rechts- und politische Wissenschaften. Nach dem ersten juristischen Staatsexamen promovierte er 1949 über ein politologisches Thema: „Das parlamentarische Immunitätsrecht in der Bundesrepublik Deutschland und ihren Ländern“. Mende wurde Dozent für politische Wissenschaften.



Erich Mende: Vorsitzender der Freien Demokraten bis 1968

Der Politologe beschäftigte sich jedoch nicht nur wissenschaftlich mit der Politik, sondern er betrieb sie auch. Da der westdeutsche Staat bundespolitische Arbeit faktisch nur in Parteien ermöglicht, stand Mende nun vor der Qual der Wahl. Das Vaterhaus hätte die CDU nahegelegt. Der Vater war Stadtverordneter des Zentrums gewesen und Erich selber hatte sich schon früh im katholischen Jugendbund „Quickborn“ betätigt. Warum er nach dem Krieg trotzdem statt in die Union in die FDP eintrat, begründete er selbst: „In meiner Heimat Schlesien gab's kaum Liberale. Da war immer das Zentrum sehr stark. Ich neigte auch eher in diese Richtung. Franz Meyers, den ich gut kannte, wollte mir in Köln bei der CDU eine Anstellung verschaffen. Doch dann wurde Adenauer, der Kölner Oberbürgermeister, von den Briten abgesetzt. Ich sollte Organisator der CDU in Düsseldorf werden. Aber bevor es dazu kam, brachte mich ein Kriegskamerad in Verbindung mit Middelhauve. Das war reiner Zufall, dass ich im Februar 1946 bei der FDP war und nicht bei der CDU. Das war keine Überzeugung. Das war, wenn Sie so wollen, ein Stück Opportunismus.“

Als 1949 das Grundgesetz in Kraft trat, wurde Mende in den Bundestag gewählt und Fraktionsgeschäftsführer. Acht Jahre später, 1957, trat Thomas Dehler – Jüngeren oft nur durch die nach ihm benannte FDP-Parteizentrale in Bonn und Berlin bekannt – als Partei- und Fraktionsvorsitzender der FDP zurück. Während Reinhold Maier den Parteivorsitz übernahm, trat der bisherige stellvertretende Fraktionsvorsitzende Erich Mende an die Spitze der Bundestagsfraktion. Drei Jahre später, am 29. Januar 1960, wurde Mende auch zum Vorsitzenden der Partei gewählt. Erstmals führte die bundesdeutschen Liberalen damit ein Ostelbier und Altpreuße.

Programmatisch trennten ihn von Westerwelle Welten

Bei der vierten Bundestagswahl im Jahr darauf setzte der neue Mann an der Spitze der FDP auf das Wählerklientel, das eine bürgerliche Regierung, aber nicht (mehr) den „Alten aus Rhöndorf“ wollte. Mit der Wahlparole „Mit der CDU ohne Adenauer“ holte Mendes Partei nach der Schlappe von 1957 mit weiland 7,7 Prozent diesmal 12,8 Prozent. Das war das bis dahin beste Ergebnis. Die FDP konnte die harten Oppositionsbänke wieder verlassen.

Allerdings standen die Liberalen ähnlich wie heute vor der schweren Aufgabe, ihr Wahlversprechen einzulösen. Sie verzichteten auf einen Sturz Adenauers und ließen sich auf einen Kompromiss ein. Eine halbe Legislaturperiode lang stützte die FDP entgegen ihrer Wahlkampfparole Adenauer an der Spitze einer christlich-liberalen Regierung. Als Feigenblatt verzichtete Mende während dieser Zeit auf einen Posten in der Regierung.

1963 löste dann Ludwig Erhardt Adenauer als Kanzler ab und Mende trat als Vizekanzler in die Regierung ein. Entsprechend seinem Interesse an der deutschen Frage wurde er Minister für gesamtdeutsche Fragen. Diese Ämter behielt Mende auch nach der Bundestagswahl von 1965, wo die in den Augen vieler „umgefallene“ FDP auf 9,5 Prozent zurückfiel. Allerdings ist der Wahlverlust nicht nur auf die Verlängerung der Kanzlerschaft Adenauers mit Unterstützung der FDP zurückzuführen. Vielmehr hatte die CDU mit dem Wirtschaftspolitiker Ehrhardt nun einen Spitzenkandidat, der auch für die wirtschaftsliberale FDP-Klientel attraktiv war.

Trotz der Beliebtheit des Kanzlers bei Unions- wie FDP-Wählern scheiterte er 1966. Der Höhepunkt des „Wirtschaftswunders“ war überschritten und die Verteilungskämpfe begannen. Vor dem Hintergrund, dass 1966 US-Präsident Lyndon B. Johnson hohe zusätzliche Zahlungen für Besatzungskosten und den Vietnamkrieg einforderte sowie eine Rezession mit drastisch steigenden Arbeitslosenzahlen einsetzte, erwog Ehrhardt Steuerhöhungen. Aus Protest hiergegen ließ Mende die christlich-liberale Regierungskoalition platzen.

Es ist eine Ironie des Schicksals, um nicht von einer Tragik zu sprechen, dass Mende mit seinem entschiedenen Widerstand gegen eine wirtschaftspolitisch linke Maßnahme, nämlich eine Steuerhöhung, den Linksruck in der Bundesrepublik befördert hat. Der christlich-liberalen Koalition von Ehrhardt und ihm folgte nämlich die Regierungsbeteiligung der SPD in der Großen Koalition und schließlich 1969 eine SPD-geführte Koalition mit einer zwischenzeitlich nach links gerückten FDP. Diesen Linksruck seiner Partei anzuführen, war Mende der falsche Mann. 1968 wurde er zur Niederlegung des Parteivorsitzes gezwungen, 1970 wechselte er zur CDU, 1980 schied er aus dem Bundestag aus. Am 6. Mai 1998 starb er in Bonn. *Manuel Ruoff*

Abstimmungssieg zum Todestag

Vor 150 Jahren starb Ernst Moritz Arndt – Studentenschaft in Greifswald entscheidet sich für ihren Namenspatron

Viel Feind, viel Ehr“ lautet ein oft missbrauchtes Wort. Auf den am 26. Dezember 1769 im damals zu Schwedisch-Pommern gehörenden Groß Schoritz geborenen deutschen Schriftsteller Ernst Moritz Arndt trifft es jedoch zu. Napoleon zwang ihn zur Flucht und einem Leben im Untergrund wegen seiner Kritik am napoleonischen Imperialismus und der französischen Besatzungspolitik. Adlige Gutsbesitzer verklagten ihn wegen seines Werkes „Versuch einer Geschichte der Leibeigenschaft in Pommern und Rügen“, nach dessen Lektüre der schwedische König die Leibeigenschaft in Schwedisch-Pommern aufhob. Und die Reaktionäre des Vormärz entzogen ihm Lehrerlaubnis und Professur wegen „demagogischer Umtriebe“. Auch sein Engagement im Frankfurter Paulskirchenparlament, dessen Kaiserdeputation er angehörte, gereichte einem Angehörigen der nationalliberalen Bewegung zur Ehre. Ernst Moritz Arndt erfüllt insofern also an sich die besten Voraussetzungen, in seinem Land als National-idol gefeiert zu werden. Und in der Tat wurde er nach seinem Tod vor 150 Jahren, am 29. Januar 1860 in Bonn, generationenlang entsprechend geehrt.

Auch die beiden totalitären Regime des 20. Jahrhunderts hielten seinen Namen in Ehre. Die Nationalsozialisten gaben der Universität Greifswald als seiner langjährigen Wirkungsstätte seinen Namen, und die Sozialisten behielten diese Namensgebung nach einer Unterbrechung bei.

Seine Gegner sprechen für ihn

Seit nunmehr einem Jahrzehnt wird allerdings die Umbenennung gefordert. Auslöser war ein Artikel in der „Zeit“ vom 5. November 1998 mit dem Titel „Fataler Patron“, in dem Ernst Moritz Arndt vorgehalten wird, sich über Franzosen und punktuell auch über Juden negativ geäußert zu haben. Sollte die Universität der Forderung nach einer Umbenennung nachkommen, würde sie sich in eine Tradition stellen mit den Gegnern der Bauernbefreiung, mit den napoleonischen Besatzern und mit den reaktionären „Demagogen“-Verfolgern des Vormärz.

Wenn die endgültige Entscheidung auch noch aussteht, so liegt doch immerhin ein Votum der Basis, sprich der Studentenschaft, vor. Trotz eingehender Agitation der Initiative „Uni ohne Arndt“ stimmte bei einer Urabstimmung eine knappe Mehrheit der Greifswalder Studenten gegen eine Umbenennung. Die Wahlbeteiligung lag bei rund 23 Prozent, was für Studentenwahlen ordentlich ist. Rechnet man die Enthaltungen und ungültigen Stimmen heraus, votierten 53 Prozent für die Beibehaltung des Namens, 47 Prozent dagegen. 181 Stimmen brachten die Entscheidung.

„Durch dieses Ergebnis müssten wir konsequenterweise den Namen wieder aufnehmen“, kommentiert die Asta-Vorsitzende Solvejg Jenssen das Ergebnis folgerichtig im Sinne der studentischen Forderung nach Basisdemokratie. Die Verlierer hingegen wollen trotz des Basisentscheids weitermachen. Der Student Sebastian Jabbusch relativiert das demokratische Votum der Basis zum „Punkt der Pro-Arndt-Seite“ und Maria-Theresia Schafmeister, Professorin und Senatsvorsitzende, gar zum „Unentschieden“. Sie setzen nun auf die alles entscheidende Sitzung des Senats vom 17. März, in der Hoffnung, dass dieses demokratisch weniger legitimierte Hochschulorgan sich gegen das demokratische Votum der Basis entscheiden wird. *Manuel Ruoff*



Ernst Moritz Arndt Bild: Ullstein

Preußens größte Katastrophe vor 1945

Vor drei Jahrhunderten wütete im Herzogtum die Pest – Ganze Dörfer starben damals aus

„Die wilde Pest heert weit und breit, / mit Leichen ist die Welt bestreut. / Schon manchen Toten deckt kein Grab, / der's graben wollt, sank selbst hinab.“ Dieses alte Pestlied ist der beste Chronist jener furchtbaren Seuche, die zu Beginn des 18. Jahrhunderts Altpreußen heimsuchte und ein Drittel der Bevölkerung des Landes zwischen Weichsel und Memel hinwegraffte. Ein ausgeblutetes Land, dessen Aderlass drei furchtbare Jahre lang dauerte, der Höfe wüst, Städte und Dörfer menschenleer werden ließ.

Rund ein Drittel der Bevölkerung wurde damals dahingerafft

Vor 300 Jahren, im Winter 1709/10 herrschten in Ostpreußen unbeschreibliche Zustände. Vor allem in Königsberg, das aufgrund eines behördlichen Erlasses von der Außenwelt abgesperrt worden war und wo sich in den engen Gassen Szenen abspielten, die man unbeschreiblich nennen könnte, wenn sie nicht doch Chronisten in ihren Aufzeichnungen festgehalten hätten. So können wir uns heute ein sehr genaues Bild von dem Schwarzen Tod machen, der erst spät an die Stadttore klopfte, als er im weiten Land, besonders in Masuren und dem nördlichen Ostpreußen, schon Zehntausende hinweggerafft hatte.

Dabei hatte das 18. Jahrhundert doch so hoffnungsvoll begonnen. Die Tataren hatten nach ihren verheerenden Einfällen zwar ein verwüstetes Land zurückgelassen, aber es begann sich sichtbar zu erholen. Zwar blieb es hinter der Grenze unruhig – so ging der Kampf des schwedischen Königs gegen Polen weiter –, doch Brandenburg-Preußen war neutral und dank seines Machtaufschwungs wurde diese Neutralität von den Konfliktparteien respektiert. Königsberg sonnte sich im Glanz als junge Krönungsstadt, die Huldigungsfeierlichkeiten für den ersten König in Preußen waren verklungen, aber die Königskrönung hatte viel zum Wandel des bis dahin mittelalterlichen Stadtbildes beigetragen. Das friedliche Königsberg wurde zum Zufluchtsort für die Emigranten aus den Krisengebieten. So trieben die Siege des schwedischen Königs viele Polen nach Königsberg, sogar die Gemahlin des polnischen Königs Stanislaus Leszynski suchte hier Zuflucht. Man zählte um 1700 mehr als 6000 Polen in der preußischen Residenzstadt, die mit 40 000 Bürgern doppelt so viele Einwohner hatte wie Berlin.

Jenseits der Grenze, in Polen und Litauen lauerte jedoch die furchtbarste Seuche des Mittelalters darauf, noch einmal zur Geißel der Menschen in dem vom 30-jährigen Krieg weitgehend verschont gebliebenen Altpreußen zu werden. In Preußen wurden die Grenzen streng bewacht, die Wälder wurden unbegehbar gemacht. Doch die Pest fand einen Schleichweg. Ende November 1708 tauchte sie im 25 Kilometer südöstlich von Osterode gelegenen Hohenstein auf. Der folgende harte Winter bereitete der Seuche geradezu das Bett. Die gesamte Wintersaat war vernichtet, die Getreidepreise stiegen ins Unermessliche. Auch die Obstbäume waren weitgehend erfroren, einen Kartoffelanbau gab es noch nicht. Die geschwächten Körper der hungernden Menschen boten keinen Widerstand.

So brach zu Beginn des Jahres 1709 zugleich in verschiedenen grenznahen Teilen Masurens und des nordöstlichen Preußens die Pest aus und griff trotz verordneter Isolierung der betroffenen Orte in rasender Geschwindigkeit um sich: Zwischen Weichsel und Memel begann das große Sterben in einem vorher nie gekannten Ausmaß.

Königsberg war in den ersten Monaten des Jahres 1709 noch von der Seuche verschont geblieben. Ein aus Regierungsmitgliedern und Ärzten gebildetes Sanitätskolleg hatte strenge Edikte erlassen – so ein Handelsverbot mit dem „verpesteten“ Danzig –, aber im August zeigten sich erste Krankheitsfälle auf dem Steindamm und dem Haberberg. Im September brach die Seuche dann mit voller Wucht aus. Die vor den Toren errichteten Pesthäuser reichten bald nicht mehr aus, die Erkrankten mussten in ihren Wohnungen verbleiben. Was das bei den beengten Wohnverhältnissen bedeutete, kann man sich heute nicht mehr vorstellen. In Königsberg herrschten im wahrsten Sinne „Pestilenz und Höllenstank“ und damit begann auch das große Schweigen, das sich über die lebensfrohe Stadt wie ein Leichentuch legte. Nur die Kirchen standen offen, denn man wollte dem Verkehr der verzweifelten Seelen mit ihrem Gotte kein Hindernis bereiten – so in der Sprache des Chronisten. In der „Geschichte der Königl. Haupt- und Residenzstadt Königsberg in Preußen“ von Richard Armstedt sind diese grauenvollen Zustände dokumentiert:

„Jeder Umgang mit den Kranken war bei Todesstrafe verboten, keine liebende Hand durfte Linderung bringen, schon die Krankheit zerriss die Familienbande. Erst wenn die Schatten der Nacht Straßen und Plätze deckten und nur die Pestfeuer ihren lodernden Schein zum Himmel warfen, begannen Menschenpflicht und Nächstenliebe ihre Tätigkeit. Pestträger, Pestärzte und Pestprediger walteten ihres schweren Amtes, bekleidet mit wachsleinenen und durch Pestessig gereinigten Gewändern, in der Hand die Glocke, um die Gesunden vor der verderblichen Begegnung zu warnen. Die Pestträger durchsuchten die infizierten Häuser und nahmen die Toten mit. War ein Haus ausgestorben, wurde es vernagelt und mit großen weißen Kreuzen versehen, alle getragenen Sachen wurden verbrannt.“

Viele Sagen ranken sich um die Katastrophe

Wenn das traurige Geschäft der Pestträger eine Stunde nach Mitternacht beendet war, begannen Ärzte und Geistliche ihre Besuche bei den noch Lebenden. Sie brachten Medizin und Lebensmittel und suchten durch den Trost die Verzweifelten aufzurichten. Aber im Schatten der Nacht bewegten sich auch andere Gestalten durch die Straßen: die Leichenfledderer, denen die Gier die Angst vor dem Tod nahm. Der doch auf sie lauerte, wenn sie gefasst wurden. Das belegt eine Verordnung des Königsberger Magistrats vom Oktober 1709:

„Weil es sich ausgewiesen, dass des Abends Handwerksleute in Mänteln vermummt, die Vorbeigehenden häufig überfallen und ihnen die Almosen mit Gewalt abnehmen sowie in die infizierten Häuser eindringen, auch andere Gottlosigkeiten desto freier verrichten, weil solche Delinquenten meinen, dass man sie nicht bestrafen könnte, wo man nicht die Gefängnisse durch sie anstecken wollte, so haben wir insonderheit für sehr nützlich befunden, solche Verbrecher in das Pesthaus zu bringen und daselbst zur Verrichtung der unflätigen Arbeiten als Wegbringen der Exkremente, Zumachen der Gräber und sonst pro qualitate ihres Verbrechens bestrafen lassen ...“



„Die Pest legt sich über die Kurische Nehrung“ aus dem Zyklus „Die Frauen von Nidden“ von Helmut Heine Bild: privat

Erst am Morgen, wenn die Ärzte die Kranken versorgt, die Geistlichen sie getröstet hatten, wagten sich die Gesunden auf die Straßen. Die Geschäfte wurden mit größter Vorsicht abgewickelt, das Geld musste in eine mit Pestessig gefüllte Schale gelegt werden. Aber alle Maßnahmen nützten nichts, das große Sterben ging weiter. Als im Oktober die Zahl der wöchentlich Verstorbenen auf über 600 stieg, begann die Flucht der Behörden und vieler Bürger aus der Stadt, vor allem nach Wehlau und Brandenburg.

Die Geflüchteten bewirkten die völlige Absperrung Königsbergs von der Außenwelt. Eine Doppelkette von Landmiliz bildete einen Ring um die Stadt, vor drei Toren wurden in der Nähe der Hochgerichte so genannte „Galgenmärkte“ errichtet. Zwischen doppelten Schranken standen Soldaten, die auf einem Brett den Bürgern und Bauern Ware und Geld zuschoben, dabei wurden oft beide Seiten von den Soldaten geprellt. Das Schlimmste aber war, dass hier zwischen stinkenden Schindergruben und Gehängten mit Lebensmitteln gehandelt wurde. Diese unbeschreiblichen Zustände ließen den Bürgermeister der Altstadt so wütend werden, dass er in einem Pestepos Gott und die Welt anklagte und seiner geliebten Stadt zurief: „O denke doch daran, lass deine Kinder wissen, ja, lass die Nachwelt sehn, was man aus dir gemacht!“ Endlich fanden die Bitten der Königsberger Bürger beim König Gehör, und er hob am 21. Dezember die Sperre auf.

Mit dem Abflauen der Seuche begann wieder das Leben in der Stadt, die mit über 9300 Toten fast ein Viertel ihrer Bürger verloren hatte. Hauptsächlich traf es die ärmere Bevölkerung, die durch schlechte Wohnverhältnisse und mangelhafte Ernährung auch für andere Seuchen wie Ruhr und Cholera besonders anfällig war. Bei den Wohlhabenden machte sich nach dem Abklingen der Großen Pest eine andere Seuche bemerkbar: die Lebensgier, die zu einem Verfall alter Bürgersitten führte, so dass von den Behörden wieder neue Erlasse erfolgten „gegen das unmäßige Zechen, Fressen und Saufen“!

Zwar war die Pest in Königsberg im Frühjahr 1710 erloschen, aber im weiten Land wütete sie erbarmungslos weiter. Allein im nördlichen Ostpreußen – damals Preußisch Lithauen – wurden 30 000 Menschen durch die Seuche dahingerafft, das schon dünn besiedelte Land wurde menschenleer. Die Pest fand ihren Weg auch zu den einsamsten Katen. Von den in Ostpreußen „wüst“ gewordenen 10 000 Höfen lagen 8000 in diesem Grenzgebiet. Die Städte wurden menschenleer, allein in Stallupönen starben 1600 Menschen. Die „Herren Doctores“ standen dem Schwarzen Tod fast hilflos gegenüber, sie griffen immer häufiger zu dem starken Insterburgischen Bier, wie aus einem Bericht des Amtes Insterburg zu entnehmen ist, „doch sind sie trotz alledem nicht zur Trunkenheit gekommen“.

Hinter den nüchternen Zahlen in den alten Chroniken und Kirchenbüchern steht ein kaum zu beschreibendes Elend. So ist in der Kirchenrechnung des Dorfes Eckersberg vermerkt: „Eckersberg ausgestorben. Tuchlinnen ausgestorben. Sastroßnen verpestet gewesen ..., Dombrowken mehrteils ausgestorben, Gregersdorf: verpestet gewesen, Drosdowen: verpestet gewesen.“ Manche Ortschaften wurden nicht wieder aufgebaut wie das einst „ansehnliche“ Dorf Dobeln, das bis auf zwei Bauern vollständig ausstarb, die sich dann auch zur Auswanderung entschlossen. Spätere Generationen mieden dieses Gelände, es soll dort „gespukt“ haben. Das wusste man auch in anderen Orten zu erzählen, wo die Seuche gewütet hatte.

Viele ostpreußische Sagen und überlieferte Berichte haben mit der Großen Pest zu tun, sie hat auch Eingang in die Literatur gefunden wie in dem berühmten Gedicht „Die Frauen von Nidden“ von Agnes Miegel. Allerdings dürfte die Pest nicht mit den Elchen über das Haff geschwommen sein, sondern ist über die Nehrungsstraße oder mit einem Boot gekommen. Vielleicht waren es wirklich die „Pestmänner“ gewesen, von denen noch in unserer Zeit berichtet wurde. Schwarz verhüllte Gestalten, die den Pfarrer des kleinen Nehrungsdorfes zwangen, mitten in der Nacht eine Trauung in der Kirche vorzunehmen. Mit verbundenen Augen, aber er fühlte, „dass die Hände des Brautpaares kalt wie Eis und die Ringe heiß wie rotes Eisen“ waren. Als der Pfarrer wieder von den schwarzen Männern in sein Haus gebracht worden war, hörte er die Sterbeglocke läuten. Er wagte einen Blick aus dem Fenster und sah auf dem Haff einen großen Kahn mit schwarzen Segeln und einem Totenkopf auf dem Wimpel, in den schwarz gekleidete, verschleierte Gestalten stiegen. Das Boot legte ab und obgleich es windstill war, verschwand es schnell im Dunkel der Haffnacht. Der nächste Tag war ein Sonntag, und als der Pfarrer mit seiner Gemeinde die Kirche betrat, stand da ein offener Sarg mit einer toten Braut, die mit Kranz und Schleier und einem eisernen Ring geschmückt war. Da hielt der Pfarrer die Totenfeier, und die Fischer begruben die Braut, die niemand gekannt hat. Von der Nacht an war die Pest im Dorf und alle Menschen mussten sterben. So erzählt die Sage, und sie soll für viele alte Überlieferungen aus der Zeit der Großen Pest stehen, die bis zu dem großen Orlog 1945, der Tod, Verschleppung und Vertreibung brachte, als die größte Katastrophe galt, die Preußen je getroffen hatte.

Ruth Geede

Ausstellung über Franckesche Stiftungen

Noch bis zum 28. Februar zeigt Ehrhardt Bödeckers Brandenburg-Preußen Museum im brandenburgischen Wustrau die Sonderausstellung „Geschichte und Gegenwart der Franckeschen Stiftungen“. Im Obergeschoß des Museums, wo sonst auch Vorträge stattfinden, führen 20 Stelltafeln, zwei Exponate, eine nachgebildete Plastik und eine fotografische Schauwand, welche die 50 000-bändige Bibliothek der Franckeschen Stiftung in Halle zeigt, in das Thema ein.

Die Stelltafeln informieren in chronologischer Weise über die Entstehung der Franckeschen Stiftungen, als der pietistische Pfarrer August Hermann Francke Ende des 17. Jahrhunderts in Glauche bei Halle eine Armenschule für Mädchen und Jungen eröffnete, sowie über den wachsenden Einfluss seiner Erziehungsprinzipien auf Preußen, Europa und schließlich die ganze Welt bis zu den heutigen Tagen.

Eine Bleistiftzeichung zeigt den Besuch des Königs Friedrich Wilhelm I. 1713 bei den Franckeschen Stiftungen. Dieser war von historischer Bedeutung, weil der Monarch sich an Ort und Stelle einen Überblick verschafft hat, bevor er Francke letztlich den Aufbau des preußischen Schulwesens übertrug. Vier Jahre nach dem Besuch, am 28. September 1717, verfügte der Herrscher dann die Schulpflicht in seinem Königreich.

In der Mitte des Ausstellungsraums ist eine Plastik des Stiftungsgründers Francke zu sehen. Seine linke Hand ruht auf dem Kopf eines kleinen betenden Mädchens, während zu seiner Rechten ein kleiner Junge die Bibel trägt. Die Plastik symbolisiert

Gezeigt wird auch eine Originalausgabe Franckes von 1806

den „revolutionären“ Gedanken, nicht nur Jungen, sondern auch Mädchen eine Bildung zu verschaffen.

Sicherlich ist das Original von August Hermann Franckes 1806 erschienenem Werk „Nützliche und Nöthige Handleitung zu Wohlanständigen Sitten“ ein Höhepunkt der Ausstellung. Dort wurde ein gesunder Mittelweg zwischen Zügellosigkeit und übertriebener Erziehungsreglementierung, Respekt, Belassung individueller Freiräume, persönlicher Zurückhaltung, Ehrerbietung, Bescheidenheit, Zuverlässigkeit und Ordnung gefordert.

Der 1663 geborene Francke verstarb 1727, aber seine Nachfolger setzten das Werk fort. Auch die Zeit des Nationalsozialismus änderte daran nichts. Erst mit dem Einzug des Kommunismus in Mitteldeutschland war damit Schluss. Nach dem Untergang der DDR wurden 1992 die Stiftungen neu gegründet. Heute lernen wieder 4000 junge Leute in den wiedererrichteten Franckeschen Stiftungen. Zum 300. Jahrestag der Franckeschen Stiftungen wurde 1998 von der Bundesbank eine Gedenkmünze herausgegeben.

Hans Lody

Die Sonderausstellung ist wie das Museum dienstags bis sonntags von 10 bis 16 Uhr geöffnet. Meist sonntags um 11 Uhr und nach Vereinbarung führt Bödecker persönlich durch die Ausstellung. Nähere Informationen erteilt das Brandenburg-Preußen Museum, Eichenallee 7a, 16818 Wustrau, Telefon (033925) 70798, Fax (033925) 70799, E-Mail: wustrau@brandenburg-preussen-museum.de.

Gewissensfrage

Zu: „Warschau zeigt schweigend die Instrumente“ (Nr. 2)

Versöhnung heißt in Polen offensichtlich, sich in die inneren Angelegenheiten Deutschlands einzumischen, Feindbilder aufzubauen, die polnische Opferrolle zu pflegen und zugleich die Mitschuld Polens am Ausbruch des Weltkrieges zu leugnen. Und unser Außenminister stellt sich auf die Seite Polens, statt deutsche Interessen zu vertreten.

Es ist eine bemerkenswerte Charakterlosigkeit, Frau Steinbach, ohne deren Initiative es diese Stiftung gar nicht gäbe, wegen ihrer seinerzeitigen Gewissensentscheidung so vehement zu diffamieren. Gewissen sollte eigentlich für alle Abgeordneten kein Fremdwort sein.

Wolfgang Hoffmann, Buchholz

Polen akzeptieren mich, obwohl ich Vertreibung Unrecht nenne

Zu: „Den gordischen Knoten lösen“ (Nr. 1)

Als Vertriebener aus Ostpreußen bin ich über die Behandlung der „Causa Steinbach“ aufs äußerste besorgt. Wir Vertriebenen, Bürger der Bundesrepublik, erleben den jetzigen Vorgang mit den begleitenden Medien, Äußerungen einzelner Politiker und Kommentatoren als Häme.

Teilweise grenzen die entsprechenden Äußerungen an Verletzungen der Menschenwürde. Was mutet die politische Öffentlichkeit Erika Steinbach zurzeit alles zu. Wir Vertriebene sind angesichts unserer Opfer verpflichtet, das Erbe unserer Vorfahren zu bewahren. Alles andere wäre unanständig und würdelos.

In Polen hat fast jedes Dorf eine oftmals aufwendig erbaute Gedenkstätte an die Leidenszeit unter dem Faschismus. Ich persönlich vermag in meinem eigenen Land die immer wieder geäußerten Demütigungen, Verfälschungen und Entmutigungen kaum zu ertragen.

Außerdem ufert der jetzige Konflikt zum Schaden des gesamten Gemeinwesens aus und bringt unsere Außenpolitik auf breiter Front außer Kontrolle. Man denke nur an die Rückgabe der geraubten Kulturgüter und so vieles mehr.

Jetzt kam zusätzlich heraus, dass von vornherein gewichtige Einschränkungen für die Alltagsarbeit des Zentrums gegen Vertreibung vorgesehen waren. Erika Steinbach hat Nachbesserungen vorgeschlagen. Mir waren diese „Knebelparagraphen“ bisher nicht bekannt.

Wir Vertriebenen haben seit der Stuttgarter Erklärung aus dem Jahre 1950 als starke Gruppe immer wieder vorbildlich für Vertrauen und Zusammenarbeit in den ehemaligen deutschen Ostgebieten gesorgt. Wir wurden dort angenommen. Die Erfolgsliste ist lang.

Ich erwarte von meiner Regierung und von den Medien, dass uns Vertriebenen das Grundrecht der Bewahrung unserer Geschichte und der Erinnerung an unsere Toten wie jeder anderen Volksgruppe gewährt wird.

Ich bin sehr oft (etwa 60 Mal) in Ostpreußen gewesen und habe dafür zeitweise ein kostenloses Dauervisum der dortigen Behörden erhalten. Im Lande wurde ich nicht überwacht und nicht gegängelt. Ich habe die russische Sprache erlernt und habe sie in vielen Predigten, Gesprächen und Verhandlungen eingesetzt. Ich bin ohne „Liebesgaben“ als Partner in verschiedenen Missionen gereist. Aus meinem Unrechtsempfinden von Vertreibung habe ich nie einen Hehl gemacht und habe trotzdem bis heute zuverlässige polnische und russische Freunde.

Dieser Weg der Verständigung sollte fortgesetzt werden. Das Gesetz der Sippenhaftung gehört für Europa endgültig abgeschafft.

Klaus Schulz-Sandhof, Drethem

Schockierend!

Zur Anzeige „Dieser Lügen-Bär verkohlt die Welt“ (Nr. 1)

1. Die Bezeichnung „Anzeige“ bemerkten wohl nur Lupennützer auf Anhieb.

2. Der schockierende Stil im Text dieser Anzeige ließ mich sicherstellen, dass ich tatsächlich eine Ausgabe der *Preußische Allgemeine Zeitung* vor mir hatte.

3. Obwohl durchaus nicht Anhängerin der „Klima-Spinnerei“, finde ich es schlimm, wenn „unsere“ Zeitung sich in dieser Weise zu diesem Thema äußert, denn in irgendeiner Weise identifiziert sich das veröffentlichende Organ ja doch mit den Anzeigen. Immer noch fassungslos.

Helma Boborowski, Creglingen

Recht des BdV

Zu: „Warschau zeigt schweigend die Instrumente“ (Nr. 2)

Dem BdV sollte das Recht zugestanden werden, alleine zu entscheiden, wer in den Beirat der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ zu delegieren ist. Westerwelle und Co. sind dagegen bemüht, die Vertriebenen auszugrenzen. Auch die Bundeskanzlerin Angela Merkel hält sich hier weiter bedeckt.

Frank v. Hoyningen, Dresden

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.



Soldaten mit Kritik am Afghanistan-Einsatz vor den Kopf gestoßen: Die EKD-Ratsvorsitzende Margot Käßmann mit dem Kommandeur der 1. Panzerdivision, Generalmajor Markus Kneip. Bild: pa

Für christliche Friedfertigkeit

Zu: „Käßmann unter Druck“ (Nr. 1)

Nicht jede politische Wortmeldung kirchlicher Repräsentanten lässt sich unwidersprochen hinnehmen. Die zum Teil barsche Kritik an der Dresdner Predigt der Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche Deutschland (EKD), Margot Käßmann, so auch in Ihrer Zeitung, ist sachlich jedoch kaum nachzuvollziehen.

Immerhin setzt sich Frau Käßmann in ihrer Predigt für christliche Friedfertigkeit, für verantwortungsbewusstes politisches Handeln und für mehr Phantasie für den Frieden ein.

Ihre Forderung nach Beendigung unseres militärischen Engagements in Afghanistan ist bei unvoreingenommener Beurteilung und mit Blick auf die sich seit Jahren abzeichnende katastrophale Entwicklung dort wie auch im Rückblick auf die mehr als fragwürdige Begründung unseres militärischen Einsatzes in dieser Region mehr als verständlich und keineswegs naiv.

Die Parlamentarier, die diesen Einsatz beschlossen haben, sind sicher keine abenteuerlustigen Kriegstreiber. Eine überzeugend schlüssige Erklärung dafür, dass Deutschland am Hindukusch verteidigt werden muss und warum die Bundeswehr sich von einer Verteidigungsarmee zu einer Interventionsarmee wandeln muss, sind die politisch Verantwortlichen ihrem Volk bisher jedoch schuldig geblieben.

Otto Schmidt, Hamburg

Man stelle sich vor, es ginge um Frauen

Zu: „Den gordischen Knoten lösen“ (Nr. 1)

Man stelle sich einmal vor, in Berlin sollte eine ständige Stiftung zu einer Ausstellung über die „Emanzipation der Frauen“ eingerichtet werden. In dem 13-köpfigen Stiftungsrat sind drei Plätze für die Frauen vorbehalten. Aus dem Benennungsrecht für diese drei Frauen wird nun ausgerechnet die Vorsitzende des Frauenrechtsvereins benannt, die vor vielen Jahren einmal ihre Stimme im Frauenrechtsverein gegen ein polnisches Begehren erhoben hat. Welch eine Dreistigkeit! Und die zehn männlichen Personen des Stiftungsrates fühlen sich an die Wand gedrückt. Eine Ungeheuerlichkeit! – Die Politik würde schnell etwas ändern, denn es gibt mehr Frauen – mindestens 50 Prozent aller Wählerstimmen! – als heute sich noch zum Unrecht der Vertreibung bekennende Wähler. Diese Bevölkerungsgruppe der Vertriebenen ist leider zu schwach, um eine politische Kraft darzustellen. So sehe ich die Steinbach-Affäre!

Döring v. Gottberg, Kiel

Merkel macht es wie schon Kohl

Zu: „Den gordischen Knoten lösen“ (Nr. 1)

Frau Steinbach hat meine Hochachtung. Sie hat sich damals von Kohl und seinen Kumpanen nicht von ihrem Kurs abbringen lassen und hoffentlich hält sie durch. Frau Merkel macht alles, was sie von ihrem Mentor Kohl gelernt hat: aussitzen, statt einzugreifen.

Eine Geschichtsstunde für Herrn Westerwelle: Schon beim Panslawistenkongress 1848 in Prag wurde gefordert, alle Deutschen östlich der Linie Stettin–Triest zu vertreiben. Die EU hat diese Nationen mit ihren Dekreten, entgegen den Menschenrechtsdeklarationen, aufgenommen. Damit hat sie sich ihr eigenes Grab geschaufelt.

Die SPD ist unten und die FDP folgt, denn so schnell vergessen die Menschen nicht.

Vom alten Abraham Lincoln gibt es einen schönen Spruch, den sollten sich unsere Politiker zu Herzen nehmen: „Man kann alle Leute einige Zeit und einige Leute alle Zeit, aber nicht alle Leute alle Zeit zum Narren halten.“

Horst Polakowski, Gernsheim

Werbung für die *PAZ* in Kanada

Zu: *PAZ*

Ich würde gerne von Quebec (Kanada) aus mehr für Ihren Umsatz tun, doch leider muss ich sagen, dass die Mitmenschen oft enttäuschend desinteressiert sind, wenn es darum geht, die Nase mal etwas tiefer ins politische Geschehen zu stecken. Ich nenne Ihnen aber gerne drei Adressen, an die Sie die *PAZ* zur Probe senden können. Vielleicht beißen die Interessenten an. Jedes Abonnement zählt. Ich hoffe, Ihnen gute Voraussetzungen geschaffen zu haben, um Ihre Leserschaft zu vermehren.

Ehrlich gesagt durchleben wir auch eine schwere, kritische Zeit, in welcher viele gradlinige Mitmenschen das Vertrauen an die Parteiakrobaten verloren haben, siehe Westerwelle!

Gerhard Mittelstaedt, Quebec, Kanada

Mondphasen falsch herum

Zu: Jahreskalender

Zunächst herzlichen Dank für den guten DINA3-Kalender. Leider sind aber die Mondphasen verkehrt angegeben. Da ich Jäger bin, bin ich sehr auf die Mondzeiten angewiesen.

Wenn Vollmond ist, das nächste Mal wird dies am 30. Januar sein, wird dies korrekt nur mit einem hellen Kreis angegeben. Wenn Neumond ist, der Mond also nicht zu sehen ist, wird dies mit einem schwarzen Fleck angegeben.

Die ostpreußischen Junker werden dies sicherlich noch wissen. So ist es in sämtlichen Jagdkalendern und Jagdzeitungen angegeben und ich nehme an, dass es so richtig ist.

Ich würde mich freuen, wenn sie ihre künftigen Jahreskalender dahingehend korrigieren.

Aloys Manthey, Witten-Heven

Wehlau nicht Labiau

Betr. Werbeprämie „20 Große Preußen“

Mit Interesse habe ich Ihre Broschüre „20 Große Preußen“ gelesen. Doch bei dem Artikel über Friedrich Wilhelm von Brandenburg ist Ihnen ein Fehler unterlaufen. Hier wird die Stadt Labiau erwähnt, als Ort für die Unterzeichnung des Vertrages, mit dem Preußen die Souveränität erlangt habe. Dies ist falsch. Richtig ist der Name Wehlau. Im Rathaus von Wehlau und im Titel des „Wehlauer Tagesblattes“ stand folgender Spruch: „Und Du Wehlau bist die kleinste unter den Städten Ostpreußens, denn in dir ist der Bund geschlossen worden (1657), der Preußen von Polen befreit hat.“

Joachim Fleischer, Kaarst

Anm. d. Red.: Der Labiauer Vertrag wurde 1656 mit Schweden geschlossen, der Wehlauer mit Polen.

Was für ein Demokratieverständnis hat Herr Westerwelle?

Zu: Leserbrief „Antwort der FDP-Geschäftsstelle“ (Nr. 52/53)

Ich gehe davon aus, dass der Inhalt des FDP-Schreibens zur unendlichen Geschichte Steinbach/Westerwelle der offizielle Standpunkt der FDP und des Herrn Westerwelle ist. Das Antwortschreiben hat mich, gelinde gesagt, entsetzt und das von einer Partei, die ich bei der letzten Bundestagswahl noch unterstützt habe.

Ich selbst bin kein Vertriebener, habe aber die Vertreibung der Deutschen aus den damaligen deutschen Ostgebieten hautnah miterlebt, darum begrüße ich die Initiative von Erika Steinbach, dieses Zentrum einzurichten, und habe deshalb eine besondere Hochachtung vor dieser Dame. Noch mehr Hochachtung habe ich für ihr Abstimmungsverhalten 1990 bei der Festlegung der deutsch-polnischen Grenze. Dabei muss ich noch längst nicht der Meinung von Frau Steinbach sein, aber es ist ihre ehrliche, demokratische Entscheidung und die respektiere ich. Frau Steinbach ist rechtmäßig und demokratisch in den deutschen Bundestag gewählt und ist dort bezüglich ihres Abstimmungsverhaltens nur ihrem Wissen und Gewissen verpflichtet und nicht Herrn Westerwelle oder der FDP.

Wenn ihr Abstimmungsverhalten Herrn Westerwelle und der FDP nicht gefällt, ist es demokratisch nicht legitim von Herrn Westerwelle, Frau Steinbach mit Sanktionen zu belegen. Das ist mit meinem Demokratieverständnis nicht zu vereinbaren und könnte böse Folgen für die Gesellschaft haben. So wird Demokratie- und Politikverdrossenheit erzeugt. Die Zeiten, wo ein Volkskammerabgeordneter im Sinne des Staatsratsvorsitzenden abzustimmen hatte, wenn er nicht nach Bautzen verschwinden wollte, sollten doch vorbei sein. Was für ein Demokratieverständnis haben Herr Westerwelle und die FDP eigentlich?

Dann behauptet Herr Westerwelle auch noch frech und ohne Gottesfurcht, sein Verhalten wäre im Sinne des gesamten deutschen Volkes, auch der Vertriebenen. Ich glaube, da irren Herr Westerwelle und die FDP sich aber gewaltig, denn wie kann ein deutscher Außenminister in China und anderswo glaubwürdig eine Demokratie vertreten, die er in Deutschland mit Füßen tritt? Da muss man sich doch fragen, ist die FDP noch eine demokratische Partei, oder ist es beim Herrn Westerwelle so wie bei seinem Vorbild Herrn Genscher, über den in einer Wochenzeitschrift zu lesen war, er sei der beste polnische Außenminister gewesen, den Polen je gehabt hätte. Wenn dies auch ironisch gemeint war, ein Körnchen Wahrheit steckt wohl drin.

Die ewige Gebetsleier der Politiker, allen voran die der FDP, Deutschland hätte den Krieg angefangen und müsste für die Folgen bezahlen, ist für mich nicht nachvollziehbar. Nein, nicht Deutschland hat den Krieg angefangen, es waren die Politiker und nicht nur deutsche Politiker. Oder glauben sie, mein Vater wäre freiwillig 1942 nach Russland marschiert, um einen Krieg zu beginnen? Es wäre viel lieber in seinem heimischen Westfalen geblieben und hätte friedlich seine Scholle bestellt.

Heinrich Kemme, Kiel

Fracksausen des Kommandeurs

Zu: Leserbrief „Nachts um 2 Uhr?“ (Nr. 1)

Ja, um 2 Uhr nachts. Jeder Landser könnte den „Fall Kundus“ widerspruchslos klären: Ein Konvoi mit Treibstoffnachschub wird, da ohne Begleitschutz, gekapert. Dazu bedarf es nicht einmal der Taliban, das schaffen auch ganz normale Afghanen. Der verantwortliche Kommandeur bekommt darob Fracksausen, da er unangenehme Fragen erwarten muss wegen Unterlassung des Konvoischutzes oder Nichteinhaltung von Dienstvorschriften und befiehlt in seiner Not die Vernichtung der ganzen Angelegenheit durch Bombardierung und Aufbauschung des simplen Diebstahls von einigen hundert Litern Treibstoff. Der ergatterte Treibstoff war natürlich eine willkommene Beute für die umliegenden Ortschaften, sich kostenlos zu bedienen, auch wenn es zwei Uhr nachts war. Das lohnte sich allemal und erinnert mich an die „Plünderung“ eines Lebensmittel-Depots auf dem Rückzug in Ostpreußen, wobei wir uns selbst bedienten. Juristen, die uns darauf hingewiesen hätten, dass wir ja Diebstahl begehen, hatten wir zum Glück nicht in unserer Einheit.

Ich behaupte daher, dass die Opfer ganz normale Afghanen waren. Im Übrigen hätte ich hinterher den Kommandeur zuerst einmal gefragt, warum er eine so aufwendige Maßnahme befohlen habe, die in keinem Verhältnis zum Wert der paar Liter Benzin steht. „Mit Kanonen auf Spatzen schießen“, sagte man früher. Dieser Mann wäre besser an einem Schreibtisch aufgehoben.

Dr. Hans-Wilhelm Wittmeier, Rösrath

Das Ostpreußenblatt

Nr. 3 – 23. Januar 2010

MELDUNGEN

300 000 Euro für »Wolfskinder«

Schloss Stetten / Wilna – Eine erfreuliche Bilanz kann Wolfgang Freiherr von Stetten über die bisherige Arbeit der von ihm ins Leben gerufenen Hilfsaktion „100 Litas für die Wolfskinder“ ziehen. Dieses erst vor zweieinhalb Jahren gegründete Hilfswerk für die als ostpreußische Waisenkinder in Litauen verbliebenen Menschen, denen bis heute keinerlei Unterstützung oder Entschädigung durch die Bundesrepublik Deutschland oder Russland zuteil wurde, erhielt bisher Spenden in Höhe von rund 300 000 Euro, mit denen auch viele Leser und Leserinnen der *PAZ* diese großartige Aktion unterstützen. Nicht zuletzt durch die Berichte in unserer Zeitung wurden sie angeregt, den noch in Litauen lebenden etwa 100 „Wolfskindern“ zu helfen. Sie übernahmen Patenschaften oder trugen mit Einzelspenden zu dem Gelingen dieser Hilfsaktion bei, zu der ihr Initiator als Honorarkonsul der Republik Litauen und ehemaliger Vorsitzender der Deutsch-Baltischen Parlamentariergruppe mit seinem großen Freundeskreis das Fundament schuf. So stammen 32 Prozent der bisher eingegangen Spenden aus dem Umfeld Schloss Stetten, 18 Prozent von Rotary-Clubs und Rotariern, denen dicht dahinter mit 16 Prozent die Leserschaft der *PAZ* folgt. Den Rest teilen sich die „Confrérie de la Chaîne des Rôtisseurs“ (elf Prozent), Johanniter und Ordensritter (acht Prozent) und viele Einzelspender (15 Prozent).

Besonders erfreulich ist, dass im Rahmen dieser Aktion rund 80 Patenschaften für die ehemaligen Waisenkinder übernommen wurden. Damit wird eine monatliche Unterstützung jedes „Wolfskindes“ mit nunmehr 50 Euro möglich, nachdem sie im Sommer vergangenen Jahres eine Sonderzahlung von 100 Euro erhalten hatten. Zum Weihnachtsfest gab es noch einmal 150 Euro, die Freude und der Dank der Empfänger waren groß. Über diese materielle Hilfe hinaus zählt für die – in ihrem Lebensabend kränkelnden und in kargen Verhältnissen lebenden – „Wolfskinder“ das Gefühl, nicht mehr vergessen zu sein. Und dazu tragen unsere Leserinnen und Leser mit ihren zum Teil sehr großzügigen Spenden bei (Information: Schloss Stetten, 74653 Künzelsau, Telefon 07940 / 126-0, Telefax 07940 / 55389).

Ruth Geede

Flugplatz geplant

Bodenhausen – In Bodenhausen, Kreis Goldap soll ein ziviler Flughafen für kleinere Zivilmaschinen entstehen. Das ist zumindest das Ziel der Goldaper Kommunalbehörden. Entsprechende Pläne sind bereits erarbeitet. Die Zustimmung des Zivilen Luftfahrtamtes liegt vor. Jetzt müssen der Investition noch die Ratsmitglieder der Stadt und einiger anderer Städte der Region zustimmen. Was die Finanzierung angeht, haben die Kommunalpolitiker vor, sich um EU-Mittel zu bemühen.

PAZ

Machtwort des Patriarchen

Vier »Nikoläuse« markieren jetzt die russischen Grenzen – Der westliche wurde im »Fischdorf« aufgestellt

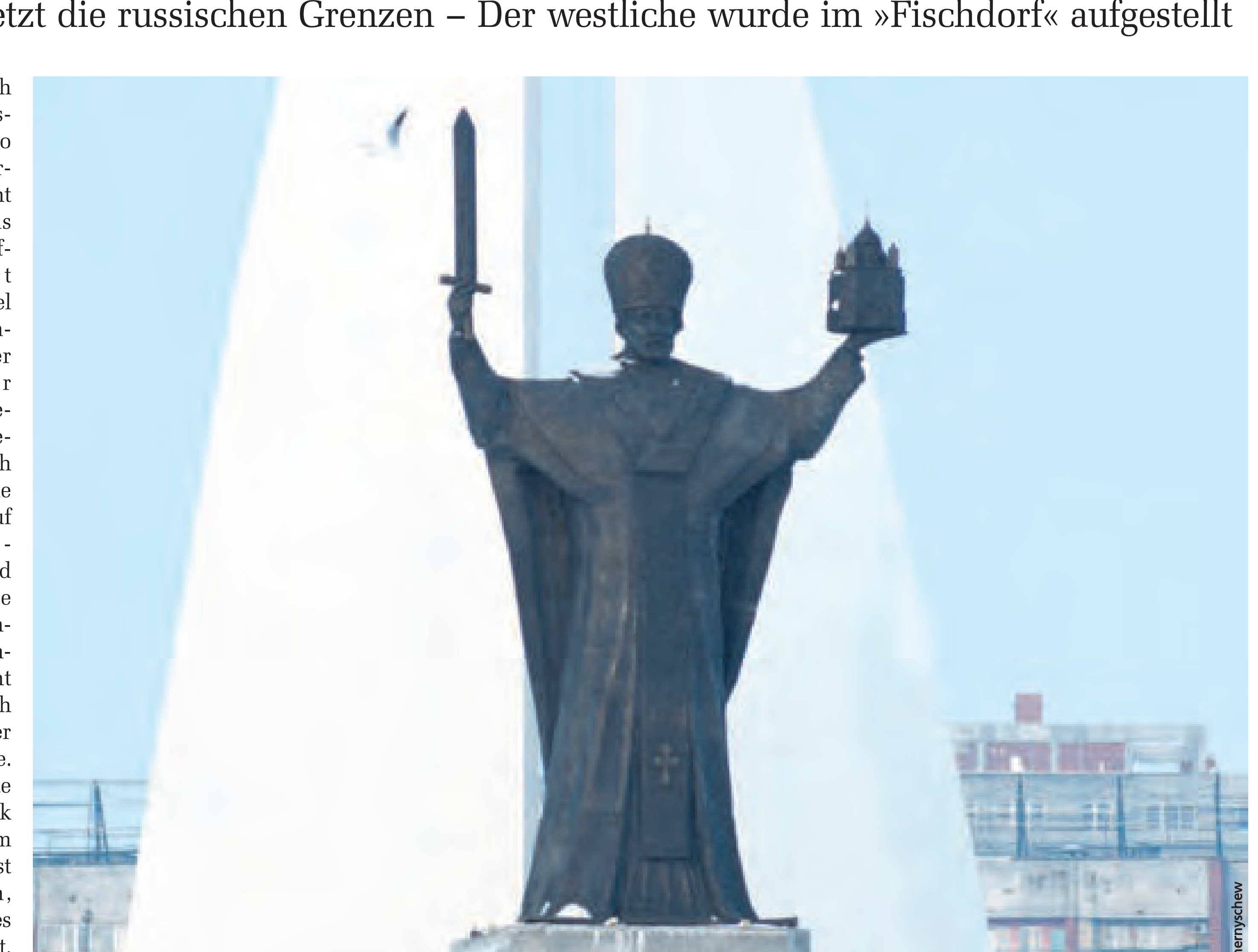
Königsberg hat seit Anfang Januar eine neue Sehenswürdigkeit: ein Denkmal zu Ehren des Heiligen Nikolaus. Nach langem Hin und Her, an welchem Ort die Plastik aufgestellt werden soll, fand sie am Pregelufer ihren endgültigen Standort.

Der Heilige Nikolaus wird in der russisch-orthodoxen Kirche mehr noch als in der abendländischen Christenheit als Wundertäter verehrt. Er wurde in der griechischen Kolonie Patara in der römischen Provinz Lykien in Kleinasien geboren. Der Heilige Nikolaus gilt als Patron der Seefahrer und Kaufleute. Er lebte vermutlich von 275 bis 345 und war Erzbischof von Lykien. Im Gegensatz zur katholischen Kirche, die den Nikolaustag am 6. Dezember begeht, feiert die russisch-orthodoxe Kirche ihn am 19. Dezember. Grund der Termin-Differenz ist die gregorianische Kalenderreform von 1582.

Fünf Jahre hat es gedauert, bis für das Denkmal zu Ehren des Heiligen Nikolaus ein geeigneter Platz gefunden war. Die Bronzeplastik war der Stadt bereits 2004 von der Königsberger Stiftung des Heiligen Nikolaus geschenkt worden. Ähnliche Denkmäler gibt es im hohen Norden, im Süden und im Osten. Nach der Idee der Stifter werden diese nun, nachdem das Denkmal im äußersten Westen der Russischen Föderation aufgestellt ist, symbolisch für die „heilige Einheit Russlands“ stehen.

Die Plastik wurde von der Gesellschaft „Mäzene Russlands“ finanziert. Das acht Meter hohe und sechs Tonnen schwere Denkmal hat über 35 Millionen Rubel (822 000 Euro) gekostet.

Im Frühjahr 2005 hatte der damalige Gouverneur Wladimir Jegorow einen Beschluss zur Aufstellung des Denkmals am Pregelkai neben dem Denkmal für die Meeresfischer unterschrieben. Gegen diese Nachbarschaft wehrte sich jedoch die Kapitäns-Vereinigung, so dass nach Alternativen gesucht wurde. Als nächster Aufstellungsort wurde die Insel Kosse im Hafenbecken der Königsberger Bucht vorgeschlagen. Jedoch stellte sich heraus, dass die Insel auf Schwemmgrund liegt und die schwere Plastik mit ihren sechs Tonnen Gewicht womöglich nicht auf Dauer tragen würde. Dann plante man, die Plastik zum Jubiläum 60 Jahre Oblast aufzustellen, doch gelang es wieder nicht, sich auf einen Ort für das Denkmal zu einigen. Nach langen Überlegungen schlug der Künstlerrat im Bürgermeisteramt den heutigen Standort, das „Fischdorf“, vor.



Zwei Sehenswürdigkeiten im Königsbergs Stadtzentrum: Der Heilige Nikolaus vor dem Denkmal für die Fischer

Zuvor waren noch unter anderem die Oktjabrskij Straße (im Bereich der ehemaligen Straßen Münchenhofplatz, Lindenstraße, Weidendamm, Brückenstraße, Viehmarkt, Brismannstraße), die Portowoj und der Kneiphof als Orte für das Denkmal im Gespräch gewesen. Darüber hinaus gab es Ideen, es in einer anderen Stadt aufzustellen, zum Beispiel in Neukuhren oder Pillau.

Im Frühjahr 2009 hatte der Patriarch des Königsberger Gebiets und von ganz Russland Kyrill während seiner Visite das Ozeanmuseum besucht. Er machte Bekanntschaft mit der Plastik und ordnete an, sie am Pregelufer „Peter der Große“ neben dem Denkmal für die Fischer aufzustellen, das nun zum Bestand des Ozeanmuseums gehört.

> Acht Meter hoch, sechs Tonnen schwer

Dieses weiße Monument aus Zement wird im Volksmund „zerschlagene Flasche“ genannt. Es erinnert an zwei Segelschiffe und wurde 1978 im Zentrum aufgestellt.

Nun stehen die beiden Sehenswürdigkeiten jedes für sich im Stadtzentrum und sind für alle Vorbeifahrenden von der Pregelbrücke aus gut zu sehen. Für viele Königsberger war das Auftauchen dieser Sehenswürdigkeit eine durchaus große Überraschung, viele Vorübergehende fragten sich bereits, was es wohl darstellen solle.

Einige vermuteten, dass es sich um irgendeinen Zar oder König handele. Tatsächlich ähnelt die Mitra auf dem Kopf des Heiligen Nikolaus von ferne einer Krone. In den Händen hält er ein Schwert und eine Kirche, die von weitem für ein Zepter, eine Krone oder einen Reichsapfel gehalten werden könnte.

Beide Denkmäler bilden nun einen einheitlichen Skulpturen-Komplex und ergänzen einander. Das „Drama“ nach der Suche eines geeigneten Platzes für das Denkmal hat nun ein Ende, der Streit über die Zweckmäßigkeit dieser Wahl hält indessen an.

Jurij Tschernyschew

Königsberg als tickende Zeitbombe

Schluderiger Umgang mit alten Munitionsbeständen gefährdet die Sicherheit der Gebietsbevölkerung

Valentin Milowski, Ex-Offizier der Baltischen Flotte, lebt seit 1954 in Königsberg, für das er sich nach seiner Pensionierung zu interessieren begann. So entstand sein deutsch-russisches „Fotoalbum mit Anmerkungen“ zu „Spuren der Vergangenheit“, das im Internet (milovsky-gallery.albertina.ru) zu sehen ist. Besonders ausführlich hat Milowski „Spuren des Zweiten Weltkriegs“ dokumentiert, weil die heutigen Einwohner nach wie vor viel von unterirdischen deutschen Munitionsfabriken erzählen und in Stadt wie Region noch ungezählte Blindgänger gefunden werden.

Gäbe es nur diese Sorge, würde kein Königsberger Hahn danach krähen und die Arbeit am Projekt „Tourismus-Mekka Königsberg“ flott voran gehen. Davon kann leider keine Rede sein: In Russland häufen sich Explosionsunglücke in Militärdepots, das bislang letzte ereignete sich Mitte November 2009 in Uljanowsk an der Wolga. Die Wirkung war verheerend und sie könnte sich in Königsberg wiederholen, das eine ähnlich tickende Zeitbombe ist. Unter dem Eindruck von Uljanowsk begann Anfang Dezember in Königsberg und Umgebung eine Inventur militärischer Sprengstoff- und Munitionsbestände, deren erste Resultate den Zivilschützern unter Georgi Mchitarow Schrecken einjagen: Die allgegenwärtigen Munitionsdepots unterliegen keiner zentralen Aufsicht, in ihrer Nachbarschaft stehen Erdöllager und Fabriken – ein Horror!

> Munitionsdepots unterliegen keiner zentralen Aufsicht

Anschauung vermittelt Zimmerbude am Frischen Haff. Wie die mutige „Nesawissimaja Gaseta“ (Unabhängige Zeitung) berichtete, liegt im Stadtzentrum das Magazin für 1000 Tonnen abgeschriebener Torpedo- und Minenbestände der Baltischen Flotte. Gleich nebenan werden Raketen und Geschützmunition aufbewahrt und der Ölterminal „Baltnaft“ gebaut. Auch wächst die städtische Industriezone auf die Waffenlager zu

Selbst Militärstaatsanwälten missfällt dieser Wahnsinn von Zimmerbude. Politiker wie die Stadtabgeordnetete Julia Rubisch erinnern sich, dass es vor Jahren ein Referendum gegen die Öllager im Stadtzentrum gab, dem am Ende ganze 30 Stimmen zum Erfolg fehlten.

Sollten in Zimmerbude die Munitionsdepots explodieren, müsste man die Stadt von der Landkarte löschen und ein paar andere dazu, befürchtet Wladimir Wukolow, Vizepräsident des Regionalparlaments (Duma). Zu den gefährdeten Städten gehört auch Königsberg, in dessen Vorstädten zahlreiche Kasernen stehen, besonders solche von Artillerieeinheiten mit riesigen Munitionsdepots.

> Wahnsinn: Bau eines Ölterminals neben einem Munitionslager

Michail Tschesalin, Regionalchef der Reformpartei Patrioten Russlands, befürchtet, dass die aktuelle Inventur der Munitionsbestände nur die „übliche Marktschreierei“ ist, weil niemand sich jemals daran erinnerte, dass in Russland gesetzlich verboten ist, in der Nähe militärischer Depots Zivilbauten zu errichten, die erhöhter Gefährdung ausgesetzt wären.

Gelten russische Gesetze für russische Militärs? Als Anfang der 1990er Jahre sowjetische Besatzungstruppen aus Polen und der DDR, wo sie 410 000 Mann zählten, abgezogen wurden, haben sie Waffen und Munition mitgenommen und zum größten Teil im Königsberger Gebiet gelagert. Dort liegen sie und verbreiten wachsende Angst, vor allem im benachbarten Litauen. Dieses weigert sich seit Jahren kategorisch, russische Gefahrentransporte über sein Territorium in die Exklave Königsberg oder aus dieser heraus zu lassen. Der einzige Ausweg wäre, vor Ort Fabriken zu errichten, die die Waffen und Sprengmittel fachgerecht entsorgen. In ihrem Bericht äußerte die „Nesawissimaja Gaseta“ die Befürchtung, dass daraus nichts wird: „Seit Jahrzehnten wird darüber geredet, aber bislang hat es noch keine konkreten Schritte in dieser Richtung gegeben.“

Wolf Oschlies

»Absolute Unterstützung«

Festakt 60 Jahre Sudetendeutsche Jugend mit Haderthauer

Die Sudetendeutsche Jugend (SdJ) feierte am 16. Januar in München ihr 60-jähriges Bestehen. Auf dem Festakt im Sudetendeutschen Haus erklärte sich Bayerns Sozialministerin Christine Haderthauer mit Erika Steinbach solidarisch. Die Festrednerin forderte uneingeschränkt einen Sitz der BdV-Präsidentin im Stiftungsbeirat der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“: „Es bleibt bei der absoluten Unterstützung von Erika Steinbach durch Bayern!“ Der Europaparlamentarier Bernd Posselt (CSU), der auch Sprecher der Sudetendeutschen Volksgruppe ist, sprach bei der Veranstaltung von einer „skandalösen Kampagne gegen Erika Steinbach“.

Ihrem Gastgeber, dem Jubilar, bescheinigte die Festrednerin eine „zukunftsorientierte Jugendarbeit“. „Die Sudetendeutsche Jugend ist ein wichtiger Brückenbauer im gemeinsamen Europa“, sagte Haderthauer. Wer Zukunft gestalten will, dürfe die Vergangenheit nicht ausblenden.

Posselt sieht die grenzüberschreitenden Aktivitäten des Jugendverbands als gute Voraussetzung für die Versöhnung. „Denn ohne Verständigung gibt es keine Versöhnung.“ Wenn deutsche und tschechische Jugendliche gemeinsam die Freizeit gestalteten, dann knüpften sie an die gemeinsame Geschichte der böhmischen Länder an.

»Skandalöse Kampagne gegen Steinbach«

Petr Vondruska vom tschechischen Jugendverband „Sojka-spolek mladych“ lobte die Zusammenarbeit mit der Sudetendeutschen Jugend: „Bei unseren Treffen spürt man, dass die Jugend beider Länder nicht mehr belastet ist von den Schatten der Vergangenheit.“ Beide Verbände lebten die Idee einer gemeinsamen Zukunft.

Der Bundesvorsitzende der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Franz Pany, bezeichnete die Arbeit der SdJ als „Kitt, der die Volksgruppe auch künftig zusammenhalten wird“. Schwerpunkte der Sudetendeutschen Jugend seien der Erhalt und die Weiterentwicklung des kulturellen Erbes sowie deutsch-tschechische Jugendbegegnungen.

Bernhard Goldhammer, der stellvertretende Bundesvorsitzende des Verbandes, hob hervor, dass das Recht auf Heimat der inzwischen in dritter Generation in den Vertreibungsgebieten lebenden Tschechen zu achten sei. Goldhammer forderte im Namen der SdJ ein weltweites Verbot von Vertreibungen. Er übergab Ministerin Haderthauer eine entsprechende „politische Erklärung der Sudetendeutschen Jugend“. *PAZ*

Ausgerechnet in Brasilien

Teil II: Santa Leopoldina zählt 90 Prozent Pommern

Allein im Bundesstaat Espirito Santo leben 150 000 Nachkommen von Einwanderern vorwiegend aus Hinterpommern. Die Einwanderung von Pommern in die Region begann vor 150 Jahren vor allem aus den Städten Belgard, Greifenberg, Kolberg, Labes, Regenwalde und Umgebung, Städte aus denen die einheimische Bevölkerung am Ende des Zweiten Weltkriegs vertrieben wurde und die unter polnische Souveränität gekommen sind. Espirito Santo war im 19. Jahrhundert das nördlichste Einwanderungsgebiet der Europäer in Brasilien. Seit 1859 und verstärkt seit 1873 war es in der Kolonie Santa Leopoldina, der ersten europäischen Siedlung der Region, zu einer großen Zuwanderung von pommerschen Einwanderern gekommen. Santa Leopoldina wurde schnell zur Mustersiedlung, die sogar die deutsche südbrasilianische Pioniersiedlung São Leopoldo an Zahl und Expansionskraft überragte. Die Pommern haben die deutschsprachige Einwanderung in Espirito Santo so dominiert, dass sie, ähnlich wie die Hunsrücker in Südbrasilien, ihren niederdeutschen Dialekt und ihre Sitten und Gebräuche allen deutschsprachigen Siedlungen in diesem Gebiet aufgeprägt haben. Die Gemeinde Santa Maria de Jetibá, die erst 1988 aus Santa Leopoldina ausgegliedert wurde, gilt heute mit einem Anteil von 90 Prozent Pommern als das Pommernzentrum Brasiliens. Als erste Siedlergruppe entwickelten die Pommern so etwas wie eine Bodenständigkeit, sie zeichneten sich auch durch ihre starken und alten Traditionen und als harte Arbeiter aus. Heute sind die Pommern die treibende Kraft in der Wirtschaft der Region und ihrer Kultur. Sie haben in der Regel innerhalb ihrer Gruppe geheiratet, deshalb ließen sie sich nicht mehr von anderen europäischen Gruppen absorbieren. Dies führte allerdings auch zu mehr Erbkrankheiten. Die pommerischen Gemeinden hielten auch nach 1938, als die deutsche Sprache aus den Schulen verbannt wurde, vor allem dank der evangelischen Kirche, die ihre Pfarrer weiter aus Deutschland bezog, an der deutschen Sprache als Kirchensprache fest. Die Kirche wurde nach der brasilianischen Nationalisierung der Schulen 1938 zum größten Faktor des Zusammenhalts in den Kolonien.

Die Kirche wurde 1938 größter Faktor des Zusammenhalts

Bodo Bost

Fortsetzung folgt

Lewe Landslied, liebe Familienfreunde

„Alles was zählt“ – das gilt seit jeher für Erfolge – nicht erst, seit das Fernsehen eine Vorabendserie so betitelt hat, und das gilt erst recht für unsere Ostpreußische Familie. Alles, was bei uns zählt sind die Erfolge, die durch unseren Leserkreis bewirkt werden, und dazu gehören nicht nur die kleinen und großen „Wunder“, sondern auch die Begegnungen, die sich aus der Veröffentlichung von Fragen und Antworten ergeben. Aber im Falle unserer „Wolfskinder“ – jener Landsleute, die im Kindesalter nach Litauen flüchteten und dort verblieben sind – zählt etwas noch mehr: nämlich die materielle Unterstützung durch die Hilfsaktion „100 Litas für Wolfskinder“, die ihnen im letzten Jahr zuteil wurde und zu der unsere Leserinnen und Leser durch die Übernahme von Patenschaften und zum Teil sehr großzügige Spenden beigetragen haben. Wir berichten darüber gesondert in der Meldungsspalte der Aufschlagseite des *Ostpreußenblattes*, aber der unerwartete Erfolg erscheint uns doch so wichtig, dass wir auch in unserer Familie darauf näher eingehen müssen.

Was das für unsere in Litauen verbliebenen Landsleute bedeutet, kann man nur verstehen, wenn man bedenkt, dass sie keine Unterstützung oder Entschädigung durch die Bundesrepublik Deutschland erhalten. Viele von ihnen konnten sich beruflich nicht qualifizieren, da ihre Schulausbildung mangelhaft gewesen war. Die litauischen Familien, bei denen die deutschen Waisen Zuflucht fanden, mussten die Kinder vor den sowjetischen Fahndern verbergen oder gaben sie als ihre eigenen aus. So verloren die vor allem aus dem nördlichen Ostpreußen stammenden Zwei- bis 14-Jährigen ihre Sprache, ihren Namen und damit auch ihre Identität. Etwa 150 von ihnen konnten in den letzten Jahren – oft unter schwierigen Umständen – nach Deutschland übersiedeln. Wir haben in unserer Kolumne oft über ihr Schicksal berichtet und konnten ihnen zum Teil durch die Verbindung zu hilfsbereiten Landsleuten das Einleben hier im Westen erleichtern. Viele sind unserer Zeitung treu geblieben wie ich jetzt gerade aus ihren Wünschen zum Jahreswechsel entnehmen konnte. Unvergessen bleiben für uns auch die Erfolge, wenn wir Verwandte finden oder sogar mithelfen konnten, die Identität eines „Wolfskindes“ zu klären. Manchmal kamen wir aber auch zu spät, da waren die Suchenden oder Gesuchten verstorben, das tut weh. Und auch die ungelösten Fälle, über lange Jahre immer wieder an uns herangetragen, sind die Steine auf unserem langen Suchweg, die nicht weggeräumt werden konnten. Jetzt aber freuen wir uns mit unsern Landsleuten in Litauen, die dort ihren Lebensabend verbringen wollen oder müssen – weil eine Übersiedlung nach Deutschland aus physischen und psychischen Gründen nicht möglich ist –, dass ihnen dieser nun dank der Spendenaktion wesentlich erleichtert wird. „Es ist spät, aber nicht zu spät“, wie Freiherr von Stetten sagt, und das lässt weiter hoffen

Hanna Günster (links) mit ihren Freundinnen Lydia Schneider und Luise (Ischen) Schwark: Wer Hinweise zu Frau Schneider oder Frau Schwark geben kann, wende sich an Familie Schneidewind, Grubenstraße 10, 57462 Olpe. Bild: privat

Manche Spender wollen öffentlich unbekannt bleiben, wie die 85-jährige Rastenburgerin mit ihrer 10 000-Euro-Gabe oder die gleichaltrige Memelländerin, die einen noch höheren Betrag spendete, weil sie sich besonders von dem Schicksal ihrer Landsleute angerührt fühlte. Sie war durch die litauische Währung Litas im Bericht über diese Aktion aufmerksam geworden, den **Anita Motzkus** im vergangenen Jahr für unsere Zeitung geschrieben hatte. Gerade dieser engagierte Artikel hat dazu beigetragen, dass der Anteil der *PAZ*-Spender solch einen hohen Stellenwert errang. Die aus dem Kreis Gerdauen Stammende ist selber als Kind bettelnd durch Litauen gezogen, und das verpflichtet sie noch heute zu einem unermüdlichen Einsatz für die „Wolfskinder“. Deshalb weiß sie auch, was 100 Litas für diese Menschen bedeuten. Für uns sind es 30 Euro! „Neben der materiellen Hilfe hat weit über die Hälfte der Wolfskinder zum ersten Mal die Möglichkeit erhalten, ein Konto zu eröffnen, und das trägt sehr zum Selbstgefühl bei!“, sagt Anita Motzkus.

Von Firmen, die als Spender auftreten, ist man nicht gerade Diskretion gewohnt, sie bleiben selten anonym, denn sie sehen ihre oft großzügigen Spenden als Werbeaktion in eigener Sache. Aber da kann man sich auch irren wie einer E-Mail von Frau **Karin Banse** aus Wieren zu entnehmen ist. Die Stellvertretende Vorsitzende der Kreisgemeinschaft Gumbinnen schreibt: „In der ‚Familie Extra‘ in der Weihnachtsausgabe der *PAZ* schreiben Sie über die anrührende Geschichte von **Ursula Strahl** in mageren Kriegszeiten, sie bittet die Firma Dr. Oetker um Zutaten zum Plätzchenbacken und bekommt diese auch.“ Im Antwortschreiben der Firma Dr. Oetker steht der Satz: „Aber das ist einmalig, bitte nicht Reklame machen!“ Man würde es damals der Firma durchaus nicht übel genommen haben, wenn sie damit verhindern wollte, dass nach einer Veröffentlichung eine Flut von ähnlichen Kinderbriefen die Folge gewesen wäre. Aber Frau Banse kann mit einem weiteren, sehr gewichtigen Beispiel aufwarten, denn die Kreisgemeinschaft Gumbinnen hat vor zwei Jahren Folgendes erleben können, wie sie uns mitteilt:

„In unserer Heimatstadt wurde geplant, das Fresko von Professor **Otto Heichert** ‚Empfang der Salzburger Emigranten vor König Friedrich Wilhelm I.‘ in der Aula der ehemaligen Friedrichschule zu restaurieren. Gemeinsam mit dem Salzburger Verein und der Vereinigung ehemaliger Friedrichschüler wurden viele Bittbriefe geschrieben. Und es trafen auch viele große und kleine Spenden ein, aber es reichte nicht. Erst als eine Delegation unserer Patenstadt Bielefeld im Jahr 2007 mit uns im heutigen Gusev war und die Restaurationsarbeiten in Augenschein genommen hatte, kam der Durchbruch. Voller Bewunderung für das Vorhaben und wahrscheinlich auch durch ein gutes Wort über unsere Bemühungen erfolgte eine großzügige Spende von der Rudolf-August-Oetker-Stiftung. So konnte das symbolträchtige Bild fachgerecht restauriert und die Aula wieder hergestellt werden. In dem Schreiben der Stiftung mit der Spendenzusage heißt es: ‚… wobei wir bitten möchten, über die Höhe der Zuwendungen gegenüber der Presse keine Angaben zu machen.‘ Wir sind dankbar für die Spende. Sie hat auch dazu beigetragen, dass unser Ansehen und die Anerkennung der Arbeit der Kreisgemeinschaft für unsere Heimatstadt deutlich gestiegen sind. Natürlich wurde auf der Spendentafel unter dem Fresko auch die Oetker-Stiftung genannt.“

Darüber kann man berichten, über die Höhe werden wir auch schweigen, selbst wenn sie uns bekannt wäre. Ihnen, liebe Frau Banse, einen herzlichen Dank für Ihre Ausführungen zu diesem für uns so wichtigen Thema.

In der letzten Zeit sind häufig Anfragen nach Orten aus Westpreußen und dem ehemaligen Warthegau an uns gerichtet worden, weil die Betreffenden sich nicht mit den durch die wechselvolle Geschichte mehrmals umbenannten Ortsnamen auskennen. Hier hat uns einer unserer eifrigsten Mitdenker, **Frank Schneidewind** aus Olpe, schon oft geholfen. Er konnte so manchem Fragesteller wichtige Hinweise und Auskünfte geben, weil er vor allem in alten Adressbüchern fündig wurde. Jetzt gibt er einen wichtigen Hinweis für alle diejenigen, die Orte in der ehemaligen Provinz Posen suchen oder andere wichtige Angaben über die Geschichte dieses Gebietes benötigen. Er bezieht sich auf eine Publikation, die von der Martin-Opitz-Bibliothek in Herne herausgegeben wurde. Es handelt sich um das „Historische Ortsverzeichnis der Provinz Posen und der Wojewodschaft Poznan (Posen)“, das alle Orte der Provinz Posen – Städte, Dörfer, Gutsbezirke und Wohnplätze – auf der Basis der Volkszählung von 1910 beziehungsweise 1905 umfasst. Sehr wichtig ist, dass auch die Struktur der Ortschaft zu jener Zeit, die Kreiszugehörigkeit, der deutsche Name sowie die Umbenennungen in den zwei Jahrzehnten zwischen den Kriegen, nach dem Polenfeldzug und der heute von den Polen benutzte Name angegeben sind. Die 232 Seiten starke Publikation ist zu beziehen über die Martin-Opitz-Bibliothek, Berliner Platz 5 in 44623 Herne.

Die ostpreußische Familie



Ruth Geede Foto: Pawlik

Gerne erfülle ich Herrn Schneidewind auch einen Wunsch, den er für seine Mutter **Hanna Günster** stellt, die ihm lange Jahre eine stille, fleißige Helferin in seiner landsmannschaftlichen Arbeit gewesen ist. Es geht um Menschen, mit denen die Familie nach der Flucht zusammen war. Hanna Günster * 1928, lebte bis zur Flucht im Februar 1945 gemeinsam mit ihrer Mutter und drei jüngeren Schwestern einige Jahre im östlichen Brandenburg. Die Frauen verschlug es zuerst nach Thüringen in den Raum Saalfeld. Dort lebten sie in den Ortschaften Kirchhasel und Teichwalden, die sie aber bald auf behördliche Anordnung verlassen mussten. Der Weitertransport erfolgte nach Schleswig-Holstein in die Wilstermarsch. Die Frauen bekamen Quartier auf dem großen Hof des Bauern **Wilkens** in Dammfleth bei Wilster. Hier an der holsteinischen Westküste fanden sie Kontakt auch zu anderen Heimatlosen, vor allem zu ostpreußischen Flüchtlingen aus dem Ermland. Aus diesen ersten Nachkriegsjahren bis 1949 blieben noch einige Fotos erhalten. Die Aufnahme, die wir hier veröffentlichen, zeigte Hanna Günster mit zwei anderen, damals wohl noch unverheirateten Frauen, deren Namen auf der Rückseite vermerkt sind: **Lydia Schneider** und **Luise** (**Ischen**) **Schwark**. Sie müssen zum Freundeskreis von Frau Günster gehört haben, sind wahrscheinlich auch Flüchtlinge, vielleicht aus dem Ermland. Der Name „Schwark“ deutet darauf hin. Im „Ploetz für Ermländer“ des Priesters **Lothar Ploetz** wird er unter den typisch ermländischen Namen aufgeführt. Von dem weiteren Verbleib ihrer damaligen Freundinnen ist Frau Günster nichts bekannt, die Verbindungen rissen später ab. Geklärt werden konnte das Schicksal einer anderen, damals noch unverheirateten Ostpreußin aus dem Kreis Mohrungen. **Erna Dreher** ist leider schon verstorben. Wenn sich eine der abgebildeten Freundinnen bei Herrn Schneidewinds Mutter melden würde, hätte der Sohn ihr mit diesem Suchwunsch eine große Freude bereitet. (Familie Schneidewind, Grubenstraße 10 in 57462 Olpe.)

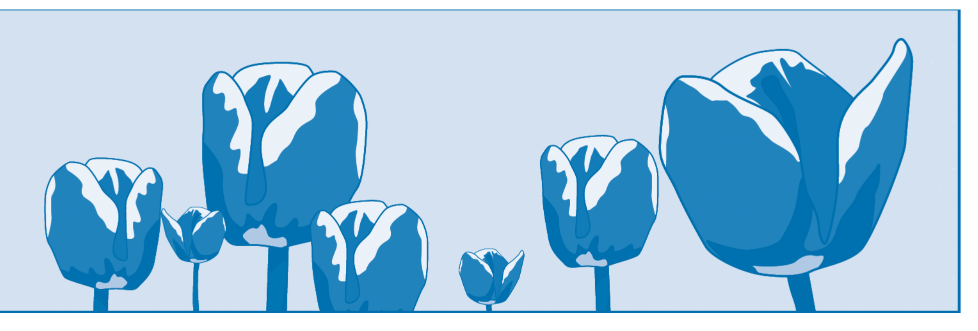
Es ehrt mich sehr, wenn ich als „lebendes ostpreußisches Lexikon“ bezeichnet werde, aber auch das umfangreichste hat Lücken, und erst recht ein zweibeiniges. Frau **Roswitha Kulikowski** aus Hemmingen setzt sehr auf mein Erinnerungsvermögen, aber ich kann ihr nur sagen, dass ich die Königsberger Geschichte, nach der sie fragt, nie gehört habe. Ihr ist sie soweit bekannt, dass sie den Königsberger Dom betrifft. Dort soll einmal – wohl an einem Heiligen Abend – solch ein furchtbarer Schneesturm geherrscht haben, dass die Menschen, die an der für die Professoren bestimmten Domtür rüttelten, verzweifelt den sofortigen Einlass forderten. Wer weiß von dieser historischen Begebenheit? Frau Kulikowski würde sich freuen, und ich fülle auch gerne Lücken in meiner eigenen Königsberger Chronik auf. (Roswitha Kulikowski, Arnumer Straße 28, 30966 Hemmingen, OT Harkenbleck, Telefon 05101 / 2530.)

Eure

Ruth Geede

„Unsere Familie“ auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de

Wir gratulieren ...



ZUM 103. GEBURTSTAG

Pallesdies, Martha, geb. **Tamoschus**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Frederikenstraße 40, 45130 Essen, am 30. Januar

ZUM 100. GEBURTSTAG

Laser, Ida, geb. **Plath**, aus Frenzken, Kreis Ortelsburg, jetzt Rose Straße 30, Heim Brigitta, 23570 Travemünde, am 18. Januar

ZUM 99. GEBURTSTAG

Muschmann, Meta, geb. **Petrick**, aus Tewellen, Kreis Elchniederung, jetzt Siekhammer 29, 32758 Detmold, am 31. Januar

ZUM 98. GEBURTSTAG

Krosta, Hedwig, geb. **Senkbeil**, aus Rübenzahl, Kreis Lötzen, jetzt Blankenburger Straße 29, 06502 Thale, am 29. Januar

Scherotzki, Frieda, aus Lengau, Kreis Treuburg, jetzt Schlehdornstraße 7, 57223 Kreuztal, am 27. Januar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Dohrmann, Elisabeth, geb. **Laatsch**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Ezzilostraße 1, DRK-Altenheim, 91315 Höchstadt an der Aisch, am 25. Januar

Sauer, Ursula, geb. **Zimmermann**, aus Trempen, Kreis Insterburg, jetzt Am Holling 2, 26388 Wilhelmshaven, am 30. Januar

Schruba, Anna, geb. **Borowy**, aus Statzen, Kreis Lyck, jetzt Zurheiden 9, 53567 Asbach, am 31. Januar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Krause, Erwin, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Kantstraße 16, 29439 Lüchow, am 28. Januar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Matthee, Lisbeth, geb. **Fuchs**, aus Kickwieden, Kreis Ebenrode, jetzt Katzbach Straße 4, 81476 München, am 30. Januar

Wichert, Gerda, geb. **Sauff**, aus Magotten, Kreis Wehlau, jetzt Rudolf-Albrecht-Straße 44a, 31542 Bad Nenndorf, am 30. Januar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Geyer, Otto, aus Statzen, Kreis Lyck, jetzt Pommernstraße 54, 65428 Rüsselsheim, am 29. Januar

Klein, Helene, geb. **Mumedey**, verw. **Biallas**, aus Herzogskirchen, Kreis Treuburg, jetzt Sudheimer Straße 29 a, 37154 Northeim, am 31. Januar

Podufal, Robert, aus Jürgen, Kreis Treuburg, jetzt Steglitzer Straße 19h, 22045 Hamburg, am 29. Januar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bendzko, Ilse, geb. **Kullik**, aus Grabnick, Kreis Lyck, jetzt Rheiner Landstraße 147, Hermann-Bonnus-Heim, 49078 Osnabrück, am 31. Januar

Hausendorf, Christel, geb. **Korn**, aus Balga Abbau, Kreis Heiligenbeil, jetzt Rudergang 4a, bei Anita Schaller, 24159 Kiel, am 29. Januar

Klein, Waltraud, geb. **Galonska**, aus Großalbrechtsdorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Wesruffler Weg 25, 59457 Werl, am 31. Januar

Panne, Annemarie, geb. **Pruess**, aus Ebenrode, jetzt Karpendeller Weg 17, 40822 Mettmann, am 25. Januar

Sacher, Frieda, geb. **Voigt**, aus Schanzendorf, Kreis Ebenrode, jetzt Hugo-Zechau-Straße 34, 08309 Eibenstock, am 27. Januar

Szotowski, Lisbeth, geb. **Romoth**, aus Bärengrund, Kreis Treuburg, jetzt Bürgermeister-Drews-Straße 16, 24119 Kronshagen, am 27. Januar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Dinter, Erich, aus Partheinen, Kreis Heiligenbeil, jetzt Hirschbergstraße 10, 50939 Köln, am 27. Januar

Drescher, Erich, aus Lyck, Yorkstraße 20 a, jetzt Hülser Weg 33, 41564 Kaarst, am 28. Januar

Elksnat, Helene, geb. **Danner**, aus Neu-Trakehnen, Kreis Ebenrode, jetzt Rottmannstraße 45, 59229 Ahlen, am 29. Januar

Hofmann, Konrad, aus Koppershagen, Kreis Wehlau, jetzt Hamelstraße 19, 61350 Bad Homburg, am 25. Januar

Klingen, Hildegard, geb. **Schattner**, aus Kinderhausen, Kreis Ebenrode, jetzt Lessingstraße 9, 47799 Krefeld, am 28. Januar

Kulessa, Marie, geb. **Will**, aus Millau, Kreis Lyck, jetzt Birkenweg 3, 24808 Jevenstedt, am 31. Januar

Rencken, Elisabeth, geb. **Bernot**, aus Urbansprind, Kreis Elchniederung, jetzt Oberer Ehmschen 53, DRK-Senioren, Wohnsitz Zimmer 404, 25462 Rellingen, am 30. Januar

Stepputtis, Agathe, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Friedensstraße 15, 19306 Brenz, am 26. Januar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Albrecht, Hanna, geb. **Kunigkeit**, aus Willkassen, Kreis Treuburg, jetzt Schillerstraße 14, 58300 Wetter, am 28. Januar

Blum, Rotraut, geb. **Priedigkeit**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Am Mühlenacker 55, 50259 Pulheim, am 30. Januar

Dietrich, Gertrud, geb. **Tiedtke**, aus Schwarzstein, Kreis Rastenburg, jetzt Weinstraße 80, 67157 Wachenheim, am 26. Januar

Grossmann, Erika, geb. **Piwko**, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Bummelberg 5, 44149 Dortmund, am 27. Januar

Korff, Gertrud, geb. **Witt**, aus Schanzendorf, Kreis Ebenrode, jetzt Heinrich-Gebhard-Straße 20, 61239 Ober-Mörlen, am 31. Januar

Kruppa, Alfred, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, jetzt Philosophenweg 2, 31162 Bad Salzdetfurth, am 31. Januar

Lengtat, Eva, geb. **Oschlies**, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, jetzt Prenzlauer Straße 7, 38350 Helmstedt, am 29. Januar

Liegmann, Hedwig, geb. **Trumpa**, aus Neuschleuse, Kreis Elchniederung, jetzt Mildterhof, 25840 Friedrichstadt, am 30. Januar

Marienfeld, Martha, geb. **Przetak**, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Knochenbergstraße 16, 27356 Rotenburg, am 25. Januar

Nolting, Helene, geb. **Hempel**, aus Wehlau, Große Vorstadt, jetzt Flurstraße 9, 82256 Fürstenfeldbruck, am 27. Januar

Perschel, Elly, aus Palmnicken, jetzt Rembertistift 22, 28203 Bremen, am 25. Januar

Thomas, Margarete, geb. **Petrunk**, aus Biegiethen, Kreis Samland, jetzt Professor-Mendel-Straße 144, 52511 Geilenkirchen, am 29. Januar

Uhlig, Ursula, geb. **Burger**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Pappelallee 60/62, 10437 Berlin, am 28. Januar

Werner, Horst, aus Lengen, Kreis Ebenrode, jetzt Alter Kirchweg 171, 25474 Hasloh, am 25. Januar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Adomeit, Otto, aus Gerhardsheim, Kreis Elchniederung, jetzt Auf dem Schildchen 2, 57627 Hachenburg, am 31. Januar

Amenda, Erich, aus Pomedien, Kreis Wehlau, jetzt Am Rosenhof 13, 31812 Bad Pyrmont, am 25. Januar

Blohm, Helene, geb. **Reichelt**, aus Laukitten, Kreis Heiligenbeil, jetzt Dorfstraße 36, 18276 Mierendorf, am 27. Januar

Clasen, Willi, aus Wehlau, Oppener Straße, jetzt Grenzdamm 2, 25421 Pinneberg, am 30. Januar

Eck, Helga, geb. **Rother**, aus Tapiau, Gartenstraße, Kreis Wehlau, jetzt Schöningstedter Straße 68, 21465 Reinbek, am 25. Januar

Engel, Hertha, geb. **Kuhn**, aus Mohrungen, jetzt Hahnenberg, 23968 Beckerwitz/Wismar, am 31. Januar

Fröhlian, Else, aus Lyck, jetzt Nieland 17, 25241 Pinneberg, am 30. Januar

Fürst, Margarete, geb. **Petrick**, aus Altengilge, Kreis Elchniederung, jetzt Bürgerwohlsweg 66, 28215 Bremen, am 29. Januar

Hagemann, Paula, geb. **Niedzwetzki**, aus Scharfenrade, Kreis Lyck, jetzt Hebbelstraße 2-4, 59075 Hamm, am 26. Januar

Kirchner, Irmgard, geb. **Pietsch**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, jetzt Naubergstraße 28, 57645 Nister, am 31. Januar

König, Willi, aus Millau, Kreis Lyck, jetzt Straße der Freundschaft 13, 06774 Mühlbeck, am 27. Januar

Krummel, Hildegard, geb. **Seyda**, aus Rodefeld, Kreis Ortelsburg, jetzt Stettiner Straße 7, 34560 Fritzlar, am 28. Januar

Lippek, Fritz, aus Waldpusch, Kreis Ortelsburg, jetzt Bormannskamp 3, 21683 Stade, am 26. Januar

Lukat, Edith, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, jetzt In der Höll 7, 77704 Oberkirch, am 31. Januar

Marholz, Erika, geb. **Skerswetat**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Zum Damm 7, 24768 Rendsburg, am 26. Januar

Meike, Erika, aus Lyck, jetzt Loskamp 82, 45329 Essen, am 27. Januar

Meyer, Eva, geb. **Melzer**, aus Groß Hasselberg, Kreis Heiligenbeil, jetzt Kastanienplatz 8, 37412 Herzberg, am 22. Januar

Neumann, Agnes, aus Marienburg, jetzt Große Johannisstraße 122, 28199 Bremen, am 30. Januar

Paetzold, Hannelore, aus Hansbruch, Kreis Lyck, jetzt Gebrüder-Plitt-Straße 53, 35083 Wetter, am 25. Januar

Pawellek, Johann, aus Ruttkau, Kreis Ortelsburg, jetzt Erbstollenstraße 29, 58454 Witten, am 29. Januar

Reininger, Gerda, geb. **Linkner**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Rilckestraße 2, 73760 Ostfildern, 25. Januar

Rittrich, Margarete, geb. **Weller**, aus Lyck, Blücherstraße 2, jetzt Dornaer Straße 5, 07545 Gera, am 31. Januar

Rosenfeld, Irmgard, geb. **Kloß**, aus Fuchshügel, Neulepkau, Kreis Wehlau, jetzt Schöppenstedterstraße 20, 37100 Braunschweig, am 25. Januar

Saborowski, Kurt, aus Krupinnen, Kreis Treuburg, jetzt Lorettostraße 17, 79100 Freiburg, am 30. Januar

Scheiba, Renate, aus Georgenburg, Kreis Insterburg, jetzt Am Tiergarten, 26603 Aurich, am 25. Januar

Schimanski, Herbert, aus Seehag Jablonken, Kreis Neidenburg, jetzt Wehrbruchweg 11, 41748 Viersen, am 5. Januar

Schori, Frieda, geb. **Bunsch**, aus Amalienhof, Kreis Ebenrode, jetzt Melferstraße 24, 42477 Radevormwald, am 30. Januar

Skau, Ruth, geb. **Raabe**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, jetzt Osterstraße 9, 24983 Handewitt, am 27. Januar

Skrandzewski, Frieda, geb. **Tausendfreund**, aus Holzmühlen, Kreis Ebenrode, jetzt Von-Borkke-Straße 32, 31275 Gehrte, am 28. Januar

Willhöft, Grete, geb. **Schepput**, aus Streulage, Kreis Elchniederung, jetzt Glindkamp 26, 22145 Hamburg, am 31. Januar

Zindler, Margot, geb. **Grommek**, aus Mohrungen, jetzt Goethestraße 50, 26123 Oldenburg, am 29. Januar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Baumgart, Paul, aus Baitenberg, Kreis Lyck, jetzt Sudetenlandstraße 5d, 24537 Neumünster, am 30. Januar

Biebl, Ilse, geb. **Kowalzik**, aus Zeysen, Kreis Lyck, jetzt Plingauser Straße 13, 94086 Griesbach, am 25. Januar

Böhm, Herbert, aus Königsberg, Nasser Garten 148, jetzt Maulwurfweg 22, 18055 Rostock, 13. Januar

Carstensen, Dorit, geb. **Schulz**, aus Ebenrode, jetzt Südring 173, 55128 Mainz, am 26. Januar

Czycholl, Ruth, geb. **Fischer**, aus Herzogskirchen, Kreis Treuburg, jetzt Fliederweg 3, Waldaubach, 35759 Driesdorf, am 26. Januar

Dittrich, Martha, geb. **Posiwio**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, jetzt Grünrath 2a, 07973 Greiz, am 28. Januar

Grau, Elisabeth, geb. **Brandt**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, jetzt Königsberger Allee 72, 25524 Itzehoe, am 31. Januar

Feigenbaum, Eva, geb. **Preiksch**, aus Goldach, Kreis Wehlau, jetzt Leopoldstraße 17, 77933 Lahr, am 31. Januar

Ginnow, Brunhilde, geb. **Baering**, aus Kreis Samland, jetzt Heinrichstraße 28, 44536 Lünen, am 29. Januar

Grünberg, Ursula, geb. **Holl**, aus Ebenrode, jetzt Kreuzdornweg 13, 83555 Gars-Bahnhof, am 27. Januar

Hellwig, Gisela, geb. **Pilleschewski**, aus Treuburg, jetzt Postallee 45a, 45964 Gladbeck, am 28. Januar

Hortian, Grete, geb. **Pietrowski**, aus Seebrücken, Kreis Lyck, jetzt Glückstraße 5, 58708 Menden, am 27. Januar

Kryssmann, Irmgard, geb. **Babst**, aus Ebenrode, jetzt Kameruner Straße 36, 13351 Berlin, am 28. Januar

Lau, Herbert, aus Bönkenwalde, Kreis Heiligenbeil, jetzt Hans-Grade-Ring 44, 14480 Potsdam, am 10. Januar

Lukat, Ernst, aus Kieckwieden, Kreis Ebenrode, jetzt Fischerstraße 22, 19406 Sternberg, am 29. Januar

Mack, Günter, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 69, jetzt Schubertstraße 37, 29223 Celle, am 31. Januar

Mahler, Günter, aus Wehlau, jetzt Tornauer Straße 33, 39576 Stendal, am 28. Januar

Mallasch, Gerhard, aus Wehlau, Große Vorstadt, jetzt Am Listholze 75, 30177 Hannover, am 26. Januar

May, Manfred, aus Königsberg, Rosenkranzallee 6a, jetzt Tuchmattenweg 4, 77933 Lahr / Schwarzwald, am 31. Januar

Neumann, Franz, aus Deschen, Kreis Elchniederung, jetzt Schopenhauerstraße 16, 12625 Waldesruh, am 26. Januar

Neumann, Irmtraut, geb. **Chylek**, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, jetzt An den Berken 44, 58239 Schwerte, am 30. Januar

Papajewski, Heinz, aus Braynicken, Alfredshof, Kreis Neidenburg, jetzt Farrelweg 14, 30916 Isernhagen, am 14. Januar

Rinskus, Egon, aus Ebenrode, jetzt Plauensche Straße 18, 08547 Jößnitz, am 26. Januar

Schramm, Irmgard, geb. **Bittrich**, aus Grünweide, Kreis Ebenrode, jetzt Ostlandstraße 11, 31311 Melze, am 28. Januar

Schreiber, Ursula, geb. **Bach**, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, jetzt Dorfstraße 28, 99510 Schöten, am 30. Januar

Schrottmann, Ruth, geb. **Quednau**, aus Windberge, Kreis Ebenrode, jetzt Breslauer Straße 43, 76139 Karlsruhe, am 27. Januar

Spogat, Lothar, aus Gruten, Kreis Elchniederung, jetzt Ortsstr. 27, 07985 Hohndorf, am 27. Januar

Steinkat, Rodi, aus Königsberg, Hans St. Annen Straße 46a, jetzt Sophienstraße 30, 48145 Münster, am 28. Januar

Tornowski, Gerhard, aus Kalkhof, Kreis Treuburg, jetzt Moltkestraße 50, 47058 Duisburg, am 27. Januar

Wagner, Günter, aus Kelchdorf, Kreis Treuburg, jetzt Kickersburg 6, 42279 Wuppertal, am 31. Januar

Zilz, Edgar, aus Schleusen, Kreis Ebenrode, jetzt In Grabäcker 10, 78647 Trossingen, am 29. Januar

Zwillus, Rudi, aus Grünhayn, Johannenhof, Kreis Wehlau, jetzt Schlesier Weg 13, 31787 Hameln, am 28. Januar



Goldene Hochzeit

Melzer, Werner, aus Ketzwalde, Kreis Osterode, und Frau Ursula, jetzt Dessau, am 28. Januar

VERANSTALTUNGSKALENDER DER LO

Jahr 2010

6./7. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont

23./25. April: Kulturreferentenseminar in Bad Pyrmont

24./25. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine in Allenstein

3.–5. Mai: Arbeitstagung der Landesfrauenleiterinnen im Ostheim, Bad Pyrmont.

21./24. Mai: Ostpreußisches Musikwochenende in Bad Pyrmont

26. Juni: Deutsches Sommerfest der Landsmannschaft Ostpreußen in Allenstein

24.–26. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont

11.–17. Oktober: 56. Werkwoche in Bad Pyrmont

29.–31. Oktober: Seminar über Agnes Miegel in Bad Pyrmont

6./7. November: Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont

8.–12. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont

Auskünfte bei der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080. Auf einzelne Veranstaltungen wird hingewiesen. Änderungen bleiben vorbehalten.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Sonnabend, 23. Januar, 20.05 Uhr, N24: Hitlers Atlantikwall.

Sonnabend, 23. Januar, 20.15 Uhr, Phoenix: Hitlers Verbündete (1/3).

Sonnabend, 23. Januar, 21 Uhr, Phoenix: Verschlusssache „Waffenbrüder“.

Sonnabend, 23. Januar, 21.10 Uhr, n-tv: Bomben gegen Deutschland.

Sonnabend, 23. Januar, 22.10 Uhr, n-tv: Angriff auf die Tirpitz.

Sonnabend, 23. Januar, 22.25 Uhr, Vox: Spiegel TV Spezial. Der Krieg der Deutschen – Hitler gegen die Welt (2/2).

Sonntag, 24. Januar, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

Sonntag, 24. Januar, 20.15 Uhr, 2Neo: Die Fälscher.

Sonntag, 24. Januar, 22.10 Uhr, MDR: Königsberg – Kaliningrad. Eine deutsch-russische Versöhnungsgeschichte.

Sonntag, 24. Januar, 22.55 Uhr, MDR: Konzert aus dem Königsberger Dom. Das MDR Sinfonieorchester spielt unter anderem Werke von Bach.

Montag, 25. Januar, 20.15 Uhr, 3sat: Die Flucht. Flucht aus dem KZ Auschwitz.

Montag, 25. Januar, 20.15 Uhr, Phoenix: Affäre Nazigold – die Argentinien-Connection.

Dienstag, 26. Januar, 22 Uhr, WDR: Sackgasse Afghanistan? Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg in der Diskussion.

Mittwoch, 27. Januar, 20.15 Uhr, 3sat: Das Mordschloss – Schloss Hartheim bei Linz war während des NS-Regimes Ort für Massenmorde.

Mittwoch, 27. Januar, 20.15 Uhr, Arte: Shoah (2/2).

Mittwoch, 27. Januar, 20.15 Uhr, ARD: Zivilcourage. Sozialdrama mit Götz George.

Donnerstag, 28. Januar, 22.5 Uhr, RBB: Gerdas Schweigen.

»Wir gratulieren« auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

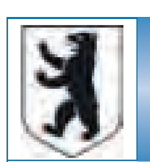
Ulm/Neu-Ulm – Sonnabend, 23. Januar, 14.30 Uhr, Schabbernachmittag der Gruppe in den „Ulmer Stuben“.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

München Nord/Süd – Sonnabend, 23. Januar, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München. Diavortrag von Elmar Schmid: „Thomas Mann und die Kurische Nehrung“. Zu Beginn gemeinsame Kaffeetafel.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Stresemannstraße 90, 10963 Berlin, Zimmer 440, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-blv.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 13 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

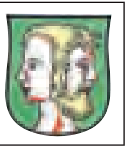




Gumbinnen, Johannisburg, Lötzen, Sensburg – Donnerstag, 4. Februar, 15 Uhr, erstes Treffen der vier Heimatkreise in den „Enzianstuben“, Enzianstraße 5, 12203 Berlin. Anfragen: Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633; Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681 oder Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917.



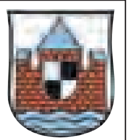
Heilsberg – Sonnabend, 6. Februar, 16 Uhr, Clubhaus Lankwitz, Gallwitzallee 53, 12249 Berlin, „Faschingsfeier“. Anfragen: Elisabeth Müller, Telefon (030) 69357; Benno Böse, Telefon (030) 7215570; Ernst Michutta, Telefon (05624) 6600.



Lyck – Sonnabend, 6. Februar, 15 Uhr, Ratsstuben JFK, Am Rathaus 9, 10825 Berlin. Anfragen: Peter Dziengel, Telefon (030) 8245479.



Rößel – Sonnabend, 6. Februar, 16 Uhr, Clubhaus Lankwitz, Gallwitzallee 53, 12249 Berlin, „Faschingsfeier“. Anfragen: Ernst Michutta, Telefon (05624) 6600; Elisabeth Müller, Telefon (030) 69357; Benno Böse, Telefon (030) 7215570.



Tilsit-Stadt – Sonnabend, 6. Februar, 15 Uhr, Ratskeller, Rathaus Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102. Anfragen: Heinz-Günther Meyer, Telefon 2751825



Tilsit-Ragnit – Sonnabend, 6. Februar, 15 Uhr, Ratskeller, Rathaus Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102. Anfragen: Heinz-Günther Meyer, Telefon 2751825



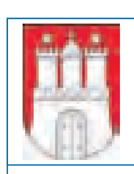
BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 250929, Fax (0421) 250188, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heidberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04398) 4682 22, E-Mail: g.hoegemann@online.de

Bremen – Sonnabend, 13. Februar, 15 Uhr (Einlass ab 14.15 Uhr), Bremer West- und Ostpreußentag mit Fleck und Klopsen im Hotel Airport, Flughafenallee 26, Bremen. Zum „Aufwärm“ gibt es zunächst ein Stück Kuchen mit Kaffee / Tee / Kakao. Für das Zwischenprogramm tritt erstmals die „Bremische-Männer-Chorgemeinschaft“ mit 50 Sängern unter der Leitung von Anna Koch auf. Das Essen beginnt mit dem traditionellen Pillkaller. Um die ordnungsgemäße Fleck-Zubereitung kümmert sich Vorstandsmitglied Hans Rummel. Eintritt und Essen für Mitglieder 19 Euro, 23 Euro für Nichtmitglieder, Eintritt ohne Essen 11 Euro (darin sind auch Kuchen und Pillkaller enthalten). Anmeldungen mit Nennung des Speisewunsches bei Frau Reiter, Kiebitzbrink 89, Telefon (0421) 271012, oder in der Geschäftsstelle der Gruppe, Parkstraße 4, 28209 Bremen, Telefon (0421) 3469718. Das Geld kann auch überwiesen werden.

Bremerhaven – Freitag, 29. Januar, 11.30 Uhr, Kohltour der Gruppe. Als Kohlkönigin hat Ella Till die Organisation des Grünkohlessens übernommen. Wanderfreudige Mitglieder treffen sich um 11.30 Uhr auf dem Parkplatz bei „Rewe“, Georg-Seebeck-Straße. Ausgerüstet mit „Marschverpflegung“ geht es auf Umwegen zum Kleingartenverein Süd, wo um 13 Uhr Kohl mit Pinkel serviert werden wird. Kosten 13 Euro, Anmeldung bis zum 19. Januar unter Telefon 86176.

Die Seiten der »Heimatarbeit« finden Sie auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

Sonnabend, 30. Januar, 11 Uhr, **Neujahrsempfang der ost- und mitteldeutschen Landsmannschaften** (LvD) im Haus der Heimat, Teilfeld 8 (gegenüber S-Bahnstation Stadthausbrücke oder U3-Station Rödingsmarkt.

Sonntag, 7. März, 13 Uhr, **Besuch der Dittchenbühne** in Elmshorn. Gespielt wird die Komödie „Sturmgeselle Sokrates“ von Hermann Sudermann. Tagesablauf: 13 Uhr, Abfahrt des Busses vom Gasthaus Waldquelle, Höpenstraße 88, Meckelfeld; 14 Uhr, Abfahrt Kirchenallee, gegenüber Hamburg Hauptbahnhof; 15 Uhr, Kaffee und Kuchen sowie ein Gläschen Bärenfang; 16 Uhr, Theateraufführung; 18.30 Uhr, Rückfahrt nach Hamburg und Meckelfeld. Gesamtpreis: 28 Euro pro Person, ohne Busfahrt 18 Euro pro Person. Auskunft und Anmeldung bei Walter Bridszuhn, Telefon (040) 6933520.

HEIMATKREISGRUPPEN



Gumbinnen – Sonnabend, 6. Februar, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im Haus der Heimat, Teilfeld 8. Zu erreichen mit der S-Bahn bis Stadthausbrücke oder mit der U-Bahn bis Rödingsmarkt. Man geht in Blickrichtung Michaeliskirche etwa sechs Minuten. Landsleute und Gäste sind herzlich willkommen. Es erwartet Sie eine Kaffeetafel und ein fastnachtliches Programm.



Heiligenbeil – Neuntägige Ostpreußenreise in den Kreis Heiligenbeil vom 24. April bis 2. Mai 2010. Es werden alle Kirchspiele besucht, also auch Ihr Heimatort. Reisepreis ab 20 Teilnehmern 764 Euro; ab 30 Teilnehmern 714 Euro; ab 40 Teilnehmern 664 Euro pro Person im DZ. Im Preis enthalten: HP, Reiserücktrittversicherung, Krankenversicherung im russischen Teil des Kreises, Erlaubnis für den grenznahen Bereich im russischen Teil, Reiseleitung, Stadtführungen, Grenzgebühren und Visakosten. Reiseunterlagen ab sofort bei Konrad Wien, Telefon (040) 30067092.



Insterburg – Mittwoch, 3. Februar, 13 Uhr, Jahreshauptversammlung und Kappenfest im Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123-125. Gäste sind herzlich willkommen. Nähere Informationen sind bei Manfred Samel, Telefon und Fax (040) 587585, zu bekommen.

BEZIRKSGRUPPE

Billstedt – Dienstag, 2. Februar, 14.30 Uhr, Kulturveranstaltung der Gruppe im Café Winter, Möllner Landstraße 202, 22120 Hamburg, nahe Bahnstation U3 Steinfurter Allee. Gäste sind herzlich willkommen. Nähere Informationen bei Amelie Papiz, Telefon (040) 73926017.

Harburg/Wilhelmsburg – Montag, 25. Januar, 15 Uhr, Heimatnachmittag im Gasthaus Waldquelle, Höpenstraße 88, Meckelfeld (mit dem Bus 443 bis Waldquelle). „Kappenfest – Ein Hauch von Fasching“.



HESSEN

Vorsitzende: Margot Noll, geb. Schimanski, Am Storksberg 2, 63589 Linsengericht, Telefon (06051) 73669.

Frankfurt / Main – Freitag, 29. Januar, 14.30 Uhr (Einlass 14 Uhr), Mitgliederhauptversammlung im Haus der Heimat, Porthstraße 10, Frankfurt/Main. Zu dieser Mitgliederhauptversammlung lädt der – durch Beschluss des Amtsgerichtes Frankfurt am 20. September 2009 – zum alleinvertretungsberechtigten Notvorstand bestellte Erich Högn ein. Bitte zeigen Sie die Ihnen zugestellte Einlasskarte am Eingang und bei der Registrierung der Teilnehmer im Versammlungsraum vor.

Wiesbaden – Donnerstag, 28. Januar, 12 Uhr, Stammtisch in der Gaststätte Haus Waldlust, Ostpreußenstraße 46, Wiesbaden-Rambach. Serviert wird „Schlachtplatt“. Es kann auch nach Speisekarte bestellt werden. Für die Platz- und Essendisposition bitte unbedingt anmelden bis zum 22. Januar bei Familie Schetat, Telefon (06122) 15358. – Donnerstag, 4. Februar, 15.11 Uhr, Treffen der Gruppe im Haus der Heimat, großer Saal, Friedrichstraße 35, Wiesbaden. Närrischer Nachmittag mit Kreppelkaffee. Mit von der Partie sind wieder bekannte und beliebte „Stimmungskanonen“. Kommen Sie und erleben Sie einen fröhlichen Nachmittag. Etwas närrisch kostümiert, wenn auch nur mit einer lustigen Kopfbedeckung, macht es nochmal so viel Spaß. Eintritt 3,11 Euro.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Braunschweig – Mittwoch, 27. Januar, 16 Uhr, Treffen der Gruppe im Stadtparkrestaurant, Jasperallee. Für diesen fröhlichen Faschingsnachmittag wird um lustige Beiträge gebeten. Gäste sind herzlich willkommen.

Buxtehude – Eine zehntägige Winterreise vom 12. bis 21. Februar 2010 in die verschneite Landschaft Masurens hat die Gruppe vorbereitet. Die Reise beginnt in Stade. Standquartier ist das Hotel Habenda in Krutinnen, im Herzen Masurens. Auf dem Programm stehen unter anderem der Besuch einer Eisseegelveranstaltung in Lötzen und eines Orgelkonzertes in der Wallfahrtskirche Heilige Linde, in Rastenburg eine Führung durch die Burg und einer Glasbläserei. Die Pferdeschlittenfahrt durch die Johannisburger Heide und eine Waldwanderung mit Wintergrill am vereisten Muckersee werden weitere Höhepunkte sein. Auch die neue Skipiste in Sensburg wird bei Abendbeleuchtung besucht, ebenso die Döhnhoff-Stube in Galkowen. Das abendliche Kaminfeuer im Hotel lädt zu Spiel, Musik und literarischen Kostproben ein. Der Preis für Busfahrt, neun Hotelübernachtungen mit Halbpension und Nebenkosten beträgt im Doppelzimmer 500 Euro und im Einzelzimmer 535 Euro. Für die Einreise nach Polen ist nur ein gültiger Personalausweis erforderlich. Weitere Auskünfte und Anmeldungen unter Telefon (04161) 3406.

Delmenhorst – Dienstag, 2. Februar, 15 Uhr, Heimatnachmittag der Frauen- und Männergruppe im Restaurant Riva.

Helmstedt – Donnerstag, 28. Januar, 8.30 Uhr, Treffen der Gruppe zur wöchentlichen Wassergymnastik im Hallenbad. Weitere Auskünfte erteilt Helga Anders, Telefon (05351) 9111. – Donnerstag, 4. Februar, 8.30 Uhr, Treffen der Gruppe zur wöchentlichen Wassergymnastik im Hallenbad. Weitere Auskünfte erteilt Helga Anders, Telefon (05351) 9111.

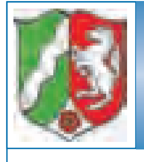
Oldenburg – Mittwoch, 10. Februar, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Stadthotel Eversten. Diavortrag: „Mit dem Fahrrad in Litauen und Lettland – von Memel (Klaipeda) bis Riga“. Von ihrer geführten Radtour erzählen Renate und Detlef Lubenau. Freunde und Bekannte sind herzlich willkommen. – Die Frauengruppe der Ostpreußen und Westpreußen in Oldenburg begann das Jahr mit einer Lesung von Elfi Hoppe, Kammerschauspielerin am Oldenburgischen Staatstheater aus „So zärtlich war Suleyken“ von Siegfried Lenz. Frau Hoppe ist als Schauspielerin zwar im Ruhestand, den sie aber nutzt, ihre ostpreußischen Wurzeln, sie wurde in Labiau geboren, wieder zu entdecken und zu pflegen. So erschloss sie sich auch die ostpreußische Mundart, die sich an den Texten von Siegfried Lenz so wunderbar anwenden lässt. Fünf Geschichten aus Suleyken, die das Wesen Masurens und damit Ostpreußens zärtlich und liebevoll schildern, brachte sie den trotz des eisigen Wetters zahlreich erschienen Zuhörern zu Gehör. Volkslieder und Lieder aus Ostpreußen rundeten den schönen ostpreußischen Nachmittag ab, der auch nach der Lesung noch vielen Anlass zu Diskussionen und Gesprächen mit Elfi Hoppe gab.

Rinteln – Nach der erfolgreichen Memellandreise 2009 ist nun vom 11. bis 20. Mai 2010 – wieder gemeinsam mit Professor Heinz Schürmann, Bielefeld – eine zehntägige Studienreise ins (heute russische) Königsberger Gebiet geplant. Entdeckungen und Begegnungen abseits der Hauptrouten: Königsberger „Provinz“ – Die ganz andere Ostpreußenreise. Kultur, Natur, Literatur und Spurensuche. Mythos einer faszinierenden Landschaft. Hinreise über Posen (Übernachtung), Ostseebad Rauschen / Samland (zwei Übernachtungen), Insterburg (fünf Übernachtungen), zurück über Stolpmünde / Ostsee (Übernachtung). Kleine Städte, vergessene Dörfer, alte Gutshöfe, verfallende und erneuerte Kirchen, lauschige Alleen und Spurensuche in der historischen Landschaft der „dunklen Wälder“ sind Ziele dieser außergewöhnlichen Studienreise. Sie führt vor

Landsmannschaftl. Arbeit Fortsetzung von Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

allem zu wenig bekannten Orten und Gebieten im nördlichen Ostpreußen abseits der gängigen touristischen Hauptrouten in eine Welt, die vielfach anders ist als unser gewohntes Europa. Das Königsberger Gebiet, einst Ordensland und deutsche Kornkammer, scheint weithin von der Natur „zurückerobert“. Es besticht durch eindrucksvolle, oft als magisch bezeichnete Landschaften, darunter die Rominter Heide, Teil der Großen Wildnis, das Frische und das Kurische Haff, die Kurische Nehrung und die Memelniederung. Das storchenreiche Land mit seinen immer noch imposanten, oft schon verfallenen gotischen Ordensbauten und seiner unverwechselbaren, glazial geprägten Natur zählt zu den interessantesten und spannendsten Regionen Europas. Eingeplant sind auch Kontakte vor Ort. Ausgewählte literarische Texte zur Region werden uns unterwegs begleiten. Soweit integrierbar, wird auch Gelegenheit zur Spurensuche sein, weil oft gerade dadurch Geschichte unmittelbar erlebbar wird. Die Leitung der Reise liegt wieder in den Händen von Prof. Dr. Heinz Schürmann und Joachim Rebuschat, die beide mit dem Raum durch viele gemeinsame Studienreisen und eigene Forschungen seit langem bestens vertraut sind, zusätzlich deutschsprachige russische Begleitung vor Ort. Weitere Informationen: Joachim Rebuschat, Alte Todenmanner Straße 1, 31737 Rinteln, Telefon (05751) 5389, Mobil +49 (0176) 53439843, E-Mail: j.rebuschat@web.de



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bad Godesberg – Sonnabend, 6. Februar, 20 Uhr, traditioneller Winterball der Landsmannschaften Ostpreußen, Pommern, Schlesien, Sudetendeutsche und Bessarabiendeutsche im kleinen Saal der Stadthalle Bonn-Bad Godesberg. Musikalische Unterhaltung durch das Duo „Ha-Si“. Die Teilnehmer erwartet ein buntes kulturelles Programm, unter anderem mit Mundartvorträgen, Kurt Delander als Zarah Leander, Zauberer Manfred Dekker sowie eine große Tombola. Der Eintritt beträgt 15 Euro im Vorverkauf und an der Abendkasse, Schüler, Studenten und BJO zahlen 10 Euro. Alle Landsleute und Ostpreußen-Gruppen sind herzlich dazu eingeladen. Auskünfte erteil Manfred Ruhnau, Telefon (02241) 311395.

Bielefeld – Donnerstag, 28. Januar, 15 Uhr, Literaturkreis in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock. – Montag, 1. Februar, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock. – Donnerstag, 4. Februar, 15 Uhr, Gesprächskreis der Königsberger und Freunde der ostpreußischen Hauptstadt in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock.

Düren – Freitag, 22. Januar, 17 Uhr, Treffen der Gruppe im „HDO“.

Düsseldorf – Dienstag, 26. Januar, 19.15 Uhr, Buchvorstellung von Alfons Huckebrink „Königsberger Küsse“, Konferenzraum, GHH. – Dienstag, 2. Februar, 19.15 Uhr, Ausstellungseröffnung „Ost-West-Begegnungen in Krieg und Frieden – Auf den Spuren einer Familiengeschichte“, Konferenzraum, GHH. – Mittwoch, 3. Februar, 15 Uhr, Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt im Raum 311, GHH. – Donnerstag, 4. Februar, 19 Uhr, Vortrag von Prof. Dr. Brakelmann zum „65. Todestag von Helmuth James von Moltke – Gegen den Geist der Enge, der Überheblichkeit, der Intoleranz“ in der VHS, Bertha-von-Suttner-Platz 1, Düsseldorf. Eintritt 4 Euro. – Donnerstag, 4. Februar, 19.30 Uhr, „Offenes Singen“ mit Barbara Schoch, Raum 412, GHH.

Gütersloh – Montag, 25. Januar, 15 Uhr, Treffen vom Ostpreußischen Singkreis in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343. – Montag, 1. Februar, 15 Uhr, Treffen vom Ostpreußischen Singkreis in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343.

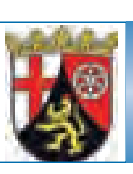
Hagen – Donnerstag, 4. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe.

Lüdenscheid – Vom 29. Mai bis 8. Juni führt die Gruppe eine elftägige Reise nach Ostpreußen durch. Die Reise geht in den südlichen und nördlichen Teil unserer Heimat bis auf die Kurische Nehrung nach Rossitten und auf Wunsch aller Teilnehmer auch nach Nidden und Schwarzort. Interessierte Landsleute und Gäste, die die Sehenswürdigkeiten unserer Heimat kennenlernen möchten, melden sich bitte umgehend bei Dieter Mayer oder Waltraud Lange, Telefon (02351) 81942 an.

Neuss – Donnerstag, 4. Februar. 15 Uhr (Ende 18 Uhr), „Tag der offenen Tür“ mit Kaffee und Kuchen in der Ostdeutschen Heimatstube, Oberstraße 17, Neuss.

Siegen – Auch das Jahr 2010 wird angefüllt mit Heimatarbeit sein, und alle Mitglieder und Interessenten werden um eine rege Teilnahme gebeten. Die Termine werden rechtzeitig bekanntgegeben. Aus verschiedenen Gründen gibt es zukünftig leider keine Beteiligung der Gruppe am Siegener Weihnachtsmarkt sowie keine Basare auf den Veranstaltungen der Gruppe. Dank sei auch allen besonders tüchtigen Helfern gesagt: Johanna Rohde, Familie Irmchen Gieseler, Ehepaar Zastrau, Ehepaar Mattern, Frau Utikal und anderen hilfsbereiten Personen. So unter anderem den Mädchen Daniela und Denise. Der Erlös wurde stets für die ostpreußische Jugendarbeit und Paketsendungen an alte und kranke, bedürftige Landsleute in den Heimatgebieten zur Verfügung gestellt. Giesela Kölsch, Ehepaar Krause und Frau Utikal waren stets für die Paketsendungen im Einsatz. Die Unterstützung der Heimatverbliebenen wird weiterhin durch Kulturwart Lm. Schneidewind durchgeführt, unter Mithilfe einiger unter anderem privater Spender und Gruppierungen. Die Spätherbst- und Weihnachtspakete, inzwischen dankend von den Empfängern in der Heimat bestätigt, bedeuten eine große Hilfe, und das wohltuende Gefühl – von den Landsleuten in Westdeutschland nicht vergessen zu sein.

Witten – Donnerstag, 28. Januar, 15.30 Uhr, Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen (Rückblick und Planung). Anschließend ein Vortrag: „Die Katastrophe in Ostpreußen, im Januar 1945, vor 65 Jahren“.



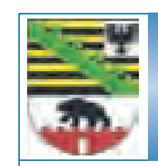
RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Kaiserslautern – Sonnabend, 6. Februar, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube, Lutzerstraße 20.

Mainz – Freitag, 22. Januar, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz. – Freitag, 29. Januar, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz.

Neustadt a.d.W. – Sonnabend, 23. Januar, 18 Uhr, Treffen der Gruppe zum Matjesessen im Restaurant Bürgerstübel, Mußbach. Anmeldungen bei Manfred Schusziara, Telefon (06321) 1873699, Neustadt a.d.W.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (0391) 7331129.

Aschersleben – Mittwoch, 3. Februar, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im „Bestehornhaus“, Hecknerstraße 6, 06449 Aschersleben.

Tangermünde – Busreise im Sommer 2010 nach Ostpreußen, ins Baltikum und nach St. Petersburg. Dr. Günter Lange plant auch in diesem Jahr wieder eine mehrtägige Reise, vom 9. bis 21. Juli 2010 wird es mit dem Bus über Ostpreußen nach Litauen, Lettland, Estland und Helsinki gehen. Von dort mit der Fähre nach Rostock. Jeweils ein bis zwei Tage Übernachtung sind geplant: in Danzig, Königsberg, Insterburg, Wilna, Riga, Reval, St. Petersburg mit Stadtführungen. Der Preis beträgt etwa 1300 Euro (Übernachtung, HP), abhängig von der Teilnehmerzahl. Nähere Auskünfte unter Telefon (039322) 3760. Es sind noch einige Plätze frei.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 553811, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Schwartau – Sonnabend, 6. Februar, Winterfest der Ostpreußen im Waldhotel Riesebusch, Sonnenweg 1, 23611 Bad Schwartau,

Malente – Donnerstag, 28. Januar, 15.30 Uhr, Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen im Gasthaus Neue Börse, Lindenallee, Bad Malente-Gremsmühlen. Tagesordnung: Eröffnung und Begrüßung, Totenehrung, Jahresbericht des Vorsitzenden, Kassenbericht, Bericht des Kassenprüfers, Entlastung des Vorstandes, Wahlen (Vorsitzender, Stellvertreter, Schriftführer, Kassenführer, Stellvertreter, Beisitzer, zwei Kassenprüfer), Anfragen und Verschiedenes. Nach der Beendigung der Tagesordnung – gegen 16.30 Uhr – berichtet Klaus Schützler über die Reise 2009 ins „Memelland und die Kurische Nehrung“. Gäste sowie Freunde der Gruppe sind herzlich willkommen. Eintritt frei.

Mölln – Donnerstag, 28. Januar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im „Quellenhof“ Mölln. E. Horning, Propst i.R. hält einen Vortrag über die Bessarabien-Deutschen. Diese Volksgruppe, zu der auch Bundespräsident Köhler gehört, hat eine lange Geschichte. Außerdem werden sich auch die Kandidaten für die Bürgermeisterwahl in Mölln vorstellen: Frau Magnussen und Herr Viegels. Die Zuhörer erwartet ein interessanter Nachmittag. Auch diesmal werden wie immer die Landsleute aus Pommern, Danzig, Schlesien und Mölln herzlichst eingeladen. Es wird darauf hingewiesen, dass die Versammlung im Raum hinter dem Restaurant stattfindet. Es ist also der Eingang zur Rezeption zu benutzen.

Pinneberg – 23. Januar, 15 Uhr, Treffen im Gemeindehaus der Lutherkirchengemeinde, Kirchhofsweg 53 A. Pastor Pusch hält einen Vortrag: „Israel – Reisebericht mit Dias“. Gäste sind herzlich willkommen.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 983883100.

Herzliche Einladung zur 52. heimatpolitischen Tagung am 27./28. Februar 2010 in Rotenburg (Wümme) – Im Jahr 2010 wollen wir die in den Vorjahren begonnen Gespräche in einer angenehmen Atmosphäre fortsetzen. Dazu laden Sie der Landkreis Rotenburg (Wümme) als Patenschaftsträger und die Kreisgemeinschaft wieder sehr herzlich ein zu unserer zur Tradition gewordenen Tagung am 27./28. Februar 2010 in 27356 Rotenburg (Wümme), Am Pferdemarkt 3 (Bürgersaal), Beginn 14 Uhr. Eingeladen sind alle geschichtlich und kulturell interessierten Ostpreußen und deren Nachkommen sowie die Freunde der Angerburger. Ziel der Veranstaltung ist es, möglichst viele Menschen zu ermutigen, sich für die Erhaltung der über 700 Jahre alten preußisch deutschen Geschichte und Kultur Ostpreußens zu engagieren. So haben wir auch für diese Tagung kompetente Referenten gewinnen können. Am 27. Februar 2010 ist der Bürgersaal bereits ab 14 Uhr geöffnet und Kaffee/Tee und Kuchen werden angeboten. Nach der Begrüßung der Tagungsteilnehmer um 15 Uhr wird Lech Slodownik, Elbing (Elblag), mit seinem Referat „Vergangenheit und Gegenwart – Reflexionen eines Nachkriegsgeborenen“ beginnen. Anschließend wird Museumsdirektor Dr. Joachim Mähnert über die „Zukunft des Ostpreußischen Landesmuseums in Lüneburg“ sprechen. Nach den Vorträgen ist eine kurze Aussprache vorgesehen. Mit einem gemeinsamen Abendessen (Elchbraten) gegen 19 Uhr sowie angeregten Gesprächen mit interessanten Gästen geht der erste Tag zu Ende. Am Sonntag, 28. Februar, 9.30 Uhr wird die Tagung mit einem Vortrag der Kulturreferentin Agata Kern „Aus der Arbeit einer Kulturreferentin beim Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg“ fortgesetzt und gegen 12 Uhr beendet sein. Für heimattreue Ostpreußen sollte eine Teilnahme an der Tagung selbstverständlich sein. Ein Tagungsbeitrag wird nicht erhoben. Anmeldungen, auch für das Elchbratenessen zum Preis von 23 Euro pro Person einschließlich Dessert und eventuell Übernachtungswünsche, werden bis zum 17. Februar (Posteingang) an Brigitte Junker, Sachsenweg 15, 22455 Hamburg, erbeten. Eine schriftliche Anmeldebestätigung wird nicht erteilt.

Neue Bürozeiten und neuer Fax-Anschluss unserer Geschäftsstelle: Ab sofort ist unsere Geschäftsstelle in Rotenburg (Wümme), Große Straße 49 (Kaufhaus Vögele) nur montags von 8.30 bis 12.30 Uhr und donnerstags von 8.30 bis 12.30 Uhr und von 13 bis 17 Uhr, Telefon (04261) 9833100 (Landkreis) zu erreichen. Der Fax-Anschluss hat sich geändert und lautet wie folgt: (04261) 9833101. Besucher werden um eine vorherige Terminvereinbarung gebeten. Der Vollständigkeit halber hier nochmals unsere Anschrift: Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme) Postfach 1440, 27344 Rotenburg

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 18

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 17

(Wümme). Wir bitten um Verständnis für diese technische Änderung.



EBENRODE (STALLUPÖNEN)

Kreisvertreter: Martin Heyser, Telefon, Billungstraße 29, 26614 Soltau, Telefon (05191) 978932, E-Mail: mheyser@mx.de. Geschäftsstelle: Brigitta Heyser, Telefon (05191) 978932, Billungstraße 29, 29614 Soltau.

Ostpreußenreise 2010 vom 15. bis 23. Juni – Eigentlich wollte die Kreisgemeinschaft in diesem Jahr mit dem Schiff Ostpreußen erreichen und direkt in den Schicksalshafen Pillau einlaufen. Leider wurde ein Strich durch diese Planung gemacht, indem die Reederei die Fährverbindung stillgelegt hat. Ersatzweise geht es nun mit dem Schiff von Rostock nach Gdingen/Danzig, und nach wie vor sind wir der Überzeugung, dass wir, d. h. die Kreisgemeinschaft in diesem Jahr gemeinsam mit dem Reiseunternehmen „Partner-Reisen“, wieder ein tolles Reiseprogramm zustande bekommen haben. Nebeneffekt: Der ursprüngliche Reisepreis konnte erheblich gesenkt werden. Es gehört zu unseren Zielen, Planung und Vorbereitung der Reisen noch sorgfältiger, ihre Durchführung zuverlässiger und die tatsächlich anfallenden Kosten transparenter werden zu lassen. Auch soll vermieden werden, dass durch wiederholte Sammelaktionen während der Fahrt der ausgewiesene Fahrpreis verfälscht wird. Wir gehen davon aus, dass wir mit „Partner-Reisen“ einen Schritt in die richtige Richtung tun. Die Ostpreußenreisen gewinnen nach unserer Überzeugung zunehmend an Bedeutung. Unsere Heimat bietet inzwischen erheblich mehr, als nur „Anguken“. Die Entwicklungen dort sind vielfältig und reizvoll. Im neuen Heimatbrief werden Sie viel darüber lesen können. Mit unseren Reisen wollen wir einen lebendigen, aktuellen Eindruck vermitteln, ohne die Historie zu vernachlässigen. Die Kreisgemeinschaft sieht sich infolge ihres Engagements im Rayon und ihrer engen Beziehungen zu der Administration vor allen anderen dazu in der Lage. Die Ostpreußenreise 2010 der Kreisgemeinschaft Ebenrode (Stallupönen) wird gemeinsam mit „Partner-Reisen“, nicht mit der Firma Scheer-Reisen durchgeführt. Hinter unseren Reise-aktivitäten steht kein eigenes unternehmerisches Gewinnstreben, sondern allein das Bemühen, Ostpreußen mit all seinen Facetten generationenübergreifend unseren Mitgliedern nahezubringen. Dieses ideelle Anliegen der Kreisgemeinschaft sollte nicht gefährdet werden. Ein Ausfall unserer Reisen, zum Beispiel durch eine zu geringe Teilnehmerzahl, wäre ein erheblicher Rückschlag für unsere Bemühungen. Deshalb meine Bitte: Wenn Sie fahren wollen, dann fahren Sie mit Ihrer Kreisgemeinschaft! Anfragen richten Sie bitte an die Geschäftsstelle der Kreisgemeinschaft, Telefon (05191) 978932. Weitere Hinweise enthält der neue Heimatbrief, der – leider verzögert – erst Ende Januar 2010 erscheinen kann. Wir wünschen Ihnen ein erfolgreiches Neues Jahr in Gesundheit, Glück und Zufriedenheit



ELCHNIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Hartmut Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Nachruf – Unser Erster Kirchspielvertreter für Gowarten, Oberfähnrich a. D. Werner Stuhlemmer, verstarb am 4. Januar 2010 in Emsdetten. Er wurde am 16. Januar 1921 in Falkenhöhe (Demedschen) im Kreis Elchniederung geboren. Dann folgte eine Schulzeit in Gowarten und eine kaufmännische Ausbildung in Groß Friedrichsdorf bei Kobse. Nach seiner Soldatenzeit lebte er ab 1945 in Emsdetten als selbstständiger Kaufmann. Mit dem Tod von Werner Stuhlemmer verliert die Kreisgemeinschaft Elchniederung einen engagierten Mitstreiter. Seinen Einsatz für unser Ostpreußen werden wir stets in Ehren halten. Als Kirchspielvertreter für Gowarten, dieses Amt hatte er bis 1996 inne, erwarb er sich in der Kreisgemeinschaft ein hohes Maß an Anerkennung. Seine zweite Liebe galt der evangelischen Kirchengemeinde Emsdetten. Dort engagierte sich Werner Stuhlemmer viele Jahre als Presbyter, Synodale und Kirchenmeister. Zu seinen Pflichten zählte dabei die Verwaltung der Finanzen und die Überwachung der Bauvorhaben. Was der Mensch an Güte und Liebe ausgesät hat, das wird auf ewig nicht verloren gehen (Alban Herbach). Seine Kraft war jetzt zu Ende, so nimm ihn Herr in Deine Hände. Im ehrendem Gedenken.

Eine Reise auf den Spuren der „Stationen von Flucht und Vertreibung“ *(Fortsetzung aus Folge 2 / Teil II)* – Mit dem so ausgesprochenen Segen erreichte die Reisegruppe Rauterskirch, wo ein Besuch der historischen Kirche vorgesehen war. Hierbei kam es auch zu einer schon zur Tradition gehörenden Begegnung mit der dort lebenden Bevölkerung, bei der der Bürgermeister, unterstützt durch die Krankenschwestern Rauterskirch, Seckenburg und Neukirch, die Besucher aus Deutschland herzlich willkommen hieß. In seinem Grußwort dankte er im Namen der hier lebenden Menschen für die über viele Jahre erfahrene Unterstützung und Hilfe durch die ehemaligen Bewohner der alten Heimat und erinnerte daran, dass die so gewachsenen Kontakte einen festen Platz im Herzen der Menschen hätten. Nach dem Besuch bzw. Besichtigung der Kirche und der Grabanlagen, bei dem



auch des vor einigen Jahren hier beigesetzten Landsmannes gedacht wurde, versammelte sich die Reisegruppe zu einem Imbiss in der dortigen Krankenstation. Bei guter Atmosphäre kam man schnell ins Gespräch, so dass diese Begegnung zusätzlich zu einem ganz persönlichen Erlebnis wurde. Die Ortschaft Rauterskirch, jetzt Bolschie Bereschkie, ist in der dortigen Region und darüber hinaus durch Beiträge in Medien, Rundfunk und Fernsehen durch seine einzigartige Kirche weithin bekannt. Das von Philipp von Chieze, Generalbaumeister des Großen Kurfürsten entworfene Gotteshaus in Form eines Oktogons wurde später von seiner Frau Luise Katharina, geb. von Rauter, im Jahre 1675, offensichtliche Fertigstellung 1703, erbaut. Die Einzigartigkeit der Kirche mit barocker Innenausstattung, Kanzelaltar und barocker Orgel der Königsberger Orgelwerkstatt Mosengel aus dem Jahre 1701 stellte eine besondere Sehenswürdigkeit dar. 1975 durch Blitzschlag zerstört und ausgebrannt, seitdem Ruine. Seit 2004, nach umfassenden Arbeitseinsätzen, bei der die Kirche und das Gebäude geräumt wurden, wieder zugänglich. Das Kirchspiel Rauters-kirch nutzt den Ort für Gottesdienste und Begegnungen. So gestärkt ging es weiter nach Seckenburg, Tor zum Elchrevier, wo ein Rundgang zur Besichtigung der Ortschaft und der Gilge angesagt war. Der Nachmittag sah eine Rundfahrt durch den Kreis Elchniederung vor, der auch über die Sköpener Brücke in den nördlichen Teil führte. Hier wurden im Nachhinein folgende Orte aufgesucht: Kuckerneese, Herdenau, Karkeln, Rautersdorf, Altdümpelkrug sowie die Ansiedlungen entlang der Straße nach Kuckerneese. Auf der Rückfahrt ging es über Neukirch, Heinrichswalde, Groß Friedrichsdorf und Kreuzingen nach Tilsit. Während der Rundfahrt bewegte man sich hart am Rande des einst als „Ostpreußisch Venedig“ bekannt gewordenen Gebiets mit den vielen Wasserläufen Gilge, Kleiner Fried-richsgraben, Laukne, Timber und Seckenburger Kanal. So gerüstet ging es in den nächsten Tag, der für individuelle Unternehmungen vorgesehen war. Hierbei standen genügend Fahrzeuge zur Verfügung, so dass ein Jeder seinen ganz persönlichen Schwerpunkt bilden konnte. Hierbei wurde manches zur traurigen Gewissheit. Kaum ein anderes Land der Erde hat sich so verändert. Nicht eine Stadt oder auch nur ein Dorf zeigt sich in der gewohnten Gestalt. Die in mühevoller Arbeit kultivierten Flächen fallen in großen Teilen in den Urzustand zurück. Dennoch – auch unter den Trümmern, am leeren Platz geschleifter Wohnstätten und vor allem in den der Natur überlassenen Arealen ist die Welt von einst zu erkennen, steigen die Erinnerungen und leuchtet oft die Schönheit einer unvergleichlichen Landschaft auf. Insofern gab es auch reichlich Grund zur Freude, die gerne mit allen geteilt wurde. Am nächsten Tag hieß es von der weit über die Landesgrenzen hinaus bekannten Stadt Tilsit Abschied nehmen. Doch zuvor wurden noch schnell die Landsleute aus Gumbinnen aufgenommen, so dass der weitere Verlauf der Reise gemeinsam vonstatten ging. Die Fahrt führte über Labiau nach Königsberg, wobei der Fluss Deime mit der bekannten „Adlerbrücke“ passiert wurde. Bei der in Königsberg folgenden Stadtrundfahrt konnte ein umfassendes Bild vermittelt werden. Gepaart mit deutscher Geschichte wurde so manche Sehenswürdigkeit entdeckt. Höhepunkt des Besuchs der ostpreußischen Metropole stellte die Besichtigung des Domes mit einem Anspiel der in Deutschland gefertigten Orgel dar, deren Klang allen Teilnehmern noch lange als ein besonderes Erlebnis in Erinnerung bleiben wird. Auch kam man mit Landsleuten ins Gespräch, die eigens zu diesem Ereignis aus Deutschland angereist waren. Gleichwohl wurde der schrecklichen Geschehnisse von 1944-45 gedacht, denen Königsberg seinerzeit ausgesetzt gewesen war. So führte die Fahrt dann auch weiter in das Samland, eine von vielen Fluchtstrecken. *Teil III in der Folge 4)*



HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Remscheider Straße 195, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 461613. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 57052. 2. Stellvertreter: Michael Ochantel, Schulstraße 17, 84056 Rottenburg, Telefon (08781) 203164. Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Neuntägige Ostpreußenreise der Stadtgemeinschaft Zinten 2010 – Wir besuchen Zinten am 5. Tag der Reise! Wer kommt mit? Erbitten umgehende Anmeldung bei Stadtvertreterin: Viola Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, und Fax (035343) 61480, E-Mail: reyvio@web.de, oder Stadtvertreter Siegfried Dreher, Papenwisch 11, 22927 Großhansdorf, Telefon (04102) 61315, Fax (04102) 697794. E-Mail: M.S.Dreher@t-online.de Die vorgesehen Stationen: Besuch der Frischen Nehrung, Oberländischer Kanal, Frauenburg, Kreis Heiligenbeil, polnischer Teil mit den Orten Eisenberg, Lichtenfeld, Tiefensee etc. und russischer Teil mit Heiligenbeil, Rosenberg, Bladiau, Ludwigsort, Brandenburg und natürlich Zinten, dann Königsberg, und den Städten Thorn, Posen. Das Programm: 1. Tag: Anreise von Itzehoe über Hamburg (ZOB), Michendorf nach Schneidemühl in Polen. 2. Tag: Nach dem Frühstück geht die Reise weiter durch Pommern: Schlochau, Konitz, Pr. Stargard, Tiegenhof auf die Frische Neh-

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 19

Die Seiten der »Heimatarbeit«
finden Sie auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de

Heimatliteratur

Hamburg – „Mein Lied – Mein Land. Lieder der Ost- und Westpreußen“. Das ost- und westpreußische Liederheft „Mein Lied – Mein Land“ (Zusammenstellung und Sätze: Herbert Wilhelmi) ist ab sofort wieder lieferbar. Das Büchlein umfaßt ca. 150 Seiten und wird gegen eine Schutzgebühr von 5 Euro / Stück zuzüglich Verpackungs- und Versandkosten abgegeben. Nachdruck der Broschüre „Die Prußen“ – Auf vielfachen Wunsch hat die Landsmannschaft Ostpreußen die Broschüre „Die Prußen“ von Walter Görlitz nachdrucken lassen. Das Heft umfaßt 40 Seiten und wird gegen eine Schutzgebühr von 2 Euro / Stück zuzüglich Verpakkungs- und Versandkosten abgegeben.
Bei Abnahme von mindestens zehn Heften werden Verpackung und Versand nicht in Rechnung gestellt.

Bestellungen nimmt entgegen: Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Ute Vollmer-Rupprecht, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080, Fax (040) 41400819, E-Mail: vollmer@ostpreussen.de

Ostpreußen – Was ist das?

Hamburg – Die Landsmannschaft Ostpreußen hat die Broschüre „Ostpreußen – Was ist das?“ auf Grund der großen Nachfrage neu drucken lassen. Die Broschüren werden gegen eine Schutzgebühr von 0,50 Euro pro Exemplar zuzüglich Verpackung und Versand abgegeben. Bei Bestellungen ab 50 Exemplaren liegt der Preis bei 0,40 Euro pro Broschüre und bei Bestellungen ab 100 Exemplaren bei 0,30 Euro pro Broschüre.

Bestellungen nimmt entgegen: Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Ute Vollmer-Rupprecht, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080, Fax (040) 41400819, E-Mail: vollmer@ostpreussen.de

Ein Wegbereiter der Versöhnung

Manfred Ruhnau lebt und arbeitet für seine ostpreußische Heimat

Als das zehnjährige Junge Manfred 1945 bei eisiger Kälte seinen Geburtsort Langwalde im ermländischen Kreis Braunsberg zur Flucht gen Westen verließ, hatte er bestimmt andere Gedanken gehabt, als sich vorzustellen, in ferner Zukunft mal als Vorsitzender der Kreisgemeinschaft Braunsberg zurückzukehren, um im verständnislosen Verhältnis von Polen und den früheren deutschen Kreisbewohnern sich für gegenseitig positive Veränderungen einzusetzen, für Verständigung zu werben, diese immer wieder zu praktizieren und Wege für eine bessere Zukunft zu bauen und die dafür notwendigen Kontakte zu suchen, zu knüpfen und zu pflegen.

Doch dieses Unvorstellbare hat er mit Beharrlichkeit und Geschick erreicht, und dieser Einsatz wurde mit der Errichtung des beeindruckenden Mahnmals in Frauenburg für die 1945 bei der Flucht über das Frische Haff umgekommenen Deutschen mit einer Tafel in polnischer und deutscher Sprache gekrönt. Dieser Gedenkstein bezeugt, was geschehen ist und wird auch in Jahrzehnten noch die nachfolgenden Generationen über das Geschehen informieren.

Ruhnaus Weg bis zu dieser Etappe hat mehr als 50 Jahre gedauert. Als er von Langwalde endlich in Meindorf an der Sieg angekommen war, hatte er als Jugendlicher schon einen steinigen Weg hinter sich. Doch jemand, der unter dem Tierkreiszeichen Steinbock am 20. Januar geboren wurde, findet sich in einer steinigen Umgebung schnell zurecht und so war er als 20-Jähriger begeistert dabei, die Ostpreußenjugend in Bonn mit zu gründen und anschließend 15 Jahre lang te jemanden, der in Bonn steinige Wege ebnen und passierbar machen konnte und so wurde er sehr aktiv, um am jährlichen „Tag der Heimat“ mit dem „Ostdeutschen Markttag“ alle Steinchen wegzuräumen, damit nicht andere ins Stolpern gerieten. Nebenbei hat er noch einige Jahre in den verschiedenen Führungsgremien der Landsmannschaft Ostpreußen mitgearbeitet und so manches Mosaiksteinchen ins Bild eingefügt oder zurechtgerückt.

Mit Beharrlichkeit und Geschick hat er viele Hindernisse überwunden

zu führen und sich für Jugendlager und Wanderfahrten einzusetzen. Für einen echten „Steinbock“ ist ein steiniges Terrain nicht nur verlockend, nein, es ist lebensnotwendig, denn auf steinigen Wegen hat man ja einen festen Grund unter den Füßen, aber es befinden sich auch viele Stolpersteine, die Manfred Ruhnau entweder wegräumte oder einfach übersprang und so wurde er 1970 Vertreter und 1977 Vorsitzender der Kreisgruppe Bonn der Landsmannschaft Ostpreußen. Doch auch der BdV brauch-

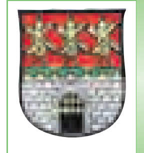
Selbstverständlich hat Manfred Ruhnau sich schon früh bei seinem Heimatkreis Braunsberg engagiert, doch wurde er hier erst 1999 zum Vorsitzenden gewählt. Viele Male hat er bei seinen Fahrten – manchmal mit vier vollbesetzten Bussen mit bis zu 250 Personen zu deutsch-polnischen Begegnungen in Braunsberg (Braniewo), und auch anderen Teilen Ostpreußens – die Grenzsteine von Staaten, Ländern, Städten und Gemeinden passiert und sich wohl gefühlt, wenn er in Frauenburg am Frischen Haff in seinem Heimatkreis vor dem Gedenkstein stand, der unsichtbar seinen Namen trägt.

Vielleicht wird Manfred Ruhnau an seinem Geburtstag in Meindorf nachdenklich still vor seiner kleinen Steinsammlung im Wohnzimmer stehen und an die vielen Steine denken, die er in den 50 Jahren für Ostpreußen beiseite geräumt hat oder vielleicht wird er die Stimmgabel nehmen und für den nächsten Auftritt in seinem Gesangverein ein neues Lied einüben. Das Lied „Land der dunklen Wälder“ und auch „Ännchen von Tharau“ singt er bei jeder Gelegenheit volltönend als erste Stimme vorweg.

Für sein Engagement während der langen Zeit von über 50 Jahren für Ostpreußen, für die Völkerverständigung, für seine Ausdauer die gesteckten Ziele für Ostpreußen und seinen Heimatkreis Braunsberg zu erreichen ist er ja mehrfach ausgezeichnet worden, doch jetzt hat er auch einen prächtigen Edelstein, nämlich das Bundesverdienstkreuz, vom Bundespräsidenten verliehen bekommen. Das ist entweder die Krönung oder der Ansporn für die Weiterführung der erfolgreichen Arbeit. *HJW*

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 18

rung nach Kahlberg – Aufenthalt – am Spätnachmittag Weiterfahrt durch Elbing nach Frauenburg. 3. Tag: Nach einem gemeinsamen Spaziergang zum Gedenkstein für die Opfer der Flucht über das Frische Haff beginnt die Rundfahrt durch den südlichen Teil des Kreises Heiligenbeil. Ziele: Eisenberg, Lichtenfeld, Tiefensee, Eichholz. 4. Tag: Nach dem Frühstück verlassen wir Frauenburg und fahren durch Braunsberg zur polnisch/russischen Grenze Grunau/Heiligenbeil. Rundfahrt durch Heiligenbeil/Rosenberg und Weiterfahrt nach Königsberg. Nach einer Stadtrundfahrt durch die Hauptstadt Ostpreußens Fahrt zum Hotel. 5. Tag: Rundfahrt durch den nördlichen Teil des Kreises Heiligenbeil: Ziel Zinten! 6. Tag: Zur freien Verfügung. 7. Tag: Nach dem Frühstück verlassen wir Königsberg und fahren über den Grenzübergang Heiligenbeil/Grunau nach Hirschfeld. Hier beginnt unsere Schiffsfahrt auf dem Oberländischen Kanal bis Buchwald. Erleben Sie auf dieser rund zweistündigen Fahrt vier geneigte Ebenen, auf dieser wohl schönsten Strecke des Kanals. Weiterfahrt vorbei an Osterode nach Thorn, einer sehr schönen, alten Stadt. 8. Tag: Nach einer Stadtführung durch Thorn, auch Königin der Weichsel genannt, verlassen wir gegen Mittag Thorn und fahren durch Hohensalza, Gnesen nach Posen. Auf Wunsch eine kleine Stadtführung in Posen. 9. Tag: Posen – von dort Heimreise. Termin: 27. April bis 5. Mai 2010, Fahrpreis: pro Person: 744 Euro, plus Visagebühr: zur Zeit 55 Euro. Einzelzimmerzuschlag: 137 Euro. Mindestbeteiligung: 25 Personen. Leistungen: Fahrt im modernen Fernreiseomnibus, acht Hotelübernachtungen mit Halbpension, Rundfahrten laut obigem Programm, Gebühren Polen / Russland, Schiffsfahrt Oberländischer Kanal, Stadtführungen Königsberg, Thorn und Posen, deutsch sprechende Reiseleitung und Betreuung im Königsberger Gebiet, Hotelregistrierungsgebühren, Visabeschaffung, Reisebegleitung. Planung, Organisation, Reisebetreuung, Reiseleitung erfolgen durch das Ehepaar Gudrun und Bernd Schmidt (aus Plössen, Kirchspiel Zinten-Land).



SCHLOSSBERG (PILLKALLEN)

Kreisvertreter: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale. Geschäftsstelle: Renate Wiese, Tel. (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe).

Liebe Schloßberger Landsleute – Der Vorstand mit Geschäftsführerin sowie der Kreistag der Kreisgemeinschaft Schlossberg wünschen Ihnen für das Jahr 2010 alles Gute. Mögen alle Ihre Wünsche in Erfüllung gehen! Bleiben Sie gesund und denken Sie bitte auch an uns, die wir auf Ihre Informationen, aber auch auf Ihre Spenden angewiesen sind. Nur mit Ihrer großzügigen Spende können wir auch 2010 einen Heimatbrief herausgeben und unsere vielfältigen Aufgaben, so zum Beispiel in der Geschäftsstelle, erfüllen! Bleiben Sie uns treu und wohl gesonnen! Bitte merken Sie sich bereits heute den Termin für unser Schüler- und Hauptkreistreffen vom 11. bis 13. Juni 2010 in der Stadthalle Winsen (Luhe) vor. Honorieren Sie unsere ehrenamtliche Arbeit durch zahlreiche Beteiligung am Hauptkreistreffen, das in diesem Jahr ohne die Kreisgemeinschaft Ebenrode abläuft. Wir hoffen, dass Sie noch vor dem Weihnachtsfest unseren Heimatbrief erhalten haben und dass Ihnen auch diese Ausgabe wieder gefällt. Für Ihre Anregungen und Beiträge zum nächsten, dem Heimatbrief 2010, ist die Redaktion dankbar. Wie bereits angekündigt, geht der Band 7, „Dörfer des Kirchspiels Schlossberg“, unserer umfangreichen Chronikreihe, dank des tatkräftigen Einsatzes des neuen Redaktionsteams unter der Leitung unseres Landsmanns Martin Kunst, in den nächsten Tagen in Druck. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle von Frau Wiese gerne entgegen genommen.

Von Teilnehmern des zweiten Deutsch-Russischen Forums in Lüneburg wurde während eines Besuchs der Schloßberger Heimatstube die Bitte nach einem authentischen Bericht und anderen Unterlagen über die Flucht der Kreisbewohner 1944/45 geäußert. Hintergrund ist das wachsende Interesse für die deutsche Geschichte und daher benötigt man das Material für Ausstellungen und Forschungsarbeiten, unter anderem im Museum Tilsit und im Oblast-Archiv Kaliningrad. Fluchtberichte liegen viele in unseren Archiven, aber wir haben uns für den von Marie Büchler aus Spullen entschieden, der das Schicksal vieler ostpreußischer Familien widerspiegelt. Der Bericht wurde bereits ins Russische übersetzt. Die Kontakte zu den Stellen im Oblast werden von Martin

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 20

Heimat bewahren

Verdienstorden für Dagmar Adomeit

Ehrung, das ist, wenn die Gerechtigkeit ihren liebenswürdigen Tag hat.“ Mit diesem Zitat von Konrad Adenauer verlieh der Bürgermeister von Frankenberg, Christian Engelhardt, die Verdienstmedaille der Bundesrepublik Deutschland an Dagmar Adomeit.

Die Geehrte wurde in Königsberg geboren und musste 1945 aus der Heimat fliehen. Seit vielen Jahren pflegt sie nun die Kultur der ostdeutschen Heimat und gibt besonders handwerkliche Fertigkeiten weiter. Seit 1980 ist sie im BdV aktiv und führt seit 1984 in Frankenberg die Gruppe der „Ostdeutschen Frauen“.

Als Werkmeisterin hat sie viele Werkwochen im Ostheim in Bad Pyrmont geleitet, wo sie sich für die Weberei, Doppelweberei und das Jostenbandweben einsetzte. Auch mehrere Werkwochen, die für die deutschen Vereine in Ostpreußen von der Landsmannschaft Ostpreußen dort eigerichtet wurden, hat sie mit Rat und Tat begleitet.

Der Bürgermeister verglich den Verdienstorden mit „einem Leuchtturm, der ausstrahlt, um anderen Menschen den Weg zu leiten“.

Glückwünsche wurden auch von der hessischen Landesfrauenleiterin, Karla Weyland, sowie von Erna Nahm, aus ihrer Gruppe Frankenberg überbrachte, die besten Wünsche. *K. W.*



Die Verleihung Bild: privat

Zurück zu den Wurzeln

Ein besonderes Geschenk für das Ostpreußische Landesmuseum überreicht

Anlässlich der Mitgliederversammlung des Fördererkreises Ostpreußisches Jagdmuseum – Hans-Ludwig Loeffke Gedächtnisvereinigung e. V. in Lüneburg hielt Vorstandsmitglied Dipl.-Forstwirt Horst Buschalsky einen Diavortrag über einen Aufenthalt in Ostpreußen, der fast 20 Jahre zurückliegt.

1992 fuhr Horst Buschalsky zusammen mit Burghard Gieseler, Neffe des letzten Forstmeisters des Forstamtes Tawellningken, nach dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ auf eigene Faust in das Land ihrer Vorfahren, nach Ostpreußen. In der Bundesrepublik Deutschland 1955 und 1960 geboren, durch die Elternhäuser ostpreußisch geprägt, ging es auf dieser Reise ganz bewusst zurück zu den Wurzeln ihrer Familien, die 1944/45 aus ihrer Heimat vertrieben wurden.

Seinem Vortrag voran stellte Buschalsky eine Erläuterung des Begriffs Heimat. „Was ist Heimat? Ist es ein Ort? Ist es ein Gefühl? – Heimat ist mehr als Heim, mehr als Heimstatt, mehr als nur Heimatland. Heimat ist eigen, konturlos, mitunter verschwimmend in Farben und Formen, ausufernd und ungreifbar wie ein Traum“, so der Referent. Weiter führte er aus: „Heimat sitzt innen, sitzt im Herzen, Heimat ist ein Grundbedürfnis des Menschen. Heimat ist eben Heimat. Heimat lässt sich nicht festlegen oder bestimmen. Heimat ist da, wo der Ort der Verwurzelung ist. Das lässt sich nicht verordnen. Heimat ist primär natürlich räumlich und zeitlich zu sehen; geht aber darüber weit hinaus, da zusätzlich die Sinne und das Gefühl sowie die innere Verbundenheit eine enorm große Rolle spielen, daher ist der Begriff von der Begründung einer sogenannten ‘neuen Heimat’ in der Fremde auch völlig falsch. Jeder hat nur eine Heimat. Das ist zum Teil der Ort von Kindheit und Jugend, das ist aber auch die Erinnerung, das ist das individuelle innere Erleben und Empfinden, losgelöst von der Zeit und der jeweiligen Generation. Sicherlich hat Theodor Fontane recht mit der Bemerkung: Erst in der Fremde erleben wir, was wir an der Heimat besitzen.“



Horst Buschalsky überreicht das Geschenk. Bild: privat

Heimat ist also ein menschliches Bedürfnis, das nicht teilbar oder auswechselbar ist. Heimat gehört zur Individualität eines Menschen wie seine unverwechselbare Persönlichkeit, wie sein Fingerabdruck. Wer anderen Heimat gewaltsam nimmt, sie in Abrede stellt oder eine so genannte „neue Heimat“ verordnet, verletzt die Würde und ein Grundrecht des Menschen. Mit diesen grundsätzlichen Überlegungen / Gedanken berichtete Buschalsky von der Reise nach Ostpreußen 1992. Anhand von Dias schilderte er den stellenweise abenteuerlichen Reiseverlauf. Nach zahlreichen Stationen in Südostpreußen ging es ohne Visum oder andere Legitimationen nach Nordostpreußen und von dort über Königsberg, die Kurische Nehrung über das Memelland, Masuren und Westpreußen in den Westen zurück. Illegaler Grenzübertritt in das Königsberg Gebiet, die aufregende Begegnung mit einem russischen Offizier in der Rominter Heide sowie mit lebensfrohen und auf ihre nationale Unabhängigkeit stolzen Litauer in Nidden, die Bestechung von Zöllnern an der litauisch-polnischen Grenze und andere Abenteuer fesselten die Zuhörer des Vortrages.

Auf dieser Reise wurde auch der Elchwald besucht, um das alte preußische Forstamt Tawellningken zu suchen. Dort war der Onkel Wolfram von Burghard Gieseler 1942–1945 der letzte Forstmeister. Das Forstamt wurde auf der Reise 1992 in einem jämmerlichen Zustand als Ruine vorgefunden.

Im Rahmen dieses Vortrages überreichte Horst Buschalsky die in seinem Besitz befindliche Forstuniform von Wolfram Gieseler, die einem Aufnäher zufolge vom Schneidermeister Wilhelm Daume in Insterburg um 1928 angefertigt wurde, dem Leiter des Ostpreußischen Landes- und Jagdmuseums, Dr. Jürgen Mähnert, als Geschenk. So findet der Uniformrock vom letzten Forstmeister des Forstamtes Tawellningken eine gebührende Verwendung im Ostpreußenmuseum. *H.B.*

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 19

Kunst und seiner Ehefrau Irina gehalten. Nun stellen wir noch Original-Fluchtfotos und andere Dokumente zusammen, die diese entbehrungsreiche Zeit der Flucht und Vertreibung der Ostpreußen dokumentiert. Auch eine Karte, die den Fluchtweg des Spullener Trecks wiedergibt, wird noch erstellt und den russischen Stellen übergeben. Zum Ablauf bei der Bearbeitung der weiteren Chroniken berichtet Martin Kunst ergänzend zu dem, was bereits im Heimatbrief 2009 auf Seite 6 steht, dass er inzwischen mit Bernd Teckenburg – seine Wurzeln stammen aus dem Kirchspiel Wedereitischken / Sandkirchen – Verstärkung für seine Arbeit bekommen hat. Teckenburg übernimmt für den Band X /Kirchspiel Haselberg die Vorarbeiten. Wer hat dazu Wissen, Unterlagen, Fotos? Martin Kunst kann sich durch die Arbeitsteilung jetzt voll und ganz den Chroniken der Kirchspiele Steinkirch und Mallwen (Bd. 8/9) widmen. Zu danken ist auch Prof. Erwin Spehr, der für unsere Chroniken weiterhin die Übertragung der historischen Dokumente zu den Kirchspieldörfern in den Computer übernommen hat.

Martin Kunst appelliert an alle Landsleute, die noch Erinnerungen oder Unterlagen haben, sich zu melden. „Wer kennt noch Wissende und Willige und vor allen Dingen auch solche Landsleute, die vor PC-Arbeiten keine Angst haben?“ Es gibt noch viel Arbeit, wie z. B. die Erstellung von Einwohnerlisten, das Zeichnen von Ortslageplänen mit den Namen der Höfe, Übertragung von handgeschriebenen Berichten in den PC und vieles mehr; von den 237 Dörfern im Kreis Schloßberg sind erst 140 abgearbeitet. Kontakt: Martin Kunst, Stenumer Straße 6, 27777 Ganderkesee, Telefon (04223) 1253, Fax (04223) 932655, E-Mail: martin.kunst@t-online.de.

Achtung: Wir suchen Wissen, Unterlagen und Fotos von der Ziegelei Wilhelm Danielczick in Haselberg/Lasdehnen. Über Ihre Reaktion würde sich freuen der Enkel des Ziegeleibesitzers, Dr. Konrad Murr, Dresdener Straße 7 in 53359 Rheinbach, Telefon (02226) 2319.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Ulrich Depkat, Gartenstraße 21, 26180 Rastede, Telefon (04402) 695727, Geschäftsstelle: Postfach 241, 09002 Chemnitz, E-Mail: Feige09116@web.de

Realgymnasium/Oberschule für Jungen – Das nächste Schultreffen findet vom 15.-17. Mai 2010 in Erfurt statt. Die Landeshauptstadt Thüringens ist mit ihrem ICE-Bahnhof und der Bundesautobahn A 4 verkehrsgünstig gelegen. Unser Hotel befindet sich direkt gegenüber dem Hauptbahnhof, am Willy-Brandt-Platz. Dieser Platz atmet Geschichte. Hier bekundeten im Jahre 1971 Tausende DDR-Bürger ihren Wunsch nach der deutschen Einheit, als sie den in Erfurt weilenden Bundeskanzler mit den Rufen „Willy Brandt ans Fenster“ bejubelten. Unter dem Stichwort „Schultreffen SRT“ ist für uns bis maximal 10. April 2010 ein Abrufkontingent reserviert. Anmeldungen sind möglichst bald an folgende Adresse zu richten: InterCityHotel Erfurt, Willy-Brandt-Platz 11, 99084 Erfurt. Telefon (0361) 56000, Fax (0361) 5600999. Alle bis zum 10. April 2010 nicht abgerufenen Zimmer gehen in die Verfügbarkeit des Hotels zurück. Offizieller Beginn des Schultreffens ist am Sonnabend, dem 15. Mai 2010 um 15 Uhr. Nach dem üblichen Bericht von Hans Dzieran und den Regularien steht der Abend im Zeichen von Informationen, Gesprächen und Begegnungen. Gegen 19 Uhr haben wir die Möglichkeit, uns an einem warmen und kalten Büfett zu stärken. Am Sonntag werden wir bei einem gemütlichen Stadtbummel die historische Altstadt erkunden. Am Nachmittag treffen wir uns im reservierten Saal, wo neben Buchlesung und Filmvorführung ausreichend Zeit zum „Plachandern“ bleibt. Der im Hotelpreis enthaltene Freifahrschein für die Nahverkehrsmittel ermöglicht natürlich allen Unternehmungslustigen die Mobilität für individuelle Entdeckungen. Mit gemütlichem Beisammensein und gemeinsamem Abendessen klingt der Sonntag aus und der Montag steht dann im Zeichen des Abschiednehmens.

Sehr geehrte Kreisvertreter, bitte denken Sie an die Zusendung der Termine für die Heimattreffen 2010!

Aus gegebenem Anlass

Hamburg – Bitte kontrollieren Sie Ihre Adressbücher. Immer wieder kommt es zu Verzögerungen bei der Veröffentlichung einzelner Einsendungen. Seit dem März 2009 (!) befindet sich die Landsmannschaft Ostpreußen und die *Preußische Allgemeine Zeitung / Ostpreußenblatt* in der Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Flucht mit der JU 52

Ein »Schutzengel« war wohl der ständige Begleiter der Familie

Über 60 Jahre sind vergangen. Ich war zehn Jahre alt. Meine beiden Brüder und mein Vater waren als Soldaten an der Front. Ein Bruder lag in Lötzen, mit dreimaliger Verwundung, im Lazarett. Die letzte Nachricht vom ihm stammte vom 9. Januar 1945. Meine Mutter und ich waren allein zu Hause. Wir hatten schon längere Zeit eine Mutter mit zwei Kindern aus Masuren als Flüchtlinge bei uns gehabt. Sie waren schon weggegangen. Meine Mutter konnte sich nicht entschließen, fortzugehen und alles stehen und liegen zu lassen.

In der Ferne hörten wir schon Artilleriefeuer, es muß um den 20. Januar gewesen sein. Lautsprecherwagen fuhren durch das Städtchen. Gauleiter Koch verkündete: Rette sich wer kann! Nun wurde auch meine Mutter hellwach! Wir gingen zum Bahnhof, aber es fuhren keine Züge mehr. Die Dirschhauer Brücke war schon gesprengt. Wir packten unseren Hörnerschlitten mit dem Nötigsten zusammen, verschnürten ihn so gut es ging, und so brachen wir am 22. Januar bei klirrender Kälte auf. Aber wohin?

Erst einmal die Chaussee runter, die Straße war voller Flüchtlinge, Pferdewagen und Soldaten. Der Schlitten fiel dauernd im hohen Schnee um. Wir gingen von Preußisch Holland zunächst ins nächste Dorf, nach Steegen. Ich nehme an, meine Mutter wollte über Schlobitten und Königsberg über die Ostsee eine Möglichkeit finden, in den Westen zu gelangen. Meine Mutter kannte aus Geschäftstagen den Besitzer eines Hofes in Steegen, dort blieben wir über Nacht. Er gab uns Essen und Unterkunft. Das Haus war voll mit Flüchtlingen. Er wollte mit seinen letzten beiden Pferden versuchen durchzukommen. In der Frühe half er uns auf einen Pferdeschlitten, der Milchkannen nach Schlobitten bringen musste. Wir mussten unseren Schlitten stehenlassen. Wir zogen mehrere Kleidungsstücke übereinander und nahmen nur das mit, was wir tragen konnten. Meine Mutter suchte die wichtigsten Papiere und Unterlagen zusammen. In Schlobitten angekommen, schickte man uns zu einem Güterzug, er war gefüllt mit Stroh, wir lagen auf dem Boden. Nach einiger Zeit fuhr er an, aber bald blieb er wieder stehen. Der Zug sollte ins Heilsberger Dreieck fahren, ständig blieb er stehen. Überall waren Soldaten.

Es folgte der Aufenthalt in Königsberg. Meine Mutter sagte, was sollen wir noch tiefer nach Ostpreußen reinfahren, wir stiegen aus. Wir schlugen uns zum Samlandbahnhof durch und tatsächlich gingen von dort noch Züge.

Unser Ziel war Rauschen. Dort bekamen wir eine Wohnung mit zwei anderen Müttern. So konnte immer eine bei den Kindern bleiben und die beiden anderen gingen auf die Suche nach einer Möglichkeit, mit dem Schiff weg zu kommen. Aber es klappte nicht, und so machten wir uns bei Dunkelheit auf den Marsch nach Brüsterort, die Spitze des Samlandes. Plötzlich hielt ein Militärfunkwagen, der uns mitnahm, wir Kinder sind dann bald eingeschlafen. Unser Ziel war der Flughafen von Brüsterort.

Die Erlebnisse der letzten Kriegsmonate prägen ein Leben

Inzwischen war es Morgen geworden. Wir sahen zerschossene Flugzeuge am Boden. Eine von den Müttern kannte den Kommandanten des Flughafens. Er sagte: Die wenigen Maschinen, die noch intakt wären, müssten mit Soldaten und Müttern mit ihren Kindern rausfliegen. Meine Mutter bekam Schwierigkeiten, mit mir einen Platz zu bekommen, sie wurde für meine Oma gehalten. Resolut bewies sie anhand ihrer Papiere, dass es sich bei uns um Mutter und Kind handelte. So bekamen wir die Chance, mitgenommen zu werden – es war die gute alte JU 52, die uns aufnahm. Wir saßen auf dem Boden, und ich sah unter mir nur Wasser. Wir flogen bis Stolp in Pommern.

Dort sollten wir in ein kleines Dorf. Doch meine Mutter sagte: „Ich will ins Reich, meine älteste Tochter ist dort kriegsverpflichtet.“ Und so mussten wir wieder in ein Flugzeug und flogen bis Fürstenwalde bei Berlin. Von dort fuhren wir nach Lichterfelde zu einem Bruder meines Vaters. Die Verwandten rieten uns: Bloß raus aus Berlin wegen der Luftangriffe! Und so stiegen wir am Potsdamer Bahnhof in den Zug, um nach Braunschweig in Niedersachsen zu meiner Schwester zu gelangen. Der Zug fuhr schon bei Vollalarm aus dem Bahnhof raus. Wir hatten Offiziere im Abteil, die uns erklärten, daß die Tannenbäume am Himmel Suchscheinwerfer waren. In dieser Nacht wurde der Potsdamer Bahnhof völlig zerstört. Wieder hatten wir einen Schutzengel ...

In Braunschweig angekommen, fanden wir die Adresse und die Wohnung meiner Schwester, aber das Haus war bombardiert. Meine Schwester war auf einem kleinen Militärflugplatz in Celle als Flughelferin kriegsverpflichtet Wir bekamen ein möbliertes Zimmer. Dort erlebten wir am 8. Mai 1945 den Einmarsch der Engländer – das Kriegsende. Mein Vater kam 1948 aus russischer Gefangenschaft, mein Bruder Karlheinz war zuletzt in Königsberg im Lazarett als Sanitäter. Er marschierte mit letzten Ärzten und Personal am Strand der Ostsee entlang und kam auf Umwegen nach Lübeck. Von meinem Bruder Wolfgang haben wir trotz zahlreicher Nachfragen über den Suchdienst des deutschen Roten Kreuzes nie wieder etwas gehört.

Wir hatten unsere Heimat verloren, trotzdem war es eine Flucht mit einem glücklichen Ausgang.

Inge Model

Wasser-sportler; früherer türkischer Titel; Meeres-, Knochenfisch; beständig, gleichbleibend; Tatkraft, Spannkraft; Wurf-, Sportgerät; Flugkörper; geistliches Lied (USA); Lochvorstecher, Pfriem; Stadt in Belgien; südamerikanisches Lama; Name zweier Flüsse z. Rhein; abwertend: Liebhaber; ausgenommen, frei von; Klavier; Höhe-, Glanzpunkt (engl.); japanische Kampfsportart; Platzmangel, Raumnot; kleinkörnige Getreideart; römischer Sonnengott; alles, alle zusammen; Absicht, Vorhaben; bezeichnen; taufen; Lebensbund; Tagesabschnitt; plötzlich in den Sinn kommen; zerstreut, unruhig; Gebetsschlusswort; Staat in Nahost; Persien; Seltenheit; eine Sitzung abhalten; engl. Dichter u. Maler (William); Metallbolzen; unnachgiebig, hart; Trick, Kniff; Weinstockschädling; durch Magie vertreiben; spanische Hauptstadt; Tiefengestein; Senator; russ. Schriftsteller (Nikolai); österr. Abtei an der Donau; Heimat des Odysseus; nicht außen; boshaft necken; Sinnesorgan; unermesslich; „fleißiges“ Insekt; Eile, überstürztes Drängen; schöner Jüngling d. griech. Sage; sehr fest anbinden; Rüge, Verweis; Schandfleck; Wagnis; garantieren, versprechen; biblischer Prophet; straff, gespannt; Widerhall; Siegerpreis; Brautschmuck; Nacht-, Frühgottesdienst; Stadt in Nordrhein-Westfalen; feste Erdoberfläche; Werk von Homer; Bruder Jakobs im A. T.; spanischer Cellist (Pablo); Musik: Übungsstück (franz.); Kosten anteilmäßig verteilen; veraltet: Geräte-, Wagenschuppen; Raubfisch; anbaufähig (... machen); Abschiedsgruß; Stillstand, Stagnation; Küchengerät zum Verrühren; jedoch, hingegen; Küstenstaat Brasiliens; Oper von Verdi; runde Schneehütte der Eskimos; wilde Menge, Schar; griechischer Buchstabe; Burg in der Eifel; Währungseinheit; Einfall, Gedanke; Geliebte des Zeus; hochbegabt und schöpferisch; Bestand, tatsächlicher Vorrat; Winderzeuger; chemisches Zeichen für Zink; Nationalitätszeichen Schweiz; Drama Frank Wedekinds; eine Zahl; Stimmzettelbehälter; Kfz-Zeichen Traunstein; Entsagung; fast, beinahe; amerik. Raub-, Pardelkatze

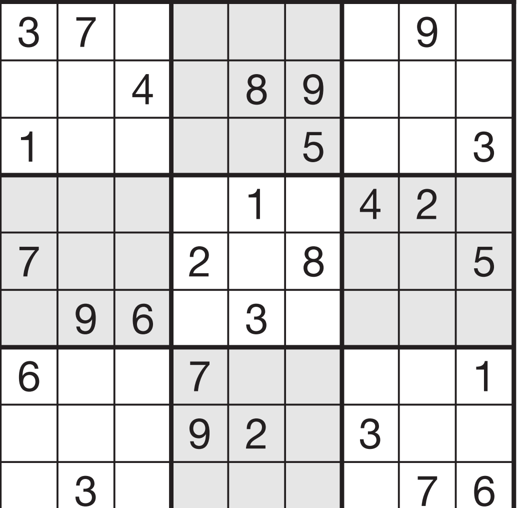
So ist's richtig:

Diagonalrätsel: 1. Ulrich, 2. Anflug, 3. Wismar, 4. Kabine, 5. Kulanz, 6. Garten – Unsinn, Humbug

Kreiskette: 1. Zinnie, 2. Granit, 3. Granne, 4. sonnig, 5. Griess – Zeitgenosse

Sudoku:

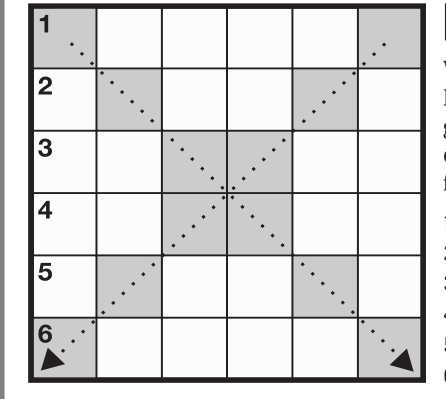
Sudoku



3	7						9	
		4		8	9			
1					5			3
				1		4	2	
7			2		8			5
	9	6		3				
6			7					1
			9	2		3		
	3						7	6

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



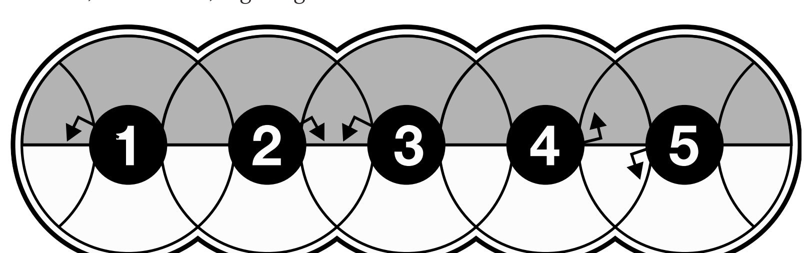
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Begriffe für Torheit.

1 Männername
2 vorübergehender Zustand
3 deutsche Hafenstadt an der Ostsee
4 Schiffsraum
5 Großzügigkeit, Entgegenkommen
6 Kleinanbaufläche

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein anderes Wort für Mitmensch.

1 mexikanischer Korbblütler, 2 Tiefengestein, 3 borstige Spitze an Gräsern, 4 heiter, freundlich, 5 grob gemahlene Getreidekörner



Das wahre Leben vorgegaukelt

Laiendarsteller statt Betroffene in »Doku-Soaps« – Ein Drehbuch bestimmt die Wirklichkeit

Sie tragen reißerische Titel wie „Raus aus den Schulden", „Mitten im Leben", „Frauentausch" oder „Familien im Brennpunkt" erreichen rund 20 Prozent der Zielgruppe. Doch schildern die so genannten Doku-Soaps tatsächlich das wahre Leben?

Die Mutter blickt übertrieben ernst zu ihren beinahe volljährigen Kindern, die neben ihr auf der Küchenbank sitzen. Die etwa 40-jährige Frau zieht eine leichte Fluntsch, versucht einen Dackelblick und setzt zum Geständnis an: Ja also, sie müsse ihnen sagen, dass sie damals, bevor sie Mutter wurde, als Prostituierte gearbeitet habe. Beide Kinder zucken

Die Zuschauer halten Spielszenen vielleicht für wirklich

zurück, Entsetzen steht in ihren Gesichtern, die Kamera zoomt auf die Tochter, deren Gesichtszüge plötzlich weich werden. Dann umarmt sie ihre Mutter: „Aber Mama, wir haben dich trotzdem lieb." Der Sohn schließt sich der Umarmung an. So endet eine Szene bei „We are family – So lebt Deutschland" auf Pro7. Wer jetzt umschaltet und zu Sat1 oder RTL wechselt, bekommt Ähnliches geboten. „Richterin Barbara Salesch" oder „Familien im Brennpunkt" flimmern dort über den Bildschirm. „Familien im Brennpunkt" ist eine mit Laiendarstellern nach Drehbuch produzierte Pseudo-Dokumentation, neudeutsch auch Doku-Soap genannt. Alle drei Sendungen haben eines gemeinsam: Sie gaukeln wirkliches Leben vor.

„Die Entwicklung verläuft parallel zum Court-TV, wo erst echte Fälle bei Barbara Salesch behandelt wurden, bevor man zum ‚scripted content' [Drehbuch] mit Laiendarstellern überging", so Professor Joan Kristin Bleicher vom Institut für Medien und Kommunikation der Universität Hamburg gegenüber der *PAZ*. „Damit soll die quotenwirksame Dramaturgie der Formate sichergestellt werden. Im Abspann wird auf die Drehbuchvorlagen hingewiesen und auch die Bezeichnung Doku-Soap verweist auf die Nähe zum Fiktionalen hin."

Da also das wahre Leben nicht mehr genügend „quotenwirksame Dramaturgie", sprich Streit, Lügen, Sex, Kriminalität und ähnliches, bietet, wird per Drehbuch nachgeholfen. Bei einigen Formaten erkennt der aufmerksame Zuschauer von allein, dass das Präsentierte nicht „echt" sein kann, da die Laiendarsteller zu schlecht oder die Handlung zu abstrus ist. Aber bei manchen Formaten ist der Übergang von Fakten zur Fiktion fließend. Wer kann sagen, ob die Reaktionen der Protagonisten selbst bei etablierten Formaten wie „Raus aus den Schulden" mit Peter Zwegat, „Frauentausch" oder „Die Super Nanny" wirklich immer spontan so waren oder ob der Regisseur die eine oder andere Szene wiederholt sehen wollte. „Drama, Baby, Drama!" dürfte eine Forderung sein, die nicht nur dem Ex-Juror von „Germanys next Topmodel", Bruce Darnell, regelmäßig über die Lippen gekommen sein dürfte. Wobei „Bauer sucht Frau" immerhin vor kurzem negative Schlagzeilen erhielt, als herauskam, dass einige Fälle nicht real waren, so unter anderem der eine Bauer gar kein Bauer und der Hof nicht sein Hof war.



Peter Zwegat hilft raus aus den Schulden: Fakten oder Fiktion? Bild: RTL

Und selbst bei Formaten, bei denen im Abspann „Alle handelnden Personen sind frei erfunden" steht, bedeutet es nicht, dass der Zuschauer dieses Eingeständnis auch wahrnimmt. Da die große Masse der Zuschauer – die Sendungen erreichen zwischen zehn und 20 Prozent Marktanteil in der werberelevanten Gruppe der 14- bis 49-Jährigen – nicht zu den aufmerksamen Fernsehkonsumenten gehört, wäre es durchaus interessant zu erfahren, welche Auswirkungen diese Doku-Soaps auf sie haben. Die *PAZ* hat bei mehreren Instituten und Universitäten, die sich mit Medienverhalten und Medienkonsum befassen, nachgefragt, aber bisher wurde offenbar noch nicht erforscht, inwieweit die Zuschauer Doku-Soaps für „echt" halten und die dort gesehene Darstellung des „echten" Lebens auf ihren Alltag übertragen. Das ganze Genre sei „degeneriert. Wie bei einer Droge musste die Dosis immer mehr gesteigert werden", klagte die Laiendarstellervermittlerin Imke Arntjen unlängst im „Spiegel". Da es pro Woche etwa 60 verschiedene Formate dieser Art im deutschen Fernsehen gibt, leiden die Fernsehmacher zudem darunter, dass es immer weniger Freiwillige gibt, die ihr Leben im Fernsehen zur Schau stellen wollen.

„Deutschland ist durchgecastet", lautet das Fazit von Imke Arntjen, so dass auch aufgrund von Personalproblemen RTL, SAT1 und Co. nichts anderes übrigblieb, als auf Laiendarsteller zurückzugreifen. Und da im wahren Leben selbst die dümmsten Gauner aus Angst vor dem Staatsanwalt nicht über kriminelle Aktivitäten plaudern würden, greift man zum Drehbuch. In dieser Pseudowirklichkeit kann das Fernsehteam auch die Dramaturgie bestimmen. Bei RTL nennt man das einen „erfolgreichen Tabubruch".

Die deutsche Gesellschaft scheint das zu tolerieren, denn nirgendwo wird davor gewarnt, dass vor allem junge Menschen durch derartige Machwerke den Sinn für Realität verlieren. Während Lebensmittel, Kinofilme, Spielzeug und vieles mehr mit Warnhinweisen und Qualitätsvermerken versehen werden müssen, spielen Doku-Soaps bewusst mit einer Scheinwirklichkeit. Sie gaukeln vor, dass es normal ist, wenn Elternteile fremdgehen, man sich wüst beschimpft, lügt, sich schlägt, klaut oder schlampig ist.

Die Alternativen, welche die öffentlich-rechtlichen Sender im Nachmittagsprogramm anbieten, sind übrigens Zoogeschichten in Endlosschleife oder Telenovelas wie „Sturm der Liebe" oder „Alisa – Folge deinem Herzen", die für eine eher ältere und weibliche Zielgruppe produziert werden.

Rebecca Bellano

IN KÜRZE

Licht dauerhaft konservieren

Heute hantieren schon Kinder mehr oder weniger geschickt mit Digitalkameras, um ihre Freunde oder Familienangehörigen zu fotografieren. Was im 21. Jahrhundert eine Selbstverständlichkeit ist, wurde erst durch die Erfindung des Franzosen Luis Daguerre (1787–1851) möglich. Er erfand zu Beginn des 19. Jahrhunderts das erste vermarktbare fotografische Verfahren. Seit Menschengedenken versucht man das Licht einzufangen. Die zweite Ausstellung des Museums im Kulturhaus LA8 in Baden-Baden widmet sich der Fotografie. Zu sehen sind fotografische Apparate wie die Kodak No. 1 aus dem Jahr 1889 als erste Amateurkamera, Geheim- und Spezialkameras und Panoramaansichten sowie Werke berühmter Fotografen und Erfinder. Im frühen 19. Jahrhundert wuchs das Bedürfnis, Lichtreflexionen dauerhaft zu konservieren. Der „durchscheinende Stein" (Lithophanie) aus Porzellan gilt als Vorstufe zur Fotografie. Eine Lithophanie besteht aus dünnem Material, das durch eine Lichtquelle von hinten beleuchtet wird. Durch die unterschiedliche Dicke des Materials entsteht beim Betrachter ein besonderer Lichtbeziehungsweise Bildeffekt. Die Ausstellung veranschaulicht die vielen Arbeitsschritte, die nötig waren, um ein exaktes Bild herzustellen, das nicht von Künstlerhand mittels Pinsel oder Bleistift geschaffen war. *Silke Osman*

Die Ausstellung „Licht fangen – Zur Geschichte der Fotografie im 19. Jahrhundert" im Museum für Kunst und Technik des 19. Jahrhunderts, Lichtentaler Allee 8, Baden-Baden, ist bis zum 7. März dienstags bis sonntags von 11 bis 18 Uhr zu sehen, Eintritt 7/5 Euro.

»Die beste Sängerin ohne Stimme«

Bei Hildegard Knef scheiden sich die Geister: Die einen verehren sie als Star, den anderen ist sie der Inbegriff des Skandals

Mit Glück ist sie schon als Kind nicht reich beschenkt worden. Krankheiten und Misserfolge prägten ihr Leben. Dennoch ließ sich Hildegard Knef von nichts und niemandem unterkriegen. Sie war ein Vorbild für das erwachende Selbstbewusstsein der sich zunehmend emanzipierenden Frauen.

In jungen Jahren ahnt noch niemand, dass das Kind einmal ein ebenso umjubelter wie umstrittener Star werden würde. Am 28. Dezember 1925 in Ulm geboren, erlebt Hildegard Knef die Schrecken des Zweiten Weltkrieges. Nach dem frühen Tod des Vaters kommt sie 1926 mit ihrer Mutter nach Berlin, wo sie zeitweise mit dem geliebten Großvater in einer Wohnung lebt. Erste gesundheitliche Probleme kündigen sich mit Kinderlähmung und rheumatischem Fieber an. Die zweite Heirat ihrer Mutter beschert der kleinen Hilde Bruder Heinz Wulfestieg, der später ein bekannter Jazztrompeter werden wird. Bereits in ihrer Jugend malt sie gerne Bilder, am liebsten Porträts. Ihr Talent kann sie 1942 als Zeichnerin bei den UFA-Studios beweisen, wo sie eine Lehre in der Malabteilung beginnt. Doch schon bald bemerkt Personalchefin Else Bongers ein weiteres Talent des außergewöhnlichen Mädchens und ermöglicht ihm Probeaufnahmen für die Schauspielabteilung. Kurz darauf erhält Hilde ein Stipendium und hat erste Engagements.

In der Endphase des Krieges wird sie von ihrer Mutter getrennt und macht sich als Soldat verkleidet auf den Weg zu ihr. Die Maskerade fliegt zwar auf, bleibt jedoch unbestraft. Dafür wird sie in ein polnisches Lager gesperrt,



Umstrittener Streifen: Proteste der Kirchen machten „Die Sünderin" zu einem Kassenerfolg. Bild: Internet

wo sie an Typhus erkrankt und sich am Kiefer verletzt. Nach drei Monaten gelingt ihr die Flucht, sie schafft es bis nach Berlin. Schon bald nimmt sie ihre Theaterkarriere wieder auf und wird von Wolfgang Staudte für die Hauptrolle in „Die Mörder sind unter uns" besetzt, dem ersten deutschen Nachkriegsfilm. In der sowjetischen Militärzone ein Erfolg, wird er in der Bundesrepublik Deutschland erst zwölf Jahre später gezeigt.

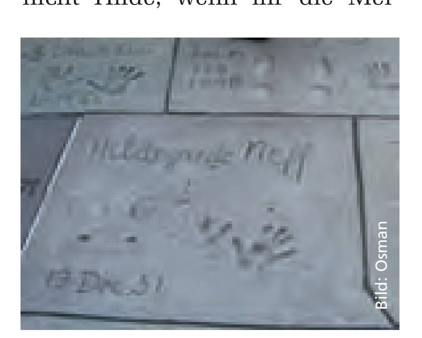
Hilde ziert das Titelblatt des „Spiegel" und die erste Ausgabe des „Stern". Sie genießt die erste Welle ihres Ruhms. Selbst in den USA wird man auf sie aufmerksam. Hollywood-Produzent David O. Selznick macht Hilde ein Angebot, und so zieht sie Anfang 1948 mit ihrem ersten Ehemann Kurt Hirsch in die USA und nennt sich wegen der einfacheren Aussprache Hildegard Neff. Währenddessen wird der Streifen „Film ohne Titel" in Deutschland zum Erfolg, der ihr mehrere Auszeichnungen einbringt. Das Hoch sollte nicht von Dauer sein. 1950 nimmt sie die Rolle in Willi Forsts „Die Sünderin" an und kehrt nach Deutschland zurück. Mit einer Nacktszene sowie den Themen Selbstmord und Sterbehilfe sorgt der Film im Nachkriegsdeutschland für eine Protestwelle, wie sie die junge Republik noch nie zuvor erlebt hat.

Insbesondere die Katholische Kirche rebelliert, Demonstranten besetzten die Kinos, die sich trauen, den Film zu spielen. Schließlich darf „Die Sünderin" in Bayern gar nicht mehr gezeigt werden. 1952 lässt sie sich von Kurt Hirsch scheiden; sie produziert mehrere Flops, bei der Kritik fällt sie ebenfalls durch. Zugleich wird sie jedoch von vielen als Star gefeiert und verehrt.

Den Zenit ihrer Filmkarriere hat Hilde überschritten, sie wendet sich nun vermehrt der Musik zu und veröffentlicht mit „Ein Herz ist zu verschenken" ihre erste Platte, die großen Zuspruch findet. Aufträge als Werbemodell zieht sie ebenfalls an Land.

Zurück in den USA nimmt Hildegard Knef 1955 als erste Deutsche eine Hauptrolle in einem Broadway-Musical an. „Silk Stokkings" (Seidenstrümpfe oder Ninotschka) mit der Musik von Cole Porter wird ein großer Erfolg. Sie soll auch in der Verfilmung von Metro-Goldwin-Meyer (MGM) mitspielen. Allerdings darf sie durch die vertragliche Bindung an 20th Century Fox nicht in einer MGM-Produktion mitwirken. Die Rolle geht an ihre Freundin Marlene Dietrich, Hilde kehrt wutentbrannt und enttäuscht nach Deutschland zurück.

Dort kann man sie wegen des Skandals mit „Die Sünderin" immer noch nicht besonders leiden. Deshalb dreht sie in Frankreich und England, wo sie ihren zweiten Ehemann David Cameron kennenlernt. Auch damit setzt sich die Knef in die Nesseln. Da Cameron noch verheiratet ist, wird sie als Ehebrecherin beschimpft. Aber Hilde wäre nicht Hilde, wenn ihr die Meinung der anderen nicht herzlich egal gewesen wären.



Als die Knef sich „Neff" nannte: Abdrücke vor dem Grauman's Chinese Theatre am Hollywood Boulevard Bild: Osman

Immer mehr rückt die Musik in den Vordergrund. Hilde begeistert dabei weniger mit einer virtuosen Gesangstechnik, als vielmehr durch ihre tiefe, rauchige Stimme, die den Chansons Nachdruck verleiht. Ella Fitzgerald nennt sie „die beste Sängerin ohne Stimme". Sie fängt an, ihre Texte selbst zu schreiben, das kommt beim Publikum an. Das 1968 erschienene Chanson „Für mich soll's rote Rosen regnen" wird zu ihrer Erkennungsmelodie. Im selben Jahr kommt Tochter Christina Antonie, genannt „Tinta", zur Welt. 1970 erscheint ihr autobiografisch geprägtes Buch „Der geschenkte Gaul". Nach dieser Vorlage entsteht 2009 der Film „Hilde", in dem Heike Makatsch die Knef spielt.

Es folgen weitere Bücher, weitere Platten und 1977 eine dritte Ehe (mit Paul von Schell). Dabei verschlechtert sich ihre finanzielle Situation zunehmend. In Los Angeles kann sie nicht mehr Fuß fassen, auch in Deutschland plagen sie nicht unerhebliche Schulden. Auch die Gesundheit lässt den in die Jahre gekommenen Star immer wieder im Stich. Darmprobleme, Leber- und Lungenkrankheiten und Brustdrüsenkrebs bestimmen ihr Leben zunehmend.

Da sie, ohne ein Blatt vor den Mund zu nehmen, in der Öffentlichkeit über ihre Krebserkrankung spricht, sorgt sie erneut für einen Skandal, legt damit jedoch den Grundstein zur Enttabuisierung des Themas. Auch ihr offener Umgang mit ihrer eigenen Schönheitsoperation sorgt für Wirbel. Doch die ständigen Reibereien zehren an den Energiereserven. Am 1. Februar 2002 gibt die Kämpfernatur Hildegard Knef sich endgültig geschlagen. Sie stirbt im Alter von 76 Jahren an den Folgen einer Lungenentzündung. *Bettina Friemel / Ricore*

Vom Flüchtling zum Star

Erst Kosovo, dann Fußball



Frauenfußball-Nationalmannschaft, Nagellack und Lippenstift – kann man das miteinander in Einklang bringen? Man kann beziehungsweise „frau“ kann. Zum Beispiel Fatmire Bajramaj, besser bekannt als Lira Bajramaj, die den Frauenfussballbegeisterten noch von der WM 2007 ein Begriff sein dürfte.

In dem Buch „Mein Tor ins Leben – Vom Flüchtling zur Weltmeisterin“ berichtet die 20-jährige Kickerin jedoch nicht nur von ihrer Leidenschaft für das runde Leder, sondern auch von ihrer Kindheit im Kosovo, den Gründen, aus denen ihre Familie dort nicht länger leben konnte, und der gefahrvollen Flucht nach Deutschland.

„Das neue System ließ in den wichtigen Bereichen wie Polizei oder auf den Ämtern bald keine Albaner mehr zu. Es kamen Leute aus Serbien, besetzten Schlüsselpositionen. Irgendwann war von den alten Polizisten, die mein Papa gut kannte, keiner mehr da, der Umgang des neuen Personals mit uns Albanern wurde rauer ... Schließlich bekam mein Vater eine Vorladung auf das Polizeipräsidium ... Eines war klar: Wenn er dort hingeht, kommt er so schnell nicht wieder. Es hätte die vorläufige Festnahme bedeutet. Danach wäre er vor Gericht gestellt und verurteilt worden.“ Da Liras Vater als rechtschaffener Bürger plötzlich um Leib und Leben fürchten musste, lieh er sich bei Freunden und Verwandten etwas Geld und dann ging die als Urlaubsreise getarnte Flucht samt Ehefrau, Tochter und den beiden Söhnen los.

Liras Verwunderung darüber, dass damals alles geglückt ist, kann der Leser nur teilen. Der Schutzengel, der an diesen Tagen über der Familie wachte, muss besonders gut in seinem Metier ausgebildet gewesen sein.

Zu Beginn ihres Buches stellt Lira die Frage, ob es mit 20 Jahren nicht zu früh sei, seine Lebensgeschichte zu Papier zu bringen. Spätestens nach Beendigung des Buches dürfte die Antwort klar sein. Denn wenn man in diesem Alter bereits eine Flucht aus der Heimat, eine Zeit als Asylant samt sämtlichen Fallen der Integration in Deutschland mit Sprachproblemen und unterschiedlichen Gebräuchen hinter sich gebracht hat und nebenbei auch noch Mitglied der Deutschen Frauenfußball-Nationalelf geworden ist, erübrigt sich ein solche Frage.

Albaner in deutscher Nationalmannschaft

Natürlich merkt man dem Buch an, dass seine Verfasserin noch sehr jung ist. Aus diesem Grunde sieht man ihr jedoch kleine Ausschweifungen über Kosmetik und Hairsytling gerne nach.

„Mein Tor ins Leben – Vom Flüchtling zur Weltmeisterin“ ist eine Biographie der besonderen Art. Nicht nur, dass das Buch sehr persönlich geschrieben ist und private Fotos der jungen Autorin und ihrer Familie beinhaltet, es besticht auch durch seine frische positive Art, mit der Lira Bajramaj über die recht schwierigen Themen Migration, Integration und Sport berichtet.

A. Ney

***Lira Bajramaj: „Mein Tor ins Leben – Vom Flüchtling zur Weltmeisterin“**, Südwest, München 2009, broschiert, 156 Seiten, 9,95 Euro*

Alle Bücher sind über den PMD, Mendelssohnstraße 12, 04109 Leipzig, Telefon (03 41) 6 04 97 11, www.preussischer-mediendienst.de, zu beziehen.

Politik auf unsere Kosten

Alles umwirbt die politische Mitte, doch die gesellschaftliche interessiert kaum



Eigentlich dürfte „Die Ausplünderung der Mittelschicht – Alternativen zur aktuellen Politik“ ein Buch sein, das alle Leser dieser Zeitung anspricht, denn wo Bürger mit einem durchschnittlichen Einkommen bei gleichzeitigem Interesse an Bildung und Leistung zu finden sind, da trifft man auf die Mittelschicht. Doch gerade zu Beginn verfällt Marc Beise, Leiter der Wirtschaftsredaktion der „Süddeutschen Zeitung“, zu sehr in das allgemeine Lamento um den Niedergang der Mittelschicht. Sie habe keine Lobby, alles drehe sich nur um ganz Arme oder ganz Reiche, ihr gehe es immer schlechter, sie würde schrumpfen und sei gleichzeitig statistisch schwer zu erfassen.

Der Autor, der sich auch als Mitglied der Mittelschicht sieht, identifiziert sich ziemlich emotional mit seiner Leserschaft. „Wir sind und bleiben die Helden der schwarzen Null am Monatsende“, klagt Beise und verweist darauf, dass es uns zwar so schlecht nicht ginge, doch der Staat ließe der Mittelschicht nach den vielen Abzügen anlässlich der solidarischen Umverteilung kaum finanziellen und gestalterischen Freiraum. Und dabei mache er auch noch Schulden, die vor allem die Mittelschicht irgendwann abtragen dürfe. Gab es 1950 noch eine öffentliche Pro-Kopf-Verschuldung von 188 Euro, waren es 1990 schon 8448 Euro. Heute sind es über 20 000 Euro.

Pro-Kopf-Verschuldung stieg von 188 1950 auf heute 20 000 Euro

Nachdem sich der Autor durch die Erklärung und die Folgen der Finanzkrise gearbeitet hat, erklärt er jedoch durchaus anschaulich und spannend, inwieweit in den letzten Jahren vor allem gegen die Interessen der Mittelschicht Politik gemacht wurde.

„Auch wenn die Rentenversicherung heute als solide organisiert gilt, heißt das nur, dass sie in den nächsten Jahren nicht akut außer Kontrolle geraten wird.“ Ähnliches gelte für die Gesundheit und die Pflege. Auch zum Thema Hartz IV äußert sich Beise und merkt an, dass die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, die bereits im ersten Jahr 30 statt der veranschlagten 21 Milliarden Euro kostete, eher nicht als Sozialabbau zu bezeichnen sei. Auch klärt der Autor darüber auf, wie in der öffentlichen, linken Meinungsmache ein sachlich durchaus positiv zu beurteilender Begriff wie „Neoliberalismus“ diffamiert wurde. Auch würden die Reichen keineswegs immer reicher werden. So sei es „gerade eine Folge der Finanzkrise, dass die großen Vermögen sich deutlich verringert haben“.

Auch wundert sich Beise, warum der Steuerzahler spätestens seit Einführung der überall geltenden Steueridentifizierungsnummer transparenter werde, die Finanzaktionen des Staates hingegen immer undurchschaubarer würden.

Da gerade die Mittelschicht mit ihrem Streben nach gesellschaftlicher Anerkennung, nach mehr Geld, Bildung und individueller Sicherheit der Motor einer Volkswirtschaft sei, sei gerade ihr Frust und die damit verbundene Abkehr von Politik und Gesellschaft gefährlich.

„Man muss sich für alle Facetten des Lebens interessieren und seine Sinne entsprechend schärfen“, schreibt Beise nicht nur den gesellschaftlichen Eliten ins Stammbuch. Nur wer mitrede, die Wahrheit vertrage und Reformen mittrage, helfe, Deutschland fit für die Zukunft zu machen. Reformvorschläge gibt der Autor seinen Lesern gleich mit auf den Weg.

Rebecca Bellano

***Marc Beise: „Die Ausplünderung der Mittelschicht – Alternativen zur aktuellen Politik“**, DVA, München 2009, geb., 220 Seiten, 19,95 Euro*

Fragen zu Deutschland

Unterhaltsames Kartenspiel bietet Wissen und Spaß



Die Bundesrepublik Deutschland feierte im vergangenen Jahr gleich zwei Jubiläen: 60 Jahre Bundesrepublik Deutschland sowie 20 Jahre Mauerfall und Wiedervereinigung.

Mit den beiden schönen, farbigen Kartenspielen „Hätten Sie's gewusst? – Deutschland-Quiz“ und „Hätten Sie's gewusst? – DDR-Quiz“ würdigt der Herausgeber Mattscheibe Media GmbH die historisch einmaligen Ereignisse.

62 Fragen und Antworten vermitteln jeweils auf unterhaltsame und lehrreiche Weise die wichtigsten Fakten aus den Bereichen Alltagsleben, Geschichte, Kultur und Politik: Warum waren die Ministerpräsidenten der deutschen Bundesländer zunächst gegen die Gründung der Bundesrepublik Deutschland? Welcher Politiker wird als „der Vater des deutschen Wirtschaftswunders“ bezeichnet? Welches Amt in der Bundesrepublik Deutschland ist das protokollarisch höchste? Zu welcher ungewöhnlichen Maßnahme entschloss sich die Bundesregierung 1973, um Öl zu sparen? Was regelt der Generationenvertrag? Wie heißt die bisher erfolgreichste Krimiserie im deutschen Fernsehen?

Insbesondere über die DDR wissen heute viele Menschen nur noch wenig: Warum wurde mitten durch Deutschland eine Mauer mit Stacheldraht und Selbstschussanlagen gebaut? Wie viele Menschen wurden beim Versuch, die DDR zu verlassen, getötet? Wie viele Bürger haben einen Ausreiseantrag gestellt? Welches Wirtschaftsmodell hatte die DDR? Welcher Vertrag regelte ab 1972 die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR? Was waren „Boxer“, „Shanty“ und „Wisent“?

Pro Karte werden zwei Fragen gestellt, vier Antwortmöglichkeiten sind jeweils vorgegeben. Umseitig finden sich Erläuterungen zu den Fragen, Fotos illustrieren bedeutsame Ereignisse und Personen.

Geschichtsinteressierte aus Ost und West können so auf vergnügliche Weise ihre Kenntnisse über die Bundesrepublik Deutschland und die DDR testen und Wissenslücken schließen.

Corinna Weinert

Die Kartenspiele kosten 3.99 Euro pro Stück und können unter Telefon (030) 240 84 69-22 bestellt werden.

Bilder im Text

Letzte Tage der DDR aus Sicht eines Kameramannes



Schlägt man dieses Buch auf, erwartet man Bilder, zumal ein Mensch mit Glatze, Brille und Makroobjektiv vom Buchcover auf uns schaut, aber man sieht keine. Liest man aber den Text, da kommen die Bilder zum Vorschein. Dem Kameramann Kai von Westermann ist es gelungen, „die Bilder sprechen zu lassen“. Das macht aus diesem Buch ein Unikum. Ein Bilderbuch ohne Bilder.

Ehrlich, so etwas hat der Rezensent in der Moderne noch nicht erlebt. Zur Zeit Goethes oder Balzacs, als es weder Filmkameras noch Fotoapparate gab und nur der Pinsel des Malers Menschen, Tiere und Landschaften wiedergeben konnte, bemühten sich die Schriftsteller, die Szenen detailgetreu zu beschreiben, „damit man sich ein Bild davon machen“ kann. Aber bei diesem Buch geht es um etwas anderes. Der Autor schreibt, wie er sieht. Die kurzen Kapitel, selbst in Handlungen, Begegnungen, Schritte unterteilt, sind nichts anderes als Momentaufnahmen. Einzelheiten sind dabei, Bewegungen und Farben. Es ist moderne Fotografie.

Der Verfasser kann uns historisches Geschehen gewaltigen Ausmaßes bildlich erfassen lassen. So erfahren wir, dass sein Vater einen weißen Fleck auf der einen Seite seines Armes und denselben Fleck auf der anderen Seite hat: Eine russische Kugel hatte seinen Arm durchlöchert. Krieg, Kugelhagel, Überleben werden präsent, zumal der Vater, ein Berufsoffizier im Rang eines Generals in der Bundeswehr, erzählt, dass er beim Einmarsch in Russland an der vordersten Front und beim Rückzug in der letzten Nachhut war. Vor ihm und hinter ihm „nur Russen“, sagte er lakonisch. Damit ist alles gesagt.

Ein Stück moderne Fotografie

Trotz der Segmentierung in optischen Schnellschüssen liest sich die Erzählung, teilweise autobiographisch mit Familienhintergrund und Lehrjahren, zuletzt in der Fachschule für Optik und Fototechnik in Berlin, wie ein Roman. Wie ein Abenteuerroman, denn die Jahre der gefährlichen Teilung Deutschlands und des Kalten Krieges, die im Mittelpunkt des Buches stehen, waren spannend und gefährlich. Heute würde man sich in Berlin langweilen, gäbe es nicht so viele Feste. Der Autor ist damals als „homo videns“, als Sehender, viele Male auf Augenhöhe mit dem „Gegner“ im kommunistischen Machtbereich. Durchfahrt durch die DDR mit Bahn und mit Auto, Konfrontation an der innerdeutschen Grenze als Soldat, Leipziger Messe, Berlin Ost, alles erinnert an jene Zeit vor dem Fall der Berliner Mauer, als man anders lebte, fühlte und sprach. Akribisch hat er Fakten und Vokabular gesammelt. Man trifft auf die „Zone“, auf „Backfische“ und auf „Resopal“. Weiß die Jugend heute noch, was das ist? Ein Hauch von Nostalgie ...

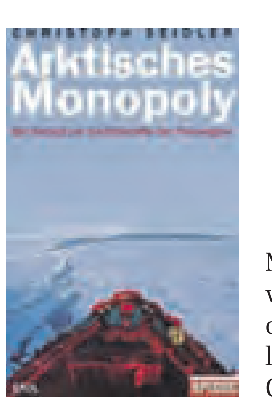
Dann kommt Bertrand, der französische Kameramann, ich-bezogen und unpünktlich, wie Franzosen eben sind, aber couragiert bis tollkühn. Für ihn hält Kai von Westermann die Kamera noch im „real existierenden Sozialismus“ und danach im „zerbröckelnden Sozialismus“ der DDR-Revolution. Die Kameraleute haben in diesem friedlichen Aufstand in der DDR eine zentrale Rolle gespielt. Ohne die herausgeschmuggelten Filme, die im Westfernsehen ausgestrahlt wurden, hätte das Regime vielleicht nicht so schnell nachgegeben, die Menschen drüben wären nicht so schnell mobil geworden.

Jean-Paul Picaper

***Kai von Westermann: „Letzte Bilder von der Mauer“**, Zeitgut Verlag, Berlin 2009, 363 Seiten, 12,90 Euro*

Kampf um die Arktis

Das Interesse an dem Öl unter dem Eis wächst



Beim Monopoly versuchen die Spieler ein Grundstücksimperium aufzubauen und die Konkurrenz in die Insolvenz zu treiben. Während die Schlossallee das große Los bedeutet, ist die Badstraße eher ein Trostpreis. Die Brettschlacht entscheidet sich in einem Mix aus Strategie und Zufall, aber letztlich gilt auch hier wie im realen Leben: Geld regiert die Welt. Dass sich diese Spieleregeln nicht ganz so einfach auf den Rohstoffpoker am Nordpol übertragen lassen, zeigt Wissenschaftsredakteur Christoph Seidler von „Spiegel Online“ in seinem neuen Buch „Arktisches Monopoly“.

Hier spielen neben Gebietsansprüchen und nationaler Ressourcensicherheit auch Grenzstreitigkeiten, völkerrechtliche und historische Überlegungen sowie globale Umweltrisiken eine Rolle. Im „Großen Spiel“ um die Arktis treten gleich mehrere Anrainerstaaten an: Russland, Norwegen, Grönland (vertreten durch Dänemark), Kanada und die USA. Dem Gewinner winken knapp ein Viertel aller Öl- und Gasreserven der Welt.

Die Nase vorn im Wettlauf hat nach Seidler Russland. Das Land sei mit tiefseefähigen Tauchbooten und einem halben Dutzend großer Eisbrecher hervorragend für arktische Patrouillenfahrten gerüstet. Dazu kommen in den nächsten Jahren drei bis vier atombetriebene Schiffe. Die Region verfüge ferner über eine gut ausgebaute Infrastruktur. Trotz Abwanderungen seien die Hafenstädte entlang der Nordküste besiedelt und per Bahn oder schiffbarer Flüsse mit dem Binnenland verbunden. Allerdings hätten die Staatskonzerne Gasprom und Rosneft enorme Defizite bei der Gas- und Ölfördertechnik und seien durch die Finanzkrise betroffen.

USA vergleichsweise zaghaft

Die Norweger hoffen aufgrund ihrer exzellenten Öl- und Meerestechnikfirmen von einem möglichen Arktisboom in Russland zu profitieren. Die Grönländer sehen den sich abzeichnenden Ölreichtum mit einem lachenden und einem weinenden Auge: Einerseits haben sie die Chance zur Eigenständigkeit nach jahrhundertelanger Fremdherrschaft, andererseits drohen massive Umweltschäden.

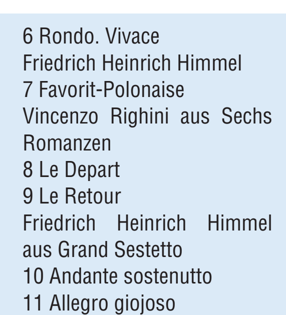
Kanada verschenkt laut Seidel sein Potential in der Arktis. Obwohl der Klimawandel den Rohstoffabbau in immer nördlicheren Regionen erlaubt, hinkt das Land Russland in puncto Besiedelung und Infrastruktur hinterher. Schlusslicht seien die USA, die über nur drei Eisbrecher verfügen und kaum in die Errichtung arktischer Förderanlagen investieren. Dabei könnten das Öl und Gas aus der Nordpolregion den USA helfen, ökonomisch unabhängiger vom politisch instabilen Nahen und Mittleren Osten zu werden.

In „Arktisches Monopoly“ nimmt sich Seidler einem aktuellen geopolitischen Thema an. Anschaulich analysiert er die Möglichkeiten rund um den Nordpol und lotet die Chancen der Kontrahenten aus. Dabei weist der Autor auf die politischen, wirtschaftlichen und ökologischen Gefahren des weltweiten Rohstoffhungers hin und warnt vor militärischen Auseinandersetzungen. Letztlich müssten die Länder sich auf erneuerbare Energien umstellen, denn auch die arktischen Ressourcen seien endlich.

Sophia E. Gerber

***Christoph Seidler: „Arktisches Monopoly – Der Kampf um die Rohstoffe der Polarregion“**, DVA, München 2009, kartoniert, 288 Seiten, 19,95 Euro*

Musique pour Luise



Das "Ensemble Sans Souci Berlin" unter der Leitung von Christoph Huntgeburth spielt 11 Musikstücke, die für die preußische Königin Luise komponiert wurden.
Prinz Louis Ferdinand
1 Notturno
Vincenzo Righini aus Sechs Romanzen
2 L'Esperance
3 Le trois Graces
Johann Friedrich Reichardt: Sonate C-Dur für Flöte und Cembalo
4 Allegretto
5 Andante
6 Rondo. Vivace
Friedrich Heinrich Himmel
7 Favorit-Polonaise
Vincenzo Righini aus Sechs Romanzen
8 Le Depart
9 Le Retour
Friedrich Heinrich Himmel aus Grand Sestetto
10 Andante sostenutto
11 Allegro gioioso

Gesamte Spieldauer: 64:23 Min
Best.-Nr.: 6900

€ 13,90

Elchschaufel-Schlüsselanhänger

Elchschaufel-Schlüsselanhänger
Best.-Nr.: 6638, € 4,95

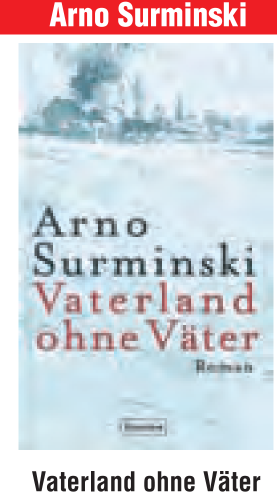


Ebba D. Drolshagen
Der freundliche Feind
Wehrmachtssoldaten im besetzten Europa
Geb., 347 Seiten
Best.-Nr.: 6888, € 19,95

Arno Surminski



Die Kinder von Moorhusen
Geb., 198 Seiten m. Zeichnungen
Best.-Nr.: 1039, € 16,95



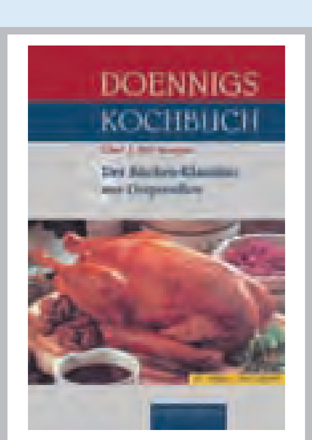
Vaterland ohne Väter
Geb., 455 Seiten
Best.-Nr.: 3926, € 22,00



Gruschelke und Engelmannke
Geb., 244 Seiten
Best.-Nr.: 5990, € 16,95



Andrea Schwarz
Wenn die Orte ausgehen, bleibt die Sehnsucht nach Heimat
Geb., 112 Seiten
Best.-Nr.: 6889, € 12,95



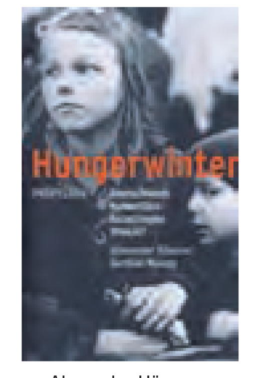
Doennigs Kochbuch
Der Küchen- Klassiker aus Ostpreußen mit mehr als 1500 Rezepten
Geb., 632 Seiten
Best.-Nr.: 1354, € 19,95



HARALD SAUL
Unvergessliche Küche Ostpreußen
Geb. Buch, 128 Seiten
Best.-Nr.: 6820



Ostpreußische Küche
Tradition, Geschichte und Gerichte
Geb., durchgehend farb. Abb., 128 Seiten,
Format 19 x 24 cm
Best.-Nr.: 6233, € 7,95



Alexander Häusser, Gordian Maugg
Hungerwinter
Deutschlands humanitäre Katastrophe 1946/47
Geb., 224 Seiten
Best.-Nr.: 6885, € 19,90

Gottfried Piefke
Gottfried Piefke, Preußische Armeemärsche



Es spielt das Stabsmusikkorps Berlin unter der Leitung von OTL Volker Wörrlein
1. Preußens Gloria; 2. Der Alsenströmer; 3. Herwarth Marsch; 4. Erinnerung an Weimar; 5. Margarethen Marsch; 6. Gitana Marsch; 7. Düppeler Sturm Marsch; 8. Pochhammer Marsch; 9. Siegesmarsch von Metz; 10. Kaiser Wilhelm - Siegesmarsch; 11. Lymfjordströmer; 12. Der Königgrätzer Marsch; 13. Düppel - Schanzen - Sturm – Marsch. GROßER ZAPFENSTREICH nach D.S. Bortnjanskij; 14. Anmarsch mit Parademarsch. Marsch des York'schen Korps; 15. Locken zum Großen Zapfenstreich; 16. Zapfenstreichmarsch 17. 1. Post; 18. 2. Post; 19. 3. Post; 20. Zeichen zum Gebet; 21. Gebet, Abschlagen und Ruf nach dem Gebet; 22. Nationalhymne
23. Abmarsch

Gesamtspielzeit: 46:55 Min
Best.-Nr.: 6894

€ 13,90



lesensWERT!

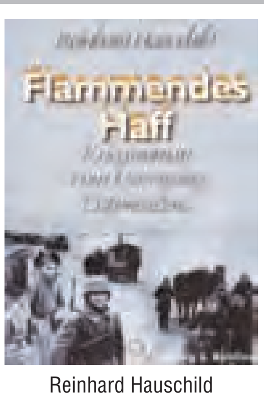
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!



Winfied Brandstäter
Mein Paradies lag in Masuren
Erinnerungen eines ostpreußischen Jungen an die Schicksalsjahre 1977-1946
Die Erinnerung an das unter schrecklichen Bedingungen verlorene Kindheitsparadies in Ostpreußen begleitet Winfried Brandstäter sein Leben lang. Im Winter 1946 war er elf Jahre alt. Er und seine Eltern haben das Grauen des Zweiten Weltkriegs und den Exodus aus der Heimat überlebt. Winfrieds 14-jährige Schwester dagegen fiel dem Krieg zum Opfer. Was geht in Menschen vor, die entwurzelt, heimat- und besitzlos auf der Straße stehen und irgendwie überleben müssen? Der Autor lässt erahnen, was es heißt, wenn das Grauen des Todes zum ständigen Begleiter wird. Brandstäters Zeitzeugenbericht über die letzten Kriegsmonate und die frühe Nachkriegszeit betrachtet auch die politischen Zusammenhänge jener Zeit und steht stellvertretend für die Erfahrungen einer ganzen Generation von Menschen, die durch Krieg und Vertreibung ihre Heimat verloren.

Kart., 144 Seiten
Best.-Nr.: 6859

€ 10,90



Reinhard Hauschild
Flammendes Haff
Ein junger Offizier schreibt in der Sprache der Soldaten vom Untergang Ostpreußens
Kart., 297 Seiten
Best.-Nr.: 1035, € 15,50



Udo Ulfkotte
Vorsicht Bürgerkrieg!
Geb., 448 Seiten, mit großer Deutschlandkarte zum Herausnehmen
Best.-Nr.: 6809, € 24,95



Hermann Sudermann
Das Bilderbuch meiner Jugend
Geb., 331 Seiten
Best.-Nr.: 6823, € 19,80

Elch, klein



Wunderschöne Darstellung gehend im Winterfell
Metallguß, bronziert, auf Metallplinthe,
Höhe: 16 cm,
Breite: ca. 21 cm,
Gewicht: 1,3 kg
Best.-Nr.: 6627

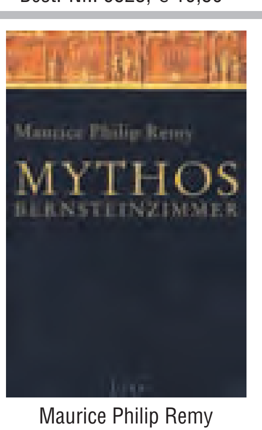


Walter E. Genzer
Pferd und Reiter im Alten Osten
Damals und heute
Damals im Osten - in Ostpreußen, Hinter-Pommern, Posen, Westpreußen und Schlesien - lebten die Menschen mit und von den Pferden. Der Umgang mit ihnen lag ihnen im Blut, sie verstanden die Pferde und die Pferde verstanden auch sie. Wie der Autor zeigt, waren die großartigen Leistungen in Zucht und Sport bis zum Zweiten Weltkrieg der ländlich gewachsenen Verbundenheit zwischen Mensch und Pferd und der Wechselwirkung von Zuchtprüfung und Turnierreiten zu verdanken.



Geb., 160 Seiten, Best.-Nr.: 1566

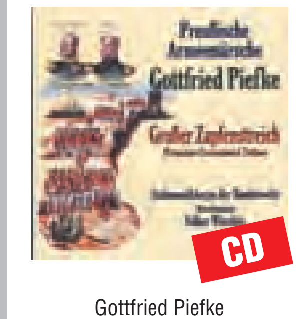
statt € 24,90 nur € 14,90



Maurice Philip Remy
Mythos Bernsteinzimmer
Geb., 239 Seiten
Best.-Nr.: 2270
statt € 24,00 nur € 14,95



Edeltraut Wagner
Omi, erzähl' von früher
Jugenderinnerungen einer Ostpreußin aus Kubillen (ab 1938 Nordenfeld), Kreis Goldap
Geb., 356 Seiten mit 60 Abb.
Best.-Nr.: 6892, € 14,95



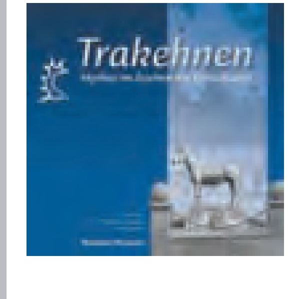
Gottfried Piefke
Preußische Armeemärsche
Stabsmusikkorps Berlin
Mit dem Großen Zapfenstreich, Preußens Gloria, u.v.m.
23 Titel,
Gesamtspielzeit: 46:55 Min
Best.-Nr.: 6894, € 13,90

Die schönsten Volkslieder

Gesungen von Peter Schreier, Tenor und Theo Adam, Bariton mit dem Rundfunk- und Thomanerchor und dem Gewandhausorchester Leipzig unter der Leitung von Horst Neumann und der Dresdner Philharmonie unter der Leitung von Johannes Winkler
1 Wenn alle Brünnlein fließen; 2 Im Krug zum grünen Kranze; 3 Das Wandern ist des Müllers Lust; 4 Im Wald und auf der Heide; 5 Ein Jäger längs dem Weiher ging; 6 Mit dem Pfeil, dem Bogen; 7 Ein Jäger aus Kurpfalz; 8 Bald gras ich am Neckar; 9 Im schönsten Wiesengrunde; 10 Sah ein Knab' ein Röslein steh'n; 11 An der Saale hellem Strande; 12 Kein Feuer, keine Kohle; 13 Ach, wie ist's möglich dann; 14 Mein Mädel hat einen Rosenmund; 15 In einem kühlen Grunde; 16 Ännchen von Tharau; 17 Ade zur guten Nacht; 18 Kein schöner Land in dieser Zeit; 19 Weißt du wieviel Sternlein stehen; 20 Guten Abend, gute Nacht; 21 Der Mond ist aufgegangen

Gesamtspielzeit: 50:16 Min
Mit allen Liedertexten im Beiheft
Best.-Nr.: 6893

€ 13,90



Gisela Fürle/ Christoph Hinkelmann/ Erhard Schulte
Trakehnen
Mythos im Zeichen der Elchschaufel
Kart., 96 Seiten, zahlreiche Abbildungen
Best.-Nr.: 6808, € 19,95



Alexander Fürst zu Dohna-Schlobitten
Erinnerungen eines alten Ostpreußen
Geb., 384 Seiten, 66 Abb.
Best.-Nr.: 1211, € 14,95

Ingo von Münch
Die Massenvergewaltigungen deutscher Frauen und Mädchen 1944/45





Zu den schlimmsten Verbrechen im Zweiten Weltkrieg gehören die Massenvergewaltigungen deutscher Frauen und Mädchen durch sowjetische Soldaten 1944/45. Viele dieser Frauen und Mädchen wurden nicht ein Mal, sondern viele Male sexuell mißbraucht. Weder Kinder noch Greisinnen blieben verschont. Verläßlichen Schätzungen zufolge wurden rund zwei Millionen Frauen und Mädchen Opfer jener Vergewaltigungen. Das ungeheure Ausmaß dieser Verbrechen und der durch sie verursachten menschlichen Leiden hat jahrzehntelang keine angemessene öffentliche Aufmerksamkeit erfahren. Erst in neuerer Zeit werden diese Ereignisse häufiger erwähnt, allerdings fast immer nur als Teil einer Schilderung von Flucht, Vertreibung und Zwangsarbeit. Demgegenüber befasst sich das vorliegende Buch ausschließlich mit den Vergewaltigungen und hier unter anderem mit den Fragen, wie und warum es zu diesen Exzessen gekommen ist, warum Widerstand zwecklos war und was mit den Kindern geschah, die Opfer oder "nur" Zeuge der sexuellen Gewalttaten waren. Erlebnisberichte von Opfern und Tätern sind eine wesentliche, weil authentische Grundlage dieser Darstellung.

Geb., 208 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 6847

€ 19,90

Märsche und Balladen aus den Freiheitskriegen 1813-1815

1 Französisches Signal Ausrücken; 2 Preußisches Signal Alarm; 3 Ballade Lützows wilde Jagd Strophen 1 - 3; 4 Geschwindmarsch (AM II. 131); 5 Marsch Kurhannoversche Gardeartillerie (AM III. 103); 6 Beim Siegesfeuer (Flamme empor) Strophen 1 - 4; 7 Schwedischer Kriegsmarsch (AM II. 241); 8 Signal und Marsch 7. Kurhannoversches Infanterie Regiment; 9 Die Gedanken sind frei Strophen 1 - 3; 10 Marsch der Kurhannoverschen Garde-Grenadiere (AM I. 76); 11 Ein Jäger aus Kurpfalz (AM II. 243); 12 Ballade vom Schill bei Dodendorf Strophen 1 - 3, 7; 13 Infanterie-Signale, Kanon; 14 Die Schlacht bei Leipzig; 15 Regimentssignal 2. Hannoversche Jäger; 16 Marsch der Freiwilligen Jäger (AM II. 239 u. AM III. 124); 17 Marsch 2. Kurhannoversches Jägerbataillon (AM II. 232); 18 Schwedische Reitersignale; 19 Marsch der Cambridge Dragoner; 20 Marche des Soldats de Robert Bruce; 21 Jubelmarsch für König Ernst August von Hannover; 22 Alt-Österreichisches Signal: Zum Gebet!; 23 Ich hatt' einen Kameraden Strophen 1 - 3; 24 Preußisches Signal: Ruf zum Gebet!; 25 Ballade Lützows wilde Jagd Strophen 4 - 6; 26 Hannoverscher Zapfenstreich; 27 Yorkscher Marsch (AM. II 37); 28 Krönungsmarschmusik mit Preußenlied Strophen 1, 4; 29 Schwedisches Reitersignal
Gesamt-Spieldauer: 58:09
Stabsmusikkorps Berlin, Heeresmusikkorps 300 Koblenz, Heeresmusikkorps 100 Hannover, Radio-Sinfonie-Orchester Berlin
Mit ausführlichen Informationen und Liedertexten im beiliegenden Beiheft
Best.-Nr.: 6891, € 13,90

Elchschaufel-Schlüsselanhänger rund



Schlüsselanhänger
mit der Elchschaufel.
Durchmesser 30 mm.
Best.-Nr.: 6829, € 4,95



Frieda Koschorreck
Zerbrechliches Glück
Das schwere Schicksal einer Ostpreußin während des Krieges und der Nachkriegszeit
Kart., 78 Seiten
Best.-Nr.: 2620,
statt € 6,00 nur noch € 3,95

PMD Preußischer Mediendienst

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst 03/10
Mendelssohnstraße 12 · 04109 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 2.50*, ab einem Bestellwert von € 70.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

Überprüfung verhindert

Potsdam – Der Kandidat der Linkspartei für die Potsdamer Oberbürgermeisterwahl im Herbst, Hans-Jürgen Scharfenberg, hat als Kommunalpolitiker versucht, seine Stasi-Tätigkeit zu verheimlichen. Er war laut „Tagesspiegel“ einer von sieben Stadtverordneten, die 1992 eine Überprüfung ihrer Vergangenheit verweigerten. *H.H.*

»Agitation übelster Sorte«

Bremen – Der aus Afghanistan stammende Bremer Opferanwalt Karim Popal ist bezüglich seiner Art der Mandantengewinnung nach dem Luftangriff auf zwei Tanklastzüge nahe Kundus in die Kritik geraten. „Das hat überhaupt keine friedensstiftende Wirkung, sondern schürt ja eher die Auseinandersetzung“, kritisierte die Generalsekretärin von Amnesty International Deutschland, Monika Lüke, seine Stimmungsmache gegen die Bundeswehr. Der Grünen-Obmann im Bundestags-Untersuchungsausschuss zur Kundus-Affäre, Omid Nouripour, sprach von „Agitation der übelsten Sorte“. *Bel*

ZUR PERSON

Stoff für neue Spendenaffäre?

Sein Name dient der Opposition im Bundestag für den Vorwurf, FDP und CSU seien „käuflich“. Firmen aus dem Imperium von **August von Finck junior** spendeten 2008 und 2009 820 000 Euro an die CSU und 1,1 Millionen an die FDP. Die letzte Tranche an die FDP von 300 000 Euro floss am 13. Oktober 2009 in die Parteikasse, also nach der Bundestagswahl, aber mitten in den Koalitionsverhandlungen. Die Opposition sieht einen Zusammenhang zwischen den Finck-Spenden und der Senkung der Mehrwertsteuer für das Hotelgewerbe. Finck ist nämlich unter anderem an der Schweizer Hotelkette Mövenpick beteiligt.

Der 1930 in München geborene Finck entstammt einer einflussreichen Bankiersfamilie. Großvater Wilhelm Peter Finck war an der Gründung der Münchener Rückversicherung und der Allianz Versicherung beteiligt. 1879 wurde er Partner der Bank Merck Finck & Co. Für seine Leistungen wurde er kurz vor dem Ersten Weltkrieg in den erblichen Adelsstand erhoben.



Vater August von Finck senior führte die Bank weiter. Sohn August junior wollte eigentlich Landwirt werden, trat dann aber doch 1973 als Gesellschafter in die Bank ein, deren Vorstand er nach dem Tod des Vaters 1980 wurde. Damals war Merck Finck & Co die drittgrößte deutsche Privatbank.

August von Finck war schon früher politisch aktiv, unterstützte beispielsweise die Kampagne des vormaligen bayerischen FDP-Chefs und Gründers der Kleinpartei „Bund Freier Bürger“, Manfred Brunner, gegen die Einführung des Euro. Später wandte er sich wieder der FDP zu. Laut dem Magazin „Forbes“ ist Finck mit einem geschätzten Vermögen von 8,4 Milliarden Euro der achtreichste Mann Deutschlands. *H.H.*



Zeichnung: Mohr

Es tickt

Wer in den Keller muss, warum wir das Geschenk aus Berlin so zittrig befingern, und wie Maria Böhmer auf die Wirklichkeit prallte / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Zum Abschied gab Angela Merkel den Traditionswählern der CDU noch ein paar beruhigende Worte mit auf ihren Weg in den Gerümpelkeller. Dort unten, im Limbus der Mundtoten, soll sie niemand mehr hören, wenn sie mit ihren reaktionären Ketten rasseln, die Konservativen und die Kirchgänger, die Nationalliberalen, die Vertriebenen und wer noch alles: Konservativ sei sie ja auch, irgendwie, beteuert Merkel mit müder Stimme. Und Kirche? Ach Gottchen, sie ist immerhin Pastorentochter. Das sollte reichen. Für die Nationalliberalen spult die CDU-Chefin das Bekenntnis zu Vaterland, Freiheit und Marktwirtschaft routiniert ab, und für die Belange der Vertriebenen hat Frau Merkel immer ein offenes Ohr, das nur dieser Tage dummerweise verstopft ist.

Auf ihrem Zug in die Verbannung aus dem Kreis der „wahlkampfrelevanten Wählerschichten“ dürfen die Abgemeierten alles mitnehmen, was sie an politischen Flausen und überkommenen Gesellschaftsentwürfen mit sich herumschleppen. Nur eines bleibt gefälligst da, wo es immer war: ihre Stimme. Die soll künftig auch nicht mehr an irgendwen „verliehen“ werden, wie Volker Kauder mahnt, sondern ist pflichtgemäß auch weiterhin bei der CDU abzugeben. Wen sollten sie auch sonst wählen?

Dieser klare Schnitt war lange überfällig. Merkels Wahlforscher haben nämlich herausgefunden, dass die alten CDU-Milieus dahinwelken und keine Zukunft mehr haben. Und dass die neuen Wähler immer sprunghafter werden und leichtfüßig von einer Partei zur anderen hüpfen. Da müsse man hinterher springen, wenn einem die Leute nicht entwischen sollen. Sonst würde die CDU bald zur 20-Prozent-Partei schrumpfen.

Die zeitgemäßen Medien sind hingerissen davon, wie Merkel die CDU endlich öffnet „für alle Wählerschichten“ (bis auf die im Keller). Genauso hingerissen, wie sie es vor zwölf Jahren von Gerhard Schröder und seiner „Neuen Mitte“ waren. Damals hatten die Wahlforscher herausgefunden, dass die alten SPD-Milieus dahinwelken und keine Zukunft mehr haben. Wie Merkel war auch Schröder die Partei mit ihren „Stallgerüchen“ und Traditionen sowieso eher lästig als lieb, weshalb er sich ebenso freudig „öffnete“. Im schicken Brioni mit teurer Havanna im Mundwinkel machte er auf „Genosse der Bosse“ und bändelte mit „allen relevanten Wählerschichten“ an. Das Gemaule aus den Niederungen der SPD perlte an ihm ab. Sozial, das war Schröder als Sozialdemokrat doch von Natur aus. Und wen sollten die beleidigten Sozis, die sich mit dem neuen Chic nicht anfreunden wollten, denn sonst wählen?

> Was kostet ein Gesetz? Die SPD glaubt die Antwort zu haben: So um die zwei Millionen

Heute ist die SPD eine 20-Prozent-Partei. Die von Basta und Brioni verscheuchten Traditionswähler haben sich nämlich nicht an die Prognosen von Schröders Milieuforschern gehalten und fanden etwas auf der Abraumhalde der deutschen Parteiengeschichte: die Linkspartei. Aber war die für SPD-Wähler denn nicht zu unappetitlich? Blödsinn: Nach 20 Jahren „Wandel durch Annäherung“ und weiteren zwei Dekaden Geschichtsklitterung hatten sich die „guten Seiten der DDR“ doch als ihr alles überragendes Merkmal herausgestellt! Warum also nicht?

Mit den Wählern ist das halt so eine Sache. Keiner weiß so recht, was die umtreibt. Jetzt hat man Millionen von ihnen die Steuerlast gesenkt, doch statt das Geld auszugeben und die Konjunktur anzuschieben, packen sie die Knete auf die Seite. Sie behandeln das „Steuergeschenk“ mit der zittrigen Reserve, mit der man ein prachtvoll eingewickeltes Präsent befingert, in dem etwas tickt: Sieht ja toll aus, fliegt mir aber vermutlich bald um die Ohren.

Wann die Bombe hochgeht, ist noch nicht ganz raus. Die meisten tippen auf den 9. Mai, den Tag der NRW-Wahl. Wir sollten das mit Rücksicht auf unsere genervten Politiker aber nicht so laut sagen, sonst müssen sie immer so grausig flunkern, dass die Wahl ganz und gar nichts mit der Bekanntgabe der weiteren Finanzplanung zu tun habe. Wir sollten uns da wie Erwachsene verhalten, wenn Kinder ihre Weihnachtsgeschenke auspacken: Natürlich wissen wir, was drin ist. Aber um der Spannung willen und zur Rettung der Geschichte mit dem Weihnachtsmann tun wir trotzdem völlig überrascht. So machen wir's im Mai, wenn Schäuble uns vom „unerwarteten Ausmaß der Steuermindereinnahmen“ berichtet und einräumt, dass nun einige der von der Koalition fest vereinbarten Entlastungen so schnell nicht umsetzbar seien. Derzeit spricht er unpräzise von „Einschnitten“, weiß aber angeblich noch nicht, welche. Ha!

Zusätzlich sind unabsehbare Löcher in den Sozialkassen absehbar, die ebenfalls geschlossen werden müssen – durch höhere Abgaben. Die Deutschen wissen das und legen etwas zurück für die mageren Tage. Aber wie gesagt, all das behalten wir vorerst für uns, wir wollen der Koalition doch ihre Auftritte nicht versauen.

Ein verhagelter Auftritt ist für einen Politiker nämlich so ziemlich das Schlimmste, was ihm passieren kann. Wenn dabei noch herausrutscht, dass der arme Mensch keine Ahnung hat, wovon er redet, artet die Vorstellung in Folter aus.

Da hat Maria Böhmer derzeit allen Grund zum Wehklagen. Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung hat gefordert, es müssten deutlich mehr Migranten in den Öffentlichen Dienst. Schon waberte die Vokabel „Quote“ durch den Debattenraum.

Was jedoch als tolle Idee gedacht war, endete fürchterlich. Ausgerechnet der für Multikulti sonst so aufgeschlossene nordrhein-westfälische Integrationsminister Armin Laschet beschied seiner CDU-Parteifreundin Ahnungslosigkeit: Nur 13 Prozent der Abiturienten in seinem Land hätten einen Migrationshintergrund, und die wollten „Karriere machen, aber nicht im Amt“. Neuköllns nimmermüder SPD-Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky setzte noch einen drauf: 40 Prozent der Azubis in seinem Bezirksamt hätten schon einen Migrationshintergrund, doch übernehmen werde er wohl keinen – wegen des Berliner Einstellungsstopps. Von dem hatte Frau Böhmer offenbar gar nichts mitbekommen. Das Berliner Rathaus ist ja auch etliche hundert Meter vom Reichstag entfernt. Und woher soll die Fahrbereitschaft der Bundesregierung wissen, wo Neukölln liegt?

Maria Böhmer wird aus dieser Karambolage mit der Wirklichkeit hoffentlich ihre Lehren ziehen und Bezüge zur Realität künftig meiden. Auf Symposien und Kulturfestivals, wo Harmonie Pflicht und Wirklichkeit ein Schimpfwort ist, macht sich eine Integrationsbeauftragte wie sie ohnehin viel besser.

Solche Dialog-Sausen verleihen Glanz, haben keinerlei Folgen (also auch keine peinlichen) und kosten Geld. Und bemisst sich die Bedeutung einer Behörde nicht immer noch an der Höhe des Etats, den sie verschleudert?

Ja, Geld regiert die Welt, und bange Bürger fragen sich bei jedem neuen Gesetz, was das nun wieder kostet. Die Bundestagsopposition meint die Antwort gefunden zu haben auf die Frage, was ein Gesetz kostet: so um die zwei Millionen. Soviel soll Mövenpick-Miteigentümer August von Finck auf die Tische von FDP und CSU geblättert haben, um die Mehrwertsteuer-Ermäßigung für Hotelübernachtungen durchzukriegen.

Die SPD faucht entzückt „Klientelpolitik!“ und würde am liebsten eine richtig flotte Spendenaffäre herbeizaubern. Finck – klingt doch fast wie Flick. War das nicht eine Riesensache damals, Anfang der 80er? Die FDP und die CSU weisen indes jeden Zusammenhang zwischen Spende und Gesetz empört zurück, was die Freude der Sozialdemokraten über ihren Fund aber in keiner Weise mindert. Den Dämpfer besorgte etwas anderes: Blöderweise kam ans Licht, dass die SPD kurz vor der Abwrackprämie Spenden aus der Autoindustrie erhalten hat. Die SPD weist indes jeden Zusammenhang zwischen Spende und Gesetz empört zurück.

ZITATE

Der ehemalige tschechische ***Außenminister Karel Johannes Fürst zu Schwarzenberg*** *ist derzeit nicht nur der beliebteste Politiker Tschechiens, auch seine neue Partei TOP09 (siehe Meldung Seite 6) hat sich in den Umfragen gut platziert. Von der „Süddeutschen Zeitung“ nach den Gründen für die* ***Krise der CSU*** *befragt, antwortete der einem altböhmischen Adelsgeschlecht entstammende 72-Jährige:*

„Da traue ich mir nicht, von außen Stellung zu beziehen. Doch die Parteien sollten sich fragen, was die Leute wirklich interessiert. Was sind denn die Grundsätze, hinter denen die Parteien stehen? Von denen haben sie sich doch einigermaßen weit entfernt. Die Menschen brauchen Orientierung und nicht nur Lobbyismus.“

Bundesjustizministerin Sabine ***Leutheusser-Schnarrenberger*** *(FDP) über Zweifel bei der* ***Sicherheit****:*

„Wir müssen das breiter diskutieren und mit einer Fehleranalyse anfangen, denn der Fall ist ja wirklich kurios: One-Way-Ticket, bar bezahlt, kein Gepäck, konkrete Warnungen des Vaters an die zuständigen Behörden. Und das alles nützt nichts. Für mich ist damit klar, dass die Datensammelwut, wie sie die Amerikaner betreiben, nicht mehr Sicherheit bringt.“

Der Berliner Ex-Senator und heutige Bundesbanker ***Thilo Sarrazin****, der mit politisch inkorrekten Äußerungen mehrfach Aufsehen erregte und dem daher zeitweilig der Ausschluss aus der SPD drohte, äußert sich in einem Beitrag für das „Bild“-Jahrbuch 2009* ***zur Meinungsfreiheit in Deutschland****:*

„Ich habe den Eindruck, dass die Zivilcourage des nicht angepassten Urteils in Deutschland ein immer knapperes Gut wird. Hätten wir je wieder eine Diktatur in Deutschland – an überangepassten Opportunisten würde es sicherlich nicht mangeln.“

Schein und Sein

Dort im Europa-
Parlament
gab's endlich auch für jene,
die man daheim oft
kaum mehr kennt,
die ganz, ganz große Szene.

Denn sie, auf die sonst keiner hört,
sie hatten kurz das Sagen
und durften andre ungestört
im Kreuzverhör befragen.

Es ging, wie allgemein
bekannt,
um neue Kommissare,
und „Hearings“ – so wird's heut'
genannt –
die gibt's nicht alle Jahre!

Doch hilft in letzter Konsequenz
– das wäre zu ergänzen –
nicht unbedingt die Kompetenz
zu hohen Kompetenzen.

Denn wirklich übers Amt verfügt
wird hinter den Kulissen –
weshalb man nachher gerne lügt
von „guten Kompromissen“.

Die Schau ist bloß fürs Volk
erdacht,
das glauben möge eben,
den Kommissaren sei
die Macht
durch freie Wahl gegeben ...

Pannonicus